Hagain ou Elittinaft

CHENSCH

Heraüsgeber: Leopold Schwarzschild

Inhalr:

Ruhrkohlenbergbau 546 Ansätze zur Vorschaft	Die Reparationsobligationen der Industrie Das Ende der Sperre für städtische Auslandsanleihen Auslandsanleihen Auslandsanleihen Sie Methoden unserer Finanzstatistik Verbesserte Etats-Kontrolle Gewinnabschluß des Branntweinmonopols Zersetzungserscheinungen im Eisenpakt Expansion der amerikanischen Eisenladustrie ins Ausland Vorläufige" Vehl	nt- n- . 531 . 533 h- . 535	Zinnkrise Institute zur Metalimarkt-Beobachtung Die neue Speyer-Bank Dividendenwünsche in der Scheidemandel-Generalversammlung Verstärkter Überfremdungsschutz bei Glanzstoff Frankfurt-Berliner Geldorganisation Konjunktur-Barometer Die Warenmärkte Der Geld- und Kapitalmarkt Die Effekten-Börse Berliner Börse Frankfurter Börse Die Wirtschaft des Auslands Das Ende der Anglobank Bilanzen Julius Berger Tiefbau AG. Statistik Termin-Notierungen und Liquidationskurse Berliner Börsenkurse	547 548 548 549 550 	
	Reorganisationsvorschläge für den Ruhrkohlenbaret	345	Berliner Börsenkurse	561	
		11120 - 191			563

VIERTELIAHRLICH 12 MK.

å

EINZELHEFT: 1 MARK

Verlag Wirtichaft und Geschäft G.m.b.H.

BERLIN SW 48 / HEDEMANNSTR. 13



DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK

Kommanditgesellschaft auf Aktien

BERLIN W 8, Behrenstraße 68/70

Zahlreiche Niederlassungen in allen Teilen Deutschlands

Korrespondenten in allen Weltteilen



Versicherungs-Konzern

Berlin W 50, Nürnberger Platz 1

Versicherungen aller Art

Besonderfjeiten:

Errichtung von Sterbekassen für Vereine — Listenweise Versicherung des Mobiliars der Vereinsmitglieder gegen Feuer- und Einbruchdiebstahl — Fertige, sofort käufliche Policen aller Art — Versicherung auf erstes Risiko. (Ausschaltung der Folgen der Unterversicherung)

Mitteldeutsche Stahlwerke A. G.

ARBEITS-PROGRAMM

Braunkohlen - Bergbau, Brikettfabrik und Überland-Kraftwerk Lauchhammerwerk Lauchhammer

Dolomitwerk in Wünschendorf

Erzbergwerk und Kalkwerk in Elbingerode am Harz

Martinstahlwerke Lauchhammerwerk Riesa, Lauchhammerwerk Gröditz, Stahl- und

Walzwerk Weber, Brandenburg

Form- und Stabeisenwalzwerke
Lauchhammer Riesa

Blechwalzwerke

Lauchhammerwerk Riesa, Stahl- und Walzwerk Weber, Brandenburg

Rohrwalzwerk, Rohrschlangenbau, Uberhitzerbau und Verzinkerei Lauchhammerwerk Riesa

Fittingsfabrik und Radsatzfabrik Lauchhammerwerk Gröditz

VATERLANDISCHE KRED!T-VERSICHERUNGS-A.-G.

Berlin SW 68, Kochstraße 3 — Aktienkapital 8000000 RM. Konzern "Vaterländische"

Delkredere für Außenstände

Bürgschaften für Hypotheken, Zoll- u. Frachtstundungen, Leistungs- und Lieferungsverpflichtungen.

Yeruntreuungs-Versicherungen

MAGAZIN DER WIRTSCHAFT * Vereinigt mit // PLUTUS // *

4. JAHRGANG

BERLIN, DONNERSTAG, 5. APRIL 1928

Nr. 14

Reichsbahntarife – Reichsbahnfinanzen

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat eine Tariferhöhung beantragt, Ihre Notwendigkeit kann für die Gegenwart nicht anerkannt werden. Das Verhältnis zwischen möglichen Einnahmen und notwendigen Ausgaben hat sich jedoch verschlechtert, und ein Verkehrsrückgang wäre für die Reichsbahn schwer zu ertragen. Deshalb ist eine Hilfe für sie erforderlich. Die Reichsbahn sollte durch Einführung des Zweiklassensystems im Personenverkehr Mehreinnahmen und Ersparnisse erzielen, die Post sollte ihr eine höhere Abgeltung zahlen, und — in letzter Linie — sollte ihr das Reich finanziell Hilfe gewähren.



Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat eine Tariferhöhung beschlossen, die eine jährliche Mehreinnahme von 250 Mill. RM ergeben soll. Der Güterverkehr soll etwa zwei Drittel, der Personenverkehr etwa ein Drittel der Mehrbelastung tragen. Zur Begründung wird in erster Linie darauf hingewiesen, daß die Belastung der Gesellschaft seit Beginn des Geschäftsjahrs 1927 um 575 Mill. RM gestiegen sei, wovon auf Reparationszahlungen 110 Mill. RM, auf Dividende für Vorzugsaktien 15 Mill. RM und auf Löhne und Gehälter 450 Mill. RM entfallen. Nur die günstige Verkehrsentwicklung seit Mitte 1926 und die seit Ende 1927 durchgeführte Einschränkung der Aus-Saben auf ein für die Dauer unerträgliches Maß habe es ermöglicht, bisher von einer Tariferhöhung abzusehen.

Wir wollen zunächst versuchen, an Hand der Zahlen über den Jahresabschluß der Reichsbahn, die der Reichsverkehrsminister im Reichstag mitgeteilt hat, einen Vergleich zwischen der tatsächlichen Ausgabenlast 1927 und den voraussichtlichen Ausgaben 1928 anzustellen. 1928 sind gegenüber 1927 von der Reichsbahn mehr aufzubringen an

Reparationen 70 Mill. RM Vorzugsaktiendividende . . 15 , , , , Löhnen und Gehältern . . 275 , , , ,

Welches Bild bietet nun die Einnahmeseite? Der Reinüberschuß betrug 1927 180 Mill. RM. Durch die von uns wiederholt empfohlene Einbeziehung der Verschiedenen Rücklagen der Reichsbahn in die gesetzliche Reserve kann für 1928 zur Deckung der aufenden Ausgaben ein Betrag von rund 100 Millionen RM freigemacht werden. Für 1927 war ursprünglich ein Beschaffungsprogramm von 1633 Millionen RM vorgesehen. Infolge der günstigen Verkehrsentwicklung wurde es auf rund 1800 Mill. RM erweitert. Bei einer Zurückschraubung des Beschaffungsprogramme für 1928 auf das bei Aufstellung

des Voranschlags in Aussicht genommene Ausmaß blieben also 160 Mill. RM mehr zur Deckung der laufenden Ausgaben als im Vorjahr. Unter der Voraussetzung eines gleichen Einnahmestandes wie im Jahre 1927 würden so nach den Mehrausgaben von rund 360 Mill. RM für laufende Ausgaben mehr zur Verfügung stehen:

aus dem Reingewinn . . . 180 Mill. RM aus der Reserve 100 " " durch Beschaffungen . . . 160 " " 440 Mill. RM

Das Beschaffungsprogramm wird übrigens auch in dem Voranschlag für 1927 kaum von vornherein auf ein für die Dauer unerträgliches Ausmaß eingeschränkt gewesen sein. Bei gleichmäßiger Entwicklung würden also die laufenden Einnahmen auch zur Deckung der Mehrausgaben ausreichen, vorausgesetzt, daß die Reichsbahn die entsprechenden Maßnahmen ergreift. Zudem konnte die Reichsbahn in den ersten Monaten 1928, wie der Reichsverkehrsminister mitteilte, gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahrs eine Mehreinnahme von rund 80 Mill. RM erzielen und die Beförderungszahlen liegen bisher noch immer über dem Niveau des Vorjahrs.

Wir haben in der letzten Zeit wiederholt die Finanzlage der Reichsbahn besprochen (vgl. Nr. 8, S. 290 und Nr. 11, S. 408). Auch unter Berücksichtigung der neuen Lohnerhöhung, die in unserer Berechnung der voraussichtlichen Mehrausgaben bereits mit rund 60 Mill. eingestellt ist, können wir nicht davon abgehen, daß gegenwärtig eine Tariferhöhung nicht

notwendig ist.

Die von der Reichsbahn beantragte Tariferhöhung ist lediglich eine Vorsichtsmaßnahme. Vom Standpunkt der Reichsbahn-Verwaltung aus ist begreiflich, daß sie sich gegen einen etwaigen Verkehrsrückgang sichern will. Ebenso verständlich ist, daß sich diejenigen Stellen, die in erster Linie nicht die Ge-

schäftslage der Reichsbahn, sondern die volkswirtschaftliche Bedeutung ihrer Tarifpolitik im Auge haben, wie der Reichstag, das Reichsverkehrsministerium und das preußische Handelsministerium, gegen eine Tariferhöhung sträuben. Es ist also denkbar, daß die Reichsbahn an die im Dawesplan für den Fall von Meinungsverschiedenheiten vorgesehene Stelle, das Reichsbahngericht, appelliert, um die Tariferhöhung gegen den Willen des Reichs durchzusetzen.

Dabei dürfte sie der Gedanke leiten, daß die Spanne zwischen notwendigen Ausgaben und möglichen Einnahmen zu eng geworden ist, und daß sie größerer Bewegungsfreiheit bedarf, als ihr unserer Rechnung nach geblieben ist. Ihre Befürchtungen wiegen um so schwerer, als das Reichsfinanzministerium die Rückzahlung eines Kredits von 80 Mill. RM fordert, den die Reichsbahn im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms erhielt und der jetzt die Finanzierung des außerordentlichen Etats für 1928 ohne Inanspruchnahme von Anleihemitteln gestatten soll.

Die Vorsicht der Reichsbahn-Verwaltung wird verständlich, wenn man die gegenwärtige Konjunkturlage berücksichtigt. Ein langsamer Rückgang der Konjunktur liegt im Bereich der Möglichkeit, zumal, solange der Zutritt zum ausländischen Kapitalmarkt weiterhin deutschen Kreditnehmern versperrt bleibt. Stellt man die Rückzahlung des 80 Mill. RM-Kredits in Rechnung, so stehen der Reichsbahn zur Deckung von Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr nur die bisher erzielten Mehreinnahmen von wohl etwa 80 Mill. RM zur Verfügung, und die bisher geübte Politik übermäßiger Reservebildung beibehalten wird, die auch in diesem Jahr wieder zur Auffüllung der gesetzlichen Reserve zwingen würde, bliebe sogar bei Einnahmen, wie sie im Vorjahr erzielt wurden, noch ein ungedecktes Defizit von 20 Mill, RM.

Maßnahmen, welche die Finanzlage der Reichsbahn erleichtern, sind hiernach berechtigt. Keineswegs sollte der Weg der Tariferhöhung beschritten werden. Denn die Reichsbahn darf auch für die Zukunft mit einer stetig, wenn auch langsam fortschreitenden Verkehrsentwicklung rechnen. Ferner wird ihr großer Pensionatsetat, den sie für die Gegenwart — wohl etwas reichlich — auf 500 Millionen RM jährlich beziffert, von Jahr zu Jahr einen natürlichen Rückgang erfahren. Eine Tariferhöhung aber würde sicherlich nicht den vorübergehenden Charakter haben, den die gespannte Finanzlage der Reichsbahn trägt. Außerdem erschiene uns gegenwärtig eine Tariferhöhung besonders bedenklich, weil die nächste Zukunft hohe Anforderungen an die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stellt und eine Erhöhung der Gütertarife eine schwere Belastung ist.

Etwas anders liegen die Dinge bei den Personentarifen, und hier sehen wir die erste Möglichkeit, die Einnahmen der Reichsbahn zu verbessern. Wir haben seinerzeit (vgl. Jahrg. III. Nr. 45, S. 1720) die Pläne besprochen, das Zweiklassensystem etwa in der von Direktor Kittel vorgeschlagenen Weise einzuführen, jedoch darf der sehr erhebliche Berufsverkehr in der IV. Klasse keine Verteuerung erfahren. Nach Kittels Berechnungen würde allein der Fortfall der zweiten Klasse einen jährlichen Verlust von 30 Mill. RM ersparen, und die Einführung eines Zuschlags auf die beschleunigten Personenzüge eine Mehreinnahme von etwa 15 Mill. RM bringen. Ferner würde diese Umstellung auf Jahre hinaus die Beschaffung neuer Personenwagen ersparen. Hier liegt die Möglichkeit vor, etwa ein Fünftel der Mehreinnahmen herauszuwirtschaften, ohne daß volkswirtschaftliche Schädigungen eintreten müßten.

Mit solchen Ersparnissen allein ist es aber nicht getan. Auch das Reich darf sich nicht damit begnügen, die Tariferhöhung abzuschlagen, sondern es must sich bemühen, die Reichsbahn zu entlasten. In Betracht kommen hierfür drei Maßnahmen. Reich hat sich für die Dividende der auf dem freien Markt untergebrachten Vorzugsaktien der Reichsbahn verbürgt. Der Reichsfinanzminister sollte der Reichsbahn eine verbindliche Erklärung abgeben, daß er bereit sei, für das laufende Jahr die Vorzugsaktien Dividende aus Reichsmitteln zu zahlen, falls die Reichsbahn nicht in der Lage sein sollte, sie zu erübrigen. Es handelte sich dabei um etwas 25 Mill. RM. In engem Zusammenhang damit steht die zweite Maßnahme, die wir empfehlen möchten Das Reich sollte vorläufig auf die Vorzugsaktien Dividende der Reichsbahn verzichten oder sich bereit erklären, statt ihrer Schuldverschreibungen oder weitere Vorzugsaktien der Reichsbahn zu über nehmen (rund 50 Mill. RM). Drittens sollte Reichsfinanzminister auf die Rückzahlung 80 Mill. RM-Darlehens in diesem Jahr verzichten.

Insgesamt kommt bei diesen drei Maßnahmen ein Betrag von etwa 150 Mill. RM in Frage. Seine Aufbringung durch das Reich wäre schwierig, aber nicht unmöglich. Der Reichshaushalt für 1928 hätte ihn nach den optimistischen Einnahmeschätzungen des Reichsfinanzministers tragen können, wenn nicht das "Notprogramm" angenommen worden ware (Vgl. Nr. 15, S. 500.) Jetzt bleiben für seine Deckung noch die folgenden Auswege: Der Haushaltsplan berücksichtigt nicht die Mehreinnahme, die sich aus der Verkürzung der Stundungsfristen bei Tabaksteuer ergibt. Daraus würden sich scheinlich die 25 Mill. RM erzielen lassen. Im Notfall kann außerdem ein Teil der 27 Mill. RM heran gezogen werden, die in den Etats für 1927 und 1928 ausdrücklich vorgesehen sind für den Fall, daß das Reich aus seinen Garantien in Anspruch genommen werden sollte. Der Verzicht auf die Vorzugsaktien Dividende ließe sich, wie wir an anderer Stelle aus führen (vgl. S. 543) durch Mehrerträge des Brannt meinmonopols decken. Um die Rückzahlung des 80 Mill. RM-Kredits hinauszuschieben, müßte Reichsfinanzminister von seinem Recht, die außer ordentlichen Ausgaben zu beschränken, Gebrauch machen. Insbesondere sollten die Ausgaben für den

Wasserstraßenbau möglichst völlig suspendiert werden. Da es sich dabei um fast 60 Mill RM handelt, wäre es auf diese Weise möglich, die 80 Mill. RM zum größten Teil zu kompensieren. Weitere Ersparnisse müßten dann bei den einmaligen Ausgaben gesucht werden. Untragbar wäre es jedenfalls für das Reich nicht, mit rund 150 Mill. RM der Reichsbahn beizuspringen, wenn die Verkehrseinnahmen zurückgehen.

Eine weitere Möglichkeit, der Reichsbahn zu helfen, besteht darin, daß die Abgeltung ihrer Leistungen für die Reichspost erhöht wird. Diese heläuft sich jetzt auf etwa 90 Mill. RM jährlich. Da sich die Finanzlage der Reichspost sehr günstig entwickelt hat, wäre ein Mehr von einigen Dutzend Millionen für sie sehr wohl zu ertragen. Die Reichsbahn könnte dann aus dem Ertrag einer Reform des Personenverkehrs, aus den Reichsbeihilfen und aus erhöhten Zahlungen der Post fast den ganzen von ihr

gewünschten Betrag von 250 Mill. RM erzielen, wobei freilich die finanziellen Opfer des Reichs erst in letzter Linie in Betracht kommen sollten.

Wenn also auch eine Tariferhöhung der Reichsbahn überflüssig ist, so sind doch andere Hilfsmaßnahmen für sie erwünscht. Sie können ihr in ausreichendem Maße gewährt werden. Die Reichsbahn hat es leider versäumt, sich nach diesen anderen Möglichkeiten umzusehen, sondern sie hat sich von vornherein auf die ultima ratie die Tariferhöhung, festgelegt. Es ist jetzt die Aufgabe des Reichs, sich gütlich mit ihr zu einigen. Mit dem bloßen Einspruch ist es aber nicht getan. Die wichtigste Aufgabe der deutschen Verkehrspolitik besteht darin, der deutschen Wirtschaft billige Eisenbahntarife zu erhalten, was nicht immer beachtet wurde. Jetzt wo die Reichsbahn finanziell in eine kritische Lage gekommen ist, sollte nichts versäumt werden, was diesem Ziel der Verkehrspolitik förderlich ist.

Offentliche Aufträge als Mittel der Konjunkturpolitik

Von Vizeprasident Dr. Fritz Elsas, geschäftsführendem Vorstandsmitglied des Deutschen Städtetags

Bei der Bedeutung des öffentlichen Bedarfs als Faktor im wirtschaftlichen Leben liegt es nahe, durch Vergebung der Behördenaufträge weitschauende Konjunkturpolitik zu treiben. Daß es bisher nicht gelungen ist, diesen Gedanken auch nur teilweise zu verwirklichen, liegt an der Eigenart der deutschen Verwaltungsorganisation. Zur Beseitigung des gegenwärtigen planlosen Zustands im öffentlichen Vergebungswesen sollte eine dauernde Fühlungnahme der verschiedenen Gemeinde-, Landes- und Reichsbehörden miteinander erfolgen. Die Städte sind sicherlich grundsätzlich dazu bereit.

Bei der Erörterung der Möglichkeiten einer Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Richtung einer Abschwächung der Konjunkturschwankungen gewinnt seit einiger Zeit das Problem einer planmäßigen Vergebung von Aufträgen der Sichtspunkten aus an Bedeutung.

Aufgahe einer planmäßigen Vergebungs-Politik muß einmal die gleichmäßige Verteilung der öffentlichen Auftrige über das ganze Jahr sein. Bei dem bishen auftrige über das ganze Jahr sein. Bedarfsbisher üblichen Verfahren der öffentlichen Bedarfsdeckung und Aufdeckung werden die öffentlichen Arbeiten und Auftrage träge alljährlich alsbald nach der Verabschiedung der Hauslich alsbald nach der Verabschiedung der Haushalte fast gleichzeitig in Auftrag gegeben und anschalte fast gleichzeitig in Auftrag beteiligund ausgeführt. Die Folge ist, daß für die beteilig-ten Gernalte. Die Folge ist, daß für die beteiligten Gewenbe zunächst ein unerwünschter Auftrieb eintritt des Hauseintritt, dem dann in den letzten Monaten des Haushaltsjahres, in denen an sich eine saisonmäßige Abschwählen. der Wirtschaft : des Beschäftigungsgrades der Wirtschaft einzutreten pflegt, ein um so stärkerer Rückschlag folgt. Grundsätze für die Durchführung einer Vergebung. Vergebungspolitik, die geeignet ist, derartige Schwart Schwankungen nach Möglichkeit zu vermeiden, hat die Reichsregierung bereits im Jahre 1926 in einem Rundeal Rundschreiben an die Länder aufzustellen versucht. Lin erheblicher praktischer Erfolg dieser Bemühungen ist allerdings bisher nicht zu beobachten

Um zu grundsätzlicher Klärung des Problems zu gelangen, muß die Betrachtung über den begrenzten Zeitabschnitt eines Jahres hinaus auf den gesamten Ablauf der wirtschaftlichen Entwicklung ausgedehnt werden. Bei der Bedeutung des öffentlichen Bedarfs als Faktor im wirtschaftlichen Leben liegt der Gedanke nahe, durch Vergebung der Behördenaufträge weitschauende Konjunkturpolitik zu treiben, indem in den Zeiten des Konjunkturausstiegs ein Teil der alljährlichen öffentlichen Aufträge zurückgehalten wird, um jeden unerwünschten Antrieb zu vermeiden. In den Depressionszeiten könnten dann die ohnehin erfolgenden Beschaffungen und Arbeiten verstärkt werden, um die Nachfrage nach Waren und Leistungen zu steigern und so die Wirtschaft anzukurbeln. Die Bedarfsdeckung der öffentlichen Hand scheint durch die Eigenart ihrer Mittelbeschaffung, die sie in gewissem Ausmaße von der aufund absteigenden Entwicklung der Volkswirtschaft unabhängig macht, für eine derartige Konjunkturpolitik besonders geeignet. Daß es bisher nicht gelungen ist, diesen Gedanken auch nur teilweise zu verwirklichen, liegt in der Eigenart der deutschen Vermaltungsorganisation begründet. Reichsressorts, die Länder, die Gemeinden und neben ihnen Reichsbahn und Reichspost betreiben eine selbständige Beschaffungspolitik: jede Gesamtübersicht über Art. Menge und Zeitpunkt der Vergebungen fehlt. Die Untersuchung dieser Vorfragen, von deren Klärung die Durchführung einer planmäßigen Vergebungspolitik abhängt, beschäftigt seit dem Sommer vorigen Jahres einen Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, zu dessen Beratungen Vertreter der Reichs- und Staatsministerien, der Reichsbahn und Reichspost sowie des Deutschen Städtetages als Sachverständige zugezogen sind.

Will man versuchen, die für die Sachaufträge der öffentlichen Hand aufgewendeten Mittel zu erfassen, so kommt man für Reich und Länder für das Jahr 1927 auf eine Zahl von etwa 3 bis 3½ Milliarden. Davon entfällt rund die Hälfte auf die Reichsbahn. Eine Gesamtsumme der für das öffentliche Vergebungswesen etatsmäßig gegebenen Mittel der Kommunalverwaltungen anzugeben, ist zur Zeit nicht möglich. Berechnet man die für 1925 von den kreisfreien Städten für Hoch- und Straßenbau aufgewendeten Etatsmittel, so ergibt sich eine Summe von rund 1 Milliarde RM.

Für eine zeitliche Verlegung ist naturgemäß nur ein gewisser Teil der alljährlichen öffentlichen Aufträge geeignet. Gerade auf dem Gebiet der Bauwirtschaft haben sich zahreiche Städte in den letzten Jahren mit Erfolg bemüht, eine zeitliche Verteilung der Aufträge herbeizuführen. Der erheblichste laufende Bedarf der Verwaltungskörper ist zeitlich gebunden. Eine grundsätzliche Untersuchung des Vergebungsproblems müßte sich deshalb zunächst auf die Feststellung derjenigen Aufträge, die verschiebbar sind, erstrecken. In zweiter Linie kommt dann der Versuch, eine regelmäßige Fühlungnahme zwischen den Vergebungsbehörden zu erreichen. Aus dieser Fühlungnahme wird sich dann, soweit möglich. ein Austausch der Erfahrungen bei der Bedarfsdeckung entwickeln.

Innerhalb einzelner Behörden sind Ansätze hierzu bereits vorhanden. So erfolgt die Beschaffung der Brennstoffe für die Berliner Reichsbehörden zentral durch das Reichsfinanzministerium, im übrigen durch die Landesfinanzämter. Soweit es sich um Beschaffungen, die durch die Landesfinanzämter vorgenommen werden, handelt, findet ein Erfahrungsaustausch mit der Zentralstelle statt. Ähnlich liegen die Dinge im Preußischen Ministerium des Innern, das für einen Teil des Bedarfs sowohl eine temporäre Verteilung als auch eine Zentralisierung der Beschaffung vorgesehen hat.

Für die Städte ist eine zentrale Beschaffung wegen der Verschiedenartigkeit des Bedarfs und des Materials nicht möglich. Für die kommunalen Versorgungsbetriebe ist der Versuch zentralen Einkaufs gemacht worden. Er hat sich für einen Teil der Betriebe nicht bewährt, während für andere Betriebsgruppen gute Erfahrungen vorliegen.

Innerhalb der einzelnen Kommunalverwaltung findet selbstverständlich ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch statt. Insbesondere besteht zwischen den Haupteinkaufsstellen und den dezentralen Beschaffungsabteilungen im allgemeinen eine enge Verbindung, die einen möglichst wirtschaftlichen Einkauf ermöglichen soll. Hier werden auch am leichtesten Richtlinien aufgestellt werden können. Ein Versuch ist bereits gemacht durch Einführung der Reichsverdingungsordnung auch bei den Kommunalverwaltungen, die, wenn sie auch noch nicht durchweg zur Annahme gelangt ist, in zunehmendem Maße zur Anwendung kommt.

Die Organisation des Einkaufs ist in den Stadtverwaltungen sehr verschieden geregelt. Vereinzelt besteht eine straff zentralisierte Einkaufsorganisation. Fast überall wird der Bureau- und Kanzleibedarf zentralisiert beschafft, desgleichen auch der Krankenhausbedarf (ausschließlich Lebensmittel) sowie der Schulbedarf.

Auf Anregung des Reichswirtschaftsministeriums haben sich die Städte bereit erklärt, an einer Bedarfsstatistik für die michtigsten Artikel mitzuarbeiten, um so zu dem Versuch, einen Überblick über die Konjunkturentwicklung von der Bedarfsseite her zu erhalten, beizutragen.

Von einer Reihe von Städten wird bereits der Versuch gemacht, Aufträge so zu vergeben, daß der Lage der Konjunktur Rechnung getragen wird. Diese Maßnahme kann sich jedoch nicht allzu stark auswirken, da daß örtliche Wirtschaftsgebiet, das infolge der Eigenart des kommunalen Bedarfs bei den regelmäßig wiederkehrenden Aufträgen eine besonder Bedeutung besitzt, nicht groß genug ist, um die Wirtschaftslage durch örtliche Aufträge allein aus reichend zu beeinflussen.

Von der Möglichkeit des Vorgriffes und der Übertragung von Restmitteln wird, soweit es durchführbar ist, ausgiebig Gebrauch gemacht. Allerdings muß der Vorgriff mehr und mehr auf Schwieris keiten stoßen, wenn Jahr für Jahr Änderungen der Gesetze vorgenommen werden, wie z. B. des Finanzausgleichsgesetzes.

Die Beseitigung des gegenwärtigen planlosen Zustandes im öffentlichen Vergebungswesen liegt in Interesse der Behörden wie der Gesamtwirtschaft. Dadurch, daß die verschiedensten Stellen gleichzeitig Aufträge vergeben, ohne Kenntnis voneinander besitzen, tritt eine zeitweise überhäufte Auftruge erteilung ein, die für die Vergebungsbehörden wirtschaftliche Preissteigerungen, für die Gesamt wirtschaft durch künstlichen Anreiz zu zeitlich zusammengedrängter Produktion Störung der Wirtschaftsentwicklung bedeutet. Das Ziel muß sein die öffentliche Bedarfsbefriedigung in den Dienst einer die Volkswirtschaft vor den Schäden der Krisen Wirtschaftsund Überspannungen bewahrenden politik zu stellen. Ein wesentlicher Fortschritt wäre bereits erreicht, wenn es gelänge, eine dauernde gegenseitige Fühlungnahme der verschiedenen gleichen Ort ansässigen Gemeinde-, Landes-Reichsbehörden herbeizuführen. Die Städte sicherlich grundsätzlich bereit, sich an einem gen artigen Gedankenaustausch zu beteiligen. Sie hoffen auch damit ein Stück praktischer Verwaltunge reformarbeit zu leisten.

Zivilprozeßfrise

Von Rechtsanwalt Dr. Hugo Solbrig

Ein streitiger Zivilprozeß ist seinem wirtschaftlichen Wesen nach ein Ersatz für die gescheiterte oder aussichtslose private Einigungsverhandlung. Er müßte also wenigstens annähernd den gleichen geschäftlichen Nutzeffekt haben, wie diese, d. h. binnen weniger Wochen die entstandene Differenz definitio beilegen. Die Prozesse ziehen sich aber meist schon in der ersten Instanz viele Monate hin. Durch das Berufungs- und Revisionsverfahren kann das Leben eines Prozesses auf zwei bis drei Jahre verlängert werden. Das ist für die Wirtschaft unerträglich. Wenn die Justizkrise nicht einen noch größeren Umfang erreichen soll, tut Abhilfe dringend not. Alle Kreise der Wirtschaft haben ein Interesse an einer raschen Rechtsprechung.

Wenn zwei Kaufleute in Differenzen geraten, so setzen sie sich zusammen und verhandeln über die Streitt Streitfrage. In den meisten Fällen gelingt dann auch eine Einigung. In keinem Fall aber kann einer einer von ihnen die Verhandlung verschleppen, indem er etwa gegenüber Einwendungen sich für unorientiert erklärt oder indem er seine Argumente nur sukzessive, in jeder Verhandlung eins, vorbringt. Wer so verfährt, würde sein geschäftliches Ansehen sehr schnell verlieren. Der seriöse Geschäftsmann informiert sich genau, ehe er sich an den Verhandlungstisch setzt, und verhandelt die Sache in einem Zuge durch Die Differenz ist normalerweise binnen weniger Wochen erledigt.

Ganz anders im Prozes, und zwar auch im ernsthaften streitigen Prozeß, und zwar auch streitigen Sachen streitigen Prozeß. Daß bei unstreitigen Sachen der zahlungsunwillige Schuldner das staatliche Verfahren grob mißbrauchen kann, um sich seiner klaren grob milibrauchen kann, entzieh Zahlungspflicht möglichst lange zu entziehen, ist schon schlimm genug. Aber das Gericht L. Anskunftei richt hat in diesen Fällen mit Anwalt, Auskunftei und Gerichtsvollzieher zusammen überhaupt nur die Rederichtsvollzieher zusammen überhaupt nur die Bedeutung einer Inkassostelle; die Mängel dieses Verfah Verfahrens ließen sich unschwer beseitigen. Viel schlimmer ist es, daß auch der seriöse Prozeß um wirtschaftliche Zweifelsfragen, von dem hier allein die Red die Rede sein soll, solche Mängel aufweist. Nach Gesetz und Gerichtsgebrauch liegen zwischen der Klage und dem ersten und allen weiteren Terminen schon an sich lange Pausen von vielen Wochen und Monaten; und es ist beinahe selbetverständlich geworden, daß der Beklagte diese meist in menschlichen Unzulänglichkeiten begründeten, teils auch unvermeiten. Kläger, unvermeidlichen Pausen ausnutzt, um den Kläger, der Zu der zu seinem Geld kommen oder wenigstens eine baldige Einem Geld kommen oder wenigstens Hinbaldige Entecheidung erreichen will, durch Hinziehen ziehen mürbe zu machen. So erwidert er auf die Schriftent Schriftsätze des Klägers erst im Termin selbst; so bringt er seine Einwendungen nicht auf einmal, sonden sondern erst allmählich und verstreut vor, so nimmt sein Anwalt zu mündlichen Darlegungen des Klägers nicht sofort Stellung, sondern erwirkt zwecks Finlal sofort Stellung, Vertagung zwecks Einholung von Informationen Vertagung bei dem oft nur allzu bereitwilligen Gericht; und dieses wieder erhebt, noch jetzt beherrscht von juristische der juristischen Prinzipien aus einer Zeit, in der Schnelligkeit noch nichts, ängstliche Beschränkung des Gerichts auf die formal-juristisch erheblichen Tatbestandsmomente alles war, die notwendigen Beweise nur stückweise, statt sich entschluß- und verantwortungsfreudig in einer Verhandlung unter gleichzeitiger Zuziehung der Parteien und aller Zeugen und Beweisstücke ein abgerundetes Bild des Streitfalls zu verschaffen, selbst auf die Gefahr hin, daß ein Zeuge zuviel vernommen wird. Auf diese Weise besteht ein Prozest statt aus einer einzigen Verhandlung aus einer ganzen Reihe von Terminen, zwischen denen fast immer Wochen ungenützt verstreichen. Ungenutzt, denn für die Information an den Anwalt und die Verarbeitung der Information zum Schriftsatz werden doch fast stets nur ein, zwei Tage verwendet, die ebenso ausreichen wie für die Durcharbeitung beim Gericht. So zieht sich der Prozeß viele Monate hin, bis der Kläger dann 3 bis 4 Wochen nach dem Schlußtermin bestenfalls ein obsiegendes Urteil in der Hand hat, das der Beklagte mit der begründeten Berufung anzufechten mindestens zwei weitere Monate sich Zeit nehmen kann, damit dann am Oberlandesgericht das ganze Verfahren mit noch viel längeren Pausen noch einmal wiederholt wird, ganz abgesehen von der Möglichkeit einer Revision an das Reichsgericht, durch die das Leben eines Prozesses auf zwei bis drei Jahre verlängert wird. Der Unterliegende muß freilich für die Prozestzeit Zinsen zahlen. Aber das entschädigt den Kläger nicht für die lange Lücke im Betriebskapital; ganz abgesehen davon, daß häufig genug des Prozesses während der Schuldner Zahlungsfähigkeit verliert.

Ein streitiger Zivilprozeß ist seinem wirtschaftlichen Wesen nach ein Ersatz für die aus irgend welchen Gründen gescheiterte oder aussichtslose private Einigungsverhandlung. Die ideale Forderung wäre daher, daß er wenigstens annähernd den gleichen geschäftlichen Nutzeffekt hätte wie diese, also binnen weniger Wochen die entstandene Differenz definitiv beilegt. Die Wirklichkeit bleibt aber hinter diesem Ideal zu weit zurück. Zeit ist Geld, nämlich die Möglichkeit zu neuen Geschäften. Will der Kaufmann nicht zum Kohlhaas werden, so kann er sie deshalb für alte Differenzen nur bis zu einer gewissen Grenze verwenden. Von da an ist es ökonomischer, in den alten Differenzen nachzugeben, um Zeit und Kraft für neue Geschäfte zu gewinnen. Dieser "obere Prozespunkt", in dem es vorteilhafter ist, auf den Prozeß auch bei bester Rechtslage, einfach zur Zeitersparnis zu verzichten, wird durch das geltende Verfahren zu oft erreicht. Das ist ein schwerer Mangel.

Zwar ist ist es volkswirtschaftlich erwünscht, die Zahl der Prozesse möglichst zu vermindern. Aber das darf natürlich nicht durch Unzulänglichkeiten

der Prozesordnung erzwungen werden.

Prozessieren ist an sich schon in erheblichem Grade unwirtschaftlich, weil unsicher. Denn wer die Entscheidung einer Differenz einem nach Fähigkeit und Charakter unbekannten Dritten, dem Richter, überläßt, statt sie in einem Kompromiß mit seinem Geschäftsgegner zu suchen, begibt sich schon ins Ungewisse. Aber selbst bei guten Qualitäten des Gerichts bleibt der Ausgang unsicher. Denn die rechtliche wie die moralische Beurteilung eines Tatbestands ist nur zum kleinsten Teil eine abstrakt logische sichere Funktion, ist vielmehr aufs stärkste von irrationalen Kräften abhängig, die in jedem Menschen anders verteilt sind und für die es besonders in schwankenden Zeiten einen objektiven Maßstab nicht gibt. Oft aber gelingt es nicht einmal, dem Gericht auch nur den wirklichen Tatbestand vorzuführen, da dies von dem wirtschaftlichen Verständnis und der Fähigkeit des Richters, Zeugen zu vernehmen, abhängt.

Eine Maschine, deren Nutzeffekt schon an sich derartig unsicher ist, muß wenigstens rasch und leicht laufen und darf nicht mit Reibungen schwer

und langsam und ruckweise arbeiten.

Die Folge ist eine weitgehende Abkehr vom ordentlichen Zivilprozeß, die bedenklich, aber auch verständlich ist. Denn welcher Geschäftsmann kann sich darauf einlassen, sein Recht in einem Verfahren zu verfolgen, daß ihn zu zahllosen Besprechungen mit seinen Anwälten, zur Ausarbeitung immer neuer Schriftsätze, zur Teilnahme an vielen Verhandlungen und Zeugenvernehmungen mit oft stundenlanger Wartezeit nötigt. Zum Teil hat sich die Wirtschaft selbst geholfen durch private ständige Schiedsgerichte, die, von Verband zu Verband generell vereinbart, durch rasche Entscheidung in einer Instanz sich oft bewähren. Wo sie fehlen, besteht eine Lücke. Der Kaufmann scheut sich mehr und mehr, sein Recht bei den staatlichen Gerichten zu suchen, eine neue Justizkrise, die in den letzten Monaten einen großen Umfang erreicht hat.

Wie kann man dem abhelfen? Der Staat selbst hat im vorigen Jahr auf dem wichtigen Teilgebiet der sozialen Differenzen durch das Arbeitsgerichtsgesetz ein neues Prozestverfahren geschaffen. Neu vor allem deshalb, weil es eine ungemein rasche und straffe Erledigung des Streits ermöglicht und in der Praxis nach den bisherigen nun halbjährigen Erfahrungen auch tasächlich in weitem Maß erreicht. Die wichtigsten Mittel hierzu: Beseitigung der überflüssig langen Fristen; wesentliche Verstärkung der

prozeßleitenden Befugnisse des Vorsitzenden und vor allem Verpflichtung desselben, die mündliche Verhandlung ohne Bindung an die Parteianträge 60 vorzubereiten, "daß sie möglichst in einem Termin zu Ende geführt werden kann"; Zwang auf beide Parteien zur sofortigen Vorbringung aller Argumente; Einschränkung von Formalitäten; Tendenz zur persönlichen Verhandlung mit den Parteien, die noch heute im Zivilprozeß die einzigen Beteiligten sind, die das Gericht, so unglaublich es klingt häufig überhaupt nicht zu sehen bekommt, und schließlich Tendenz zur gütlichen Beilegung Streits. All dies bedeutet eine höchst begrüßens werte Abkehr von dem Prinzip der Parteiherrschaft über den Prozesstoff und das Verfahren, das unseren ordentlichen Zivilprozest noch immer beherrscht, und in Wahrheit, wie gezeigt, den schleppungsmanövern Tür und Tor öffnet. hat die Novelle von 1924 die Prozestleitungsmacht des Gerichts verstärkt, aber die Gerichte machen davon nur einen recht unzureichenden Gebrauch.

Es wäre dringend erwünscht, sowohl vom Stand punkt der Wirtschaft aus, wie im Interesse des Anschens der staatlichen Justiz, auch die nun 50 Jahre alte Zivilprozeßordnung in gleichem Sinne von vielen alten Formhindernissen zu befreien, Entbehrlichkeit die Verwaltungs- und die Steuer gerichtsbarkeit zeigen, und es mit einer energischen Prozestleitung auszustatten, so daß der Prozest in einem Tempo durchgeführt werden kann, das den wirtschaftlichen Erfordernissen unserer Tage und

nicht einer verklungenen Zeit entspricht.

Entscheidend aber sind natürlich auch hier men not measures. Die Mängel unseres heutigen zesses ließen sich auch ohne Paragraphenanderung vermeiden; und der Kläger oder sein Anwalt sollten bei der Empörung über die Verschleppungstaktik des Beklagten sich prüfen, ob sie nicht auch ihrer seits in einem früheren Prozest, wo sie Beklagte waren, allzu unbedenklich von den gleichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht haben, die das geltende Prozestverfahren und mangelnde schlußfreudigkeit der Richter ihnen zur Hinziehung ihres damaligen Gegners bot. Aber diese schlechten Eigenschaften der Kläger und ihrer Anwälte sollien nicht durch vermeidbare Mängel der Gesetze Betätigung noch geradezu angereizt werden; unsere Zeit jedenfalls mit ihrer starken Lockerung aller inneren Hemmungen kann auf die Erziehung durch Gesetze nicht verzichten.

Erscheint so die Gesetzesänderung für die eine Seite der Prozesibeteiligten, nämlich die Parteien und ihre Anwälte, notwendig, so bedarf sie für die andere Seite, nämlich die Richter, noch der Ergänzung durch eine lebensvollere Ausbildung. Ein sehr großer Teil der Richter kommt von der höheren Schule über die Universität und die Hilfstätigkeit als Referendar zum unentziehbaren und fest besoldeten Richteramt, und damit zur maßgebenden Entscheidung über die schwierigsten Fragen dem Wirtschaftkampf und sozialen Streit, ohne auch nur einen Tag in diesem bewegten Hin und Her die Kräfte selbst gestählt, die Denkart, Interessen und Ausdrucksweise der Menschen in der Arbeit kennen gelernt und die lebendige Entstehung der Situationen erlebt zu haben, die er als fertigen Tatbestand vom grünen Tisch aus in Ruhe nachträglich aburteilt. So schwierig das Problem sein mag, die soziologische Gebundenheit des heute fast nur aus dem mittleren Bürgertum rekrutierten Richterstands durch Ergänzung aus allen Volksschichten zu durchbrechen, so leicht muß es möglich

sein, die Ausbildung der Richter durch ein praktisches, in der Wirtschaft selbst in irgend einer Stellung verbrachtes, vom Staat nicht bezahltes Jahr wenigstens in ähnlicher Weise zu ergänzen, wie dies bei allen anderen akademischen Berufen teils durch die Sache selbst — wie beim Lehrer —, teils im Ausbildungsgang geschieht. Die Notwendigkeit ist durch das berechtigte Interesse aller Kreise der Wirtschaft an einer raschen und lebenskundigen Rechtsprechung in Zivilsachen gegeben.

Der deutsch=russische Handelsverkehr

Don Dr. Gerhard Donath

Die deutschen Kredite an Rußland haben sich, wie eine nähere Untersuchung der Statistik zeigt, in einem zusätzlichen Export, vor allem von Fertigfabrikaten, ausgewirkt. Die Steigerung der amerikanischen Ausfuhr nach Rußland bezieht sich nur auf Rohstoffe, die Deutschland nicht liefern kann. Die Passivität des deutsch-russischen Handels ist die Folge der starken Einfuhr von Agrarprodukten und Rohstoffen, die Deutschland, wenn nicht aus Rußland, so aus anderen Ländern bezogen hätte. Voraussichtlich würden neue Kredite an Rußland den Export weiterhin steigern. — Die Redaktion stimmt nicht mit allen Ausführungen des Verfassers überein, hält aber den Aufsatz angesichts der vorläufig unterbrochenen deutsch-russischen Kreditverhandlungen für so beachtenswert, daß sie ihn den Lesern nicht vorenthalten möchte.

Ale es sich sofort nach Beginn der deutsch-russischen Besprechungen herausstellte, daß die Russen nicht nur in eine Verhandlung über die deutschen Beschwerden und Wünsche eintreten würden, die im Verlauf des deutsch-russischen Geschäfts entstanden waren, sondern daß sie auch ihrerseits mit sehr erheblichen Wünschen, vor allem nach Krediten, an die wirden. an die deutsche Wirtschaft herantreten würden, gingen Berechnungen über den deutsch-russischen Außenhandel durch einen großen Teil der Presse, die zeigen sollten, daß von neuen deutschen Krediten nicht die Rede sein könne, da sich die bisherigen nicht sehr positiv für die deutsche Wirtschaft ausgewirkt hätten. Man betrachtete sich die deutschen Außenhauten. Man betrachtete sich die deutschen Außenhandelszahlen und stellte fest, daß deutsch. deutsche Ausfuhr nach Rußland im Jahre 1926 264.7 Mill und stellte rest, Lahre 1926 264,7 Mill RM betragen habe, im Jahre 1927
329.6 Mill RM betragen habe, im Jahre 1927 329,6 Mill RM, daß also lediglich eine Steigerung von 65 Mill RM, daß also lediglich eine Steigerung von ca. 65 Mill. RM eingetreten sei, während die Russen einen K einen Kredit von 300 Mill. RM bekommen hätten. Man folgerte daraus, daß die Russen, nachdem ihnen dieser große Kredit eingeräumt worden ist, überhaupt keine größeren Barbestellungen mehr nach Deutschl Deutschland gelegt hätten, denn, wenn man von 3296 M:u. Belegt hätten, denn, wenn man von 329,6 Mill. RM 300 Mill. RM abzieht, bleibt nicht mehr wird. mehr viel abrig. Wenn man nach einer Begründung suchte, so fand man sie in folgendem: Das russische Außenhandelsmonopol gebe den Russen die Möglich-keit die Eine die Möglichkeit, die Einfuhr, was die Auswahl der Bezugsländer anlange, sehr elastisch zu gestalten. Die Auswahl der Länder brauche nicht nach rein ökonomischen Gesichtspunkten zu erfolgen, nicht nur dort würden

Waren gekauft, wo sie am billigsten seien, sondern auch politische Erwägungen spielten dabei eine Rolle. Nach Abbruch der englisch-russischen Beziehungen hätten die Russen befürchtet, daß die Vereinigten Staaten dem Beispiel Englands folgen könnten, und hätten vor allem nach den Vereinigten Staaten größere Bestellungen gelegt, so daß sich — auch nach der russischen Statistik — die Importe aus den Vereinigten Staaten stark vermehrt hätten; sie betrugen im Wirtschaftsjahr 1925/1926 119,882 Mill. Rubel, im Wirtschaftsjahr 1926/27 dagegen bereits 143,423 Mill. Rubel.

In demselben Jahre, in dem die Russen den großen Kredit von Deutschland bekommen hätten wird weiterhin argumentiert, sei die Passivität im Handel mit Rußland noch gewachsen, denn während im Jahre 1926 eine Einfuhr aus Rußland von 301,5 Mill. RM einer Ausfuhr von 264,7 Mill. RM gegenüberstand, hat man im Jahre 1927 in Deutschland für 452,8 Mill. RM Waren aus Rußland bezogen, dagegen sind für 329,6 Millionen Waren nach Rußland ausgeführt. Die Passivität habe sich also im Jahre 1927 fast verdreifacht. Deutlicher könne nicht demonstriert werden, daß sich die große Kreditaktion nicht günstig für die deutsche Wirtschaft ausgewirkt hätte. Was die Russen der deutschen Wirtschaft zu geben vermöchten, sei in der Hauptsache neuer zusätzlicher Export. Dieser zusätzliche Export sei 1927 nicht eingetreten, er würde auch in Zukunft nicht eintreten, und daher müsse man allen ihren Kreditwünschen gegenüber die größte Skepsis wahren,

Diese Argumentation, die so exakt mit Zahlen unterbaut ist, hat gerade dadurch auf den ersten Blick etwas Bestechendes für sich. Und doch ist sie rein tatsächlich in allen Punkten falsch oder nicht ausschlaggebend. Wir werden diese Behauptung sowohl in der Frage des deutschen Exports nach Rußland, wie in der des russischen Importes aus den Vereinigten Staaten und schließlich in der Frage der negativen Handelsbilanz Deutschlands gegenüber Rußland zu beweisen haben. Wenn wir die Frage prüfen, ob und in welchem Umfang sich der Russenkredit im Jahre 1927 in einem zusätzlichen deutschen Export ausgewirkt hat, so muß vorher die Frage entschieden werden: wie groß ist denn der "normale" deutsche Export nach Rußland? eine Frage, die allerdings kaum exakt zu beantworten ist. Ein Vergleich mit den Zahlen der Vorkriegszeit nützt sehr wenig; dazu haben sich die Verhältnisse in Rußland zu stark verändert. Es hat einen Teil der Gebiete verloren, die, wie Polen, in stärkstem Außenhandelsverkehr mit Deutschland standen; es hat infolge der ganz veränderten sozialen Struktur in der Zusammensetzung seines Außenhandels sehr erhebliche Veränderungen aufzuweisen. Luxusprodukte werden nicht mehr eingeführt. Die Ausfuhr der Agrarprodukte erreichte bisher nur einen bescheidenen Prozentsatz von der in der Friedenszeit, da der Bauer selbst mehr ißt und da weiterhin, wie die letzten Ereignisse zeigen, ein großer Teil der politischen Kämpfe in Rußland um die Ablieferung der Agrarprodukte geht. So hat der russische Außenhandel bisher nur etwa zwei Fünftel des Vorkriegswertes erreicht. Die Vorkriegsverhältnisse geben also kaum eine Möglichkeit für einen exakten Vergleich. Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland in den letzten Jahren weisen aber so erhebliche Schwankungen auf, daß man auch aus ihnen nicht die Größe des normalen Verkehrs ableiten kann, und so sind denn auch die Schätzungen, wie hoch die normale Ausfuhr Deutschlands nach Rußland anzusetzen sei, verschieden. Nur in einem Punkte herrscht Übereinstimmung: daß man die Ausfuhrziffern des Jahres 1926 nicht als normal ansehen kann, denn in diesem Jahre wirkte sich in der Ausfuhr Deutschlands noch der 100-Millionen-Kredit der Deutschen Bank in sehr bedeutendem Umfang aus; von russischer Seite wird behauptet, in einer Höhe von mehr als 60 Mill. RM, von deutscher Seite wird nur die Höhe der Summe bestritten. In jedem Falle aber ist es klar, daß man den normalen Handelsverkehr mit Rußland nicht mit 264,7 Mill. RM einsetzen kann, sondern nur mit ca. 200 Mill. RM oder etwas darüber. Wenn man die Ziffer von 200 Mill. RM als Grundziffer annimmt, dann haben sich die Kredite im Jahre 1927 in einem zusätzlichen Export von ca. 130 Mill. RM ausgewirkt. Das ist aber immer noch erst ein bescheidener Prozentsatz des 300-Millionen-Kredits - wenn nämlich die Russen den Kredit in diesem Jahre bereits voll ausgenutzt hätten. Das ist aber nicht der Fall gewesen, wie folgende Rechnung beweist: Von der russischen Handelsvertretung sind für das letzte Vierteljahr 1926 (das ist

für die Russen das erste Quartal des Wirtschaftsjahres 1926/1927) bis zum letzten Quartal 1927 folgende Einfuhrbewilligungen gegeben worden:*)

in Millionen Reichsmark	Insgesamt:	Auf Kredit	Sonstige:
IV. Quartal 1926 I. 1927 II. 1927 III. 1927 IV. 1927 IV. 1927	96,3 110,6	16,6 31,1 45,5 58,8 ca, 50,0	65.2 65.1 104.1 125.0

Für das letzte Quartal 1927 ist eine Sonderaufstellung, wieviel von den Einfuhrbewilligungen in Höhe von 175 Mill. RM auf Kredite entfallen, nicht gegeben. Auf Grund gewisser Anhaltspunkte, wie auch der proportionalen Beziehungen der Bestellungen auf Kredite und der auf Kasse, kann man sie auf ca. 50 Mill. RM schätzen. Nun wirken sich die russischen Einfuhrbewilligungen natürlich nicht 60° fort in der deutschen Statistik aus. Von den Krediten die die Russen im letzten Quartal 1926 in Höhe von 16,6 Mill. RM. erhalten haben, wirkt sich ungefähr die Hälfte erst im Jahre 1927 aus; auf der anderen Seite: von den Krediten, welche die Russen im letzten Quartal 1927 abberufen haben, wirkt sich die Hälfte erst in der deutschen Ausfuhr im ersten Vierteljahr 1928 aus. Wenn man dies berücksichtigt, so haben die Russen im Jahre 1927 folgende Kredite abberufen, die sich in der deutschen Ausfuhr 1927 bereits zeigen!

8,4 Millionen (das ist die eine Hälfte des Kredits aus dem letzten Quartal 1926)

45,5 58,8 25,0

(das ist die eine Hälfte des Kredits aus dem letzten Quartal 1927)

168,8 Millionen.

Die Kredite, die die Russen im Jahre 1927 abberufen haben, sind also nur um ca. 100 Mill. RM höher als die Kredite, die sie 1926 bekommen haben.

Die deutsche Ausfuhr in demselben Zeitraum ist um 65 Mill. RM gestiegen; die Differenz beträgt also ca. 35 Mill. RM. Bei dieser Zahl muß aber noch rücksichtigt werden, daß die gesamte russische Einfuhr im Jahre 1927 um ca. 7% zurückgegangen ist, da es die Russen mit aller Macht durchsetzten, in diesem Jahre zu einer aktiven Handelsbilanz kommen. Streicht man auch diese 7% noch ab, so bleibt nur ein bescheidener Betrag, um den sich Bestellungen der Russen gegen Kasse in Deutschland im Jahre 1927 verringert haben. Der 300-Millionen Kredit hat sich also, soweit er abgerufen wurde, zum überwiegenden Teil in einem zusätzlichen Export Deutschlands nach Rußland ausgewirkt.

Im übrigen ist es alles eher als ein Zufall, daß die Russen im Jahre 1927 noch nicht den gesamten Kredit abberufen haben. Denn im Rahmen ihrer schaftsorganisation haben die Kredite sehr wesentliche Funktionen. Die Höhe der Importe ist im heutigen Rußland — im Gegensatz zum Vorkriegsruß-

^{*)} Die statistischen Daten, die für diesen Aufsatz verwendet wurden, mußten sehr mühselig aus der Monatsschrift, welche russische Handelsvertretung herausgibt, aus den Veröffentlichungen vom WTB, und dem Ost-Expreß zusammengestellt werden; es würde für den Fortgang der Verhandlungen nur nützlich sein, wenn gesamte Material, in übersichtlicher Form zusammengefaßt.

land - fast ausschließlich bestimmt von der Höhe der Exporte. Im heutigen Rußland decken sich Handels- und Zahlungsbilanz fast völlig, da Rußland über keine Posten unsichtbarer Zahlungsbilauz verfügt, auf der anderen Seite auch passiv nicht belastet ist, da es die Verzinsung der Vorkriegsschulden hisher suspendiert hat. Größere langfristige Anleihen aber hat Sowjetrußland bisher nicht erhalten. Wenn in der Exporthöhe daher Schwankungen eintreten, so ist der gesamte Import bedroht. Und dieses Schwarken im Export ergibt sich fast mit mathematischer Sicherheit. Im russischen Export spielen die Fertigfabrikate nur eine ganz verschwindende Rolle. Er besteht im wesentlichen aus Agrarprodukten und industriellen Rohstoffen. Der Export von Agrarprodukten, vor allem der von Getreide, ist nun in seiner Höhe nicht exakt kalkulierbar. Er war es natürlich auch vor dem Kriege nicht. Auch damals wirkten sich im russischen Export die starken russischen Russi schen Ernteschwankungen aus. Aber die Höhe der russischen Importe wurde durch die Exportschwankungen nicht betroffen, denn die russischen Kapitalimporte waren damals derartig groß, daß dem gegeniber die Veränderungen im Getreideexport nicht ins Gewicht fielen. Heute liegen die Verhältnisse anders. Sowjetrußland bekam bisher von Westeuropa keine Kapitalien in erheblichem Umfang als dauernde Kapitalanlage. Und die Schwankungen im Export von Agrarprodukten sind nicht kleiner als in der Vorkriegszeit, sondern größer — und werden dies auch in absehbarer Zeit bleiben. Denn neben die Schwankungen der Ernte, neben diesen "natürlichen" Faktor, tritt ein politischer: das Verhältnis der russischen Bauern zu den heute herrschenden Machtbabern, das sich, wie die letzten Monate sehr deutlich gezeigt haben, in einem starken Zurückhalten der abzuliefernden Getreidemengen dokumentieren kann. Wenn man gegenüber diesen Schwankungen einen Ausgleich schaffen will und nicht zum Goldexport schreitet, durch den leicht die Valuta bedroht werden könnte, so muß die Verteilung der Kredite den Ausgleich schaffen. Wenn die Russen durch die ungünstigen Ergebnisse in der bisherigen Getreidekampagne in ihren Importplänen nicht allzusehr betroffen wurden, so liegt dies u. a. an der Umsicht, mit der sie die Abberufung der Kredite verteilt

Ein weiterer Beweis dafür, daß sich die Kredite im wesentlichen in einem zusätzlichen Export ausgewirkt haben, ergibt sich uns, wenn wir uns im einzelnen die Zusammensetzung des amerikanischrussischen Handels ansehen. Wir erwähnten eingangs die Behauptung, daß die Russen aus politischen Gründen größere Bestellungen nach den Vereinigten Staaten gelegt und damit Deutschland entzogen hätten. Ein Blick in die Handelsstatistik, soweit sie sinnlosigkeit einer derartigen Behauptung. In Millionen Rubeln betrug die Einfuhr Rußlands aus den Vereinigten Staaten im Jahre 1925/1926 119,882 Mill. Rubel, im Jahre 1926/1927 143,423 Mill. Rubel. Die Steigerung betrug also rund 50 Mill. RM, d. h. sie

ist fast so groß wie die Steigerung der deutschen Exporte nach Rußland, obwohl die Vereinigten Staaten den Russen keine größeren Kredite gegeben haben. Wenn man aber die einzelnen Warengattungen betrachtet, auf die vor allem diese Steigerung fällt, so ist folgendes festzustellen (wir beachten nur die Waren, bei denen die Einfuhr mehr als 1 Mill. Rubel betrug):

Die Russen bezogen aus den Vereinigten Staaten:

in Millionen Rubel	1925/1926	1926/1927
Häute, unbearbeitet Garpius Farbige Metalle Rohbaumwolle Halbfabrikate insgesamt	1 556 1 822 4 787 71 450 83 397	3 073 2 124 10 629 94 573 115 543

Die Steigerung der Importe an Halbfabrikaten ist also größer, als die Steigerung der Importe aus den Vereinigten Staaten überhaupt. Hier aber handelt es sich um Produkte, die Rußland gar nicht aus Deutschland beziehen kann, so daß bei der Auftragserteilung politische Motive gar nicht mitspielen konnten. In den Warengruppen, wo eine amerikanischdeutsche Konkurrenz in Rußland stattfand, d. h. in Fertigfabrikaten, ist im letzten Jahr ein Rückgang der Importe aus den Vereinigten Staaten zu konstatieren bei einer Steigerung der deutschen Exporte. Im Jahre 1925/1926 bezog Rußland an Fertigfabrikaten insgesamt aus den Vereinigten Staaten für 36,386 Mill. Rubel, im Jahre 1926/1927 dagegen für 27,356 Mill. Rubel. Die einzelnen Warengruppen zeigen folgende Entwicklung:

Rußland bezog aus den Vereinigten Staaten:

in Millionen Rubel	1925/1926	1926/1927
Gußeisen-, Eisen- und Stahlwaren Maschinen und Apparate Landmaschinen Maschinenteile Automobile Elektrotechnische Geräte	1 570 7 775 14 983 4 905 1 059 1 491 561	1 934 6 758 9 880 2 820 658 1 310 2 378

Wir sehen also ganz deutlich, wie im Absatz von Produktionsmitteln, im Absatz von Maschinen die Vereinigten Staaten im letzten Wirtschaftsjahr Terrain verloren haben, das die deutsche Industrie gewann.

Und nun zu der letzten Frage: der Passivität der deutsch-russischen Handelsbilanz. Hier sind — rein statistisch — mancherlei Fragen strittig. Ich gebe noch einmal die deutschen Zahlen:

in Millionen Reichsmark	1926	1927
Einfuhr aus Rußland	301,5 264,7	432,8 329,6

Von russischer Seite wird dazu einmal bemerkt, daß in den Zahlen der Einfuhr des Jahres 1927 auch die Einfuhr aus dem asiatischen Rußland einbezogen ist, im Jahre 1926 dagegen nicht, wodurch sich die Zahlen für 1926 bereits um 20 Millionen erhöhen. Es wird weiter gesagt, daß es sich bei der deutschen Ausfuhr nach Rußland um Produkte handelt, die in Rußland bleiben, während ein erheblicher Teil der deutschen Einfuhr aus Rußland (so z. B. Rauchwaren und Platin) in Deutschland weiter verarbeitet wird, als Reexport also die Passivität ausgleicht. Wie weit diese Tatbestände quantitativ ins Gewicht fallen, darüber gehen die Meinungen noch ausein-

ander, und es wird u. a. eine Aufgabe der eingesetzten statistischen Kommissionen sein, hier Klarheit zu schaffen. Wesentlich aber sind unseres Ermessens diese Fragen nicht. Was wäre denn damit gesagt, wenn sich herausstellen würde, die Handelsbilanz Deutschlands mit Rußland ist für Deutschland mit 50 oder 100 Mill. RM. passiv oder sie ist ausgeglichen? Für die Frage der gesamten deutschen Handelsbilanz ist es absolut gleichgültig, ob sich im Handel mit Rusland eine Aktivität oder Passivität herausstellt. Nehmen wir z. B. an, die russische Getreidekampagne, die in den letzten Wochen wieder einen Aufschwung genommen hat, habe in den nächsten Monaten keine sehr günstigen Ergebnisse, oder nehmen wir an, in Rußland gäbe es im nächsten Jahr eine Misernte, so das die Kurve des Agrarexports stark heruntergeht, dann würde sich voraussichtlich im Handel zwischen Deutschland und Rußland eine Aktivität für Deutschland ergeben. Wäre damit für die Aktivität des deutschen Außenhandels etwas gewonnen? Nicht das mindeste! Es ist für seine gesamte Struktur nicht sehr wesentlich, zu welchem Prozentsatz z. B. das notwendige Getreide aus Rußland oder aus Kanada kommt. Mit anderen Worten: Da sich der russische Export nach Deutschland lediglich aus Agrarprodukten und industriellen Rohstoffen zusammensetzt, bedeutet er keine Vergrößerung der Passivität der gesamten deutschen Handelsbilanz. Er würde dies nur dann bedeuten, wenn die russischen Produkte aus irgendwelchen Gründen bedeutend teurer wären, wenn z. B. die Preise für russisches Getreide weit über denen des kanadischen lägen. Wenn aber dies der Fall wäre, so wäre nicht einzusehen - da es in Deutschland ja kein Außenhandelsmonopol gibt -, warum die deutschen Importeure gerade aus Rußland das Getreide einführten. Sie tun es natürlich nur, weil ihnen die russischen Waren verhältnismäßig billig erscheinen.

Der gesamte deutsche Import ist im Jahre 1927 ganz außerordentlich gestiegen. Die deutsche Wirtschaft, die im Jahre 1926 einen kleinen Exportüberschuß aufzuweisen hatte, hatte im Jahre 1927 einen Importüberschuß von fast 3½ Milliarden. Agrarprodukte wie Rohstoffe wurden im letzten Jahre um mehrere Milliarden mehr eingeführt als 1926. Daß von dieser Mehreinfuhr auch ein Teil auf Rußland entfiel, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Negativität des deutschen Handels gegenüber Rußland besagt also nicht das mindeste. Jedes Quantum Getreide, das Deutschland nicht aus Rußland bezieht, jedes Quantum Öl, das es nicht aus Rußland bezieht, muß es ja aus anderen Ländern beziehen.

Rekapitulieren wir: Die russische Wirtschaft hat aus Gründen, die sich aus der eigenartigen Struktur ihrer Organisation ergeben, im Jahre 1927 nicht die gesamten ihr gewährten Kredite abgerufen, sondern nur einen, allerdings sehr betächtlichen, Teil. Bis auf eine Summe, die man auf 20 bis 40 Mill. RM schätzen kann, haben sich diese Kredite in einer zusätzlichen deutschen Ausfuhr, vor allem von Fertigfabrikaten, ausgewirkt. Die Exportsteigerun-

gen der Vereinigten Staaten nach Rußland betreffen industrielle Rohstoffe, die Deutschland nicht liefern kann; in der Einfuhr von Fertigfabrikaten dagegen ging die Quote der Vereinigten Staaten zurück, die Deutschlands stieg. Die Passivität des deutschen Außenhandels gegenüber Rußland ist die Folge davon, daß gerade das letzte Jahr eine besonders starke Steigerung der Einfuhr von Agrarprodukten und Rohstoffen gebracht hat.

Wenn von russischer Seite also gesagt wird, daß sich ein zusätzlicher Kredit seitens Deutschlands voraussichtlich wieder in einem zusätzlichen Export auswirken würde, so sprechen die bisherigen Erfahrungen dafür. Damit ist aber erst die Vorfrage behandelt, die für die Gewährung neuer Kredite wesentlich ist. Würde diese Frage nicht positiv zu beantworten sein, so wäre ja gar nicht zu verstehen, warum man so ernsthaft in Verhandlungen einge treten ist, in Verhandlungen, die von der ganzen Welt mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt werden. Denn da die Russen zur Zeit in eine Debatte mit Deutschland über die Schuldenregelung aus der Zarenzeit nicht eintreten, da sie Deutschland gegenüber jede Kontingentklausel ablehnen, wie sie sie in ihren Handelsverträgen mit einigen kleineren Oststaaten aufgenommen haben, so ist ja das einzige, was sie bei der Gewährung neuer Kredite zu bieien haben, daß diese sich in einem zusätzlichen Export auswirken. Das Kreditproblem ist aber gerade dar^{um} so außerordentlich kompliziert, weil bei der Beantwortung dieser Frage eine Anzahl von Problemen auftaucht, über die man sich auch in den in Frage kommenden deutschen Kreisen nicht völlig klar ist, kaum völlig klar sein kann. Einmal spielt hier eine nicht unwesentliche Rolle, in welchem Abschnitt der Konjunktur sich die deutsche Wirtschaft jeweils befindet. Der Abschluß des letzten großen Russenkredits fiel in die Zeit der Krise, ihre Abwicklung aber bereits in die Zeit der Konjunktur. Die heutige Konjunktur ist in gewissem Umfang labil. Ob sie sich noch längere Zeit erhalten wird, ist zumindest fraglich. Ist man der Ansicht, daß trotz der zur Zeit noch sehr starken Arbeitslosigkeit das Jahr 1928 wieder noch einen weiteren Auftrieb bringen wird. so wird man von seiten der Industrie wie des Staates größeren Krediten an Rußland zumindest mit einer gewissen Reserve gegenüberstehen. Ist man dagegen der Ansicht, das das Jahr 1928 leicht einen konjunkturalen Abstieg bringen kann mit einer starken Verringerung der binnenländischen Kaufkraft, so wird man natürlich versuchen, durch möglichst große Steigerung der Exporte einen Ausgleich zu schaffen. Dann wird aber die Frage wichtig, wann man die Verhandlungen mit den Russen abschließt. Denn, da die Russen mit den Krediten im wesentlichen Produktionsmittel kaufen, deren Herstellung eine gewisse Zeit dauert, so kann cs, wenn sich die Verhandlungen sehr lang hinziehen, leicht geschehen, daß die Abberufung der Kredite erst in einem Zeitpunkt geschieht, wo sich die Wirtschaft bereits wieder aufwärts bewegt, so daß sie ihr nicht den Auftrieb

geben, den man von ihnen erwartet. Auf der anderen Seite aber scheint es, daß man kein besonderes Gewicht auf eine Beschleunigung der Verhandlungen legt. Dafür sprechen mehrere Gründe: Die jetzige Regierung wird voraussichtlich nicht mehr sehr lange am Ruder sein, im Mai sind Neuwahlen; ihr Interesse an dem Abschluß der Verhandlungen ist also nicht sehr groß. In der Industrie selbst sind vielfach Klagen laut geworden über die Art und Weise, wie von den Russen das Außenhandelsmonopol organisiert wird, und auch darüber, daß die Russen es verstanden hätten, durch das Ausspielen der verschiedenen Konkurrenten gegeneinander den Profit der exportierenden Firmen sehr stark herunterzuschrauben. Bei einem Geschäft mit den Russen, so sagt man, kommt nicht sehr viel heraus. Sollte man daher — so wird argumentiert — die Kredite, die man ihnen geben könnte, nicht an anderer Stelle verwenden, an einer Stelle, wo auf der einen Seite die Profite größer sind, wo sich auf der anderen Seite die Kredite nicht nur in einem zusätzlichen Export in der gleichen Höhe des Kredits auswirken, sondern weit darüber hinaus? Bei der Behandlung dieser Frage spielt die gesamte ökonomisch-Politische Situation Deutschlands eine Rolle. gibt ja heute keinen echten deutschen Kapitalexport mehr, sondern nur einen deutschen Kapitalexport bzw. Kredite auf Grund fremder Kapitalimporte bzw. Kredite. Die deutsche Wirtschaft ist in einer ähnlichen Lage wie die Vereinigten Staaten in der Vorkriegszeit, die nur einen Teil der ihnen von Europa gewährten Kredite im Inlande anlegten, einen De gewährten Kredite im Inlande anlegten, einen Teil aber zum Kapitalexport nach Mittel- und Südamerika verwendeten. Im deutschen Kapitalexport stehen die Vereinigten Staaten an erster Stelle, an Zusten Wenn an zweiter England und die kleineren Staaten. Wenn man also Projekte erörtert, nach anderen Gehieten größere Exportkredite zu gewähren, so ist dafür u. a. Wichtig, in welchem Umfange man den deutschen Kreditgebern dabei ins Gehege kommt. deutsche Kredite z. B. nach Südamerika wären daher schon aus diesem Grunde kaum möglich; denn in den Vereinigen Vereinigten Staaten würde sehr bald eine von Industriellen geschürte Bewegung gegen weitere größere Kredite an Deutschland entstehen, wenn Deutschland auf Basis der Grundlage der amerikanischen

Kredite der amerikanischen Industrie in Südamerika Raum abzugewinnen sucht. Von amerikanischer Seite aber ist bisher bei dem letzten großen Kredit an Rußland kein Widerspruch laut geworden. Und auch bei den jetzigen Verhandlungen hat man noch nichts von amerikanischen Bedenken gehört. Das ist leicht zu erklären, denn auch bei sehr starken zusätzlichen Exporten Deutschlands nach Rußland würde der Absatz der Vereinigten Staaten nur in sehr kleinem Umfange verkleinert werden. Es ist also nicht anzunehmen, daß von ausländischer Seite starke Widerstände wegen Gewährung von Krediten an Rußland kommen werden. Dagegen bestehen innerhalb der deutschen Industrie selbst beträchtliche Gegenströmungen. Die Russen haben bisher kein größeres ausländisches Kapital nach Rußland ziehen können. Die Verhandlungen mit England sind, wie bekannt, gescheitert, die mit Frankreich sind noch nicht aufgenommen. Andererseits ist bei der Gewährung von Krediten Deutschland bisher sehr stark in den Vordergrund getreten; Deutschland wird schon heute in Rußland mehr Kapital angelegt haben, als die anderen hochkapitalistischen Staaten zusammen. Die Verhandlungen Rußlands mit Frankreich über die Regelung der Schulden aus der Zarenzeit und die Gewährung von Krediten werden voraussichtlich bald aufgenommen werden, und daher gibt es Kreise in der deutschen Industrie, die dahin argumentieren, daß man warten solle, bis die Verhandlungen der Russen mit den Franzosen zu einem Ergebnis geführt haben, um dann in einer Front mit Frankreich, evtl. auch mit den Vereinigten Staaten, in gemeinsame Kreditverhandlungen mit Rußland zu treten. Da die Bürgschaft für die Kredite tatsächlich nur der russische Staat übernimmt, will man in gewissen Kreisen weitere Kredite nur dann geben, wenn eine gewisse Rückendeckung dadurch geschaffen wird, daß die Kreditaktion nicht von Deutschland allein ausgeht, sondern evtl. im Bunde mit Frankreich und mit der Rückendeckung durch die Vereinigten Staaten. Die deutsch-russischen Verhandlungen werfen also Fragen auf, die weit über das Gebiet der Statistik des Außenhandels hinausreichen, Fragen, bei deren Beantwortung die gesamtweltwirtschaftliche und -weltpolitische Situation Deutschlands zu berücksichtigen ist.

Die Probleme der Woche

Steigerung der Bankkredite an Handel und Industrie

Die Zwischenbilanzen der Banken für Ende Februar, die zum letztenmal nach dem alten, für

mal nach dem alten, für schaftsministers in vieler Hinsicht modifizierten Schema aufgestellt sind, zeigen ein für die gegenstisches Bild Das tritt besonders deutlich hervor, Bilanzen Vergleiche zieht — was ohnehin nur für

die Großbanken möglich ist, weil verschiedene andere Banken ihre Bilanzen noch nicht vorgelegt haben und die Reichsbank die Dezemberbilanzen nicht gesammelt veröffentlicht —, sondern wenn man die Februar-Bilanzzahlen denen von Ende Oktober 1927, also eines um vier Monate zurückliegenden Zeitpunktes gegenüberstellt. Die Verbindlichkeiten sind in dieser Zeit bei den sechs Berliner Großbanken von 7282 auf 8145 Mill. gestiegen (bei fast unveränderten Akzeptschulden). Unzweifelhaft entfällt ein großer Teil der Zunahme auf die Bean-

spruchung ausländischen Kredits, die besonders in den letzten beiden Monaten des abgelaufenen Jahrs erheblich war, dann im Januar mit der Verflüssigung des deutschen Geldmarkts etwas abnahm und im Februar bei der Wiederversteifung erneut an-Allein die Kundschaftskredite bei Dritten. denen auf der Gegenseite hauptsächlich die unter Warenvorschüssen verbuchten Rembourskredite entsprechen, haben sich in dieser Zeit um 180 Mill. erhöht, und sie laufen bekanntlich zum weitaus überwiegenden Teil im Ausland. Auf die Zunahme der ausländischen Kredite, die aus der Marktbeobachtung längst bekannt ist, läßt ferner noch eine andere Erscheinung in den Bilanzen schließen: die überdurchschnittliche Steigerung der Einlagen und sonstigen Kreditoren, die zwischen 7 und 90 Tagen laufen. Sie sind bei den sechs Berliner Großbanken um nicht weniger als 384 Mill. angewachsen, während sich gleichzeitig die ganz kurzfristigen Einlagen und sonstigen Kreditoren (innerhalb sieben Tagen fällig) nur um 76 Mill. und die nach drei Monaten fälligen um 43 Mill. vermehrten. Ausländisches Geld wird eben nur in seltenen Fällen täglich fällig und meist in der Form des Monatsgelds genommen. Verwendung fanden die fremden Mittel (sofern man diesen Ausdruck weiter verwenden will, obwohl gewiß ist, daß ein Teil davon von den Banken durch das Aktivgeschäft selber geschaffen wird) ausschließlich zur Verstärkung der Direktkredite an Handel und Industrie. Die Barliquidität hat seit Oktober sogar abgenommen, wenn man den Dezembertermin, für den die Banken ihre besonders zurechtstutzten, überspringt. Bilanzen Kasse und Notenbankguthaben gingen seit Oktober von 216 auf 171 Mill. zurück. Die Nostroguthaben blieben mit 921 (920) Mill. trotz der Zunahme der Auslandsverbindlichkeiten unverändert. waren zum Jahresschluß zur Verschönerung der Bilanzen in die Höhe gebracht worden 1032 Mill.). Dagegen zeigen die Wechsel eine Vermehrung um ein volles Drittel, von 1509 auf 2022 Mill. — ein Reflex der starken Steigerung des Wechselumlaufs, die in jene Zeit fällt. Bei geringen Veränderungen der Reports und Lombards (536 gegen 531) und der Effekten (122 gegen 115) sind ferner vor allem die Warenvorschüsse angeschwollen (von 610 auf 815) und schließlich die Debitoren von 3892 auf 4084; die knappe Hälfte des Debitorenzuwachses entfiel dabei auf die ungedeckten Debitoren, die bekanntlich in der Regel nur an potenteste Schuldner, Großkonzerne usw. gewährt werden. Dasselbe Bild wie die Großbankbilanzen zeigen auch die Bilanzen der sämtlichen von der Statistik der Reichsbank erfaßten Kreditbanken zusammen. Wenn man noch die 21 Staats- und Landesbanken und die 17 Girozentralen hinzurechnet, so zeigt sich, daß alles in allem einer Kreditorenvermehrung um 1637 auf 14521 Mill. die folgenden Hauptbewegunauf der Aktivseite gegenüberstehen: Vermehrung der Warenvorschüsse um 254 auf 1035 Mill., der Debitoren um 606 auf 9456 Mill. und der Wechsel um 839 auf 3290 Mill. — ein völlig eindeutiges Bild, das höchstens noch durch die Anmerkung zu ergänzen wäre, daß dabei die Bilanzen der Girozentrale eine starke Geldmarkt-Inanspruchnahme zugunsten der durch die Anleihesperre in Bedrängnis geratenen Kommunen verraten.

Die Reparationsobligationen der Industrie Die Verwaltung der 5 Milliarden Goldmark 5% iger Reparationsobligationen der Industrie

erfordert infolge der komplizierten und bis ins ein zelne gehenden Regelung des Londoner Protokolle eine mühselige Arbeit. Diese ruht in erster Line auf der Bank für deutsche Industrieobligationen, die mit 10 Mill. Kapital ausgestattet ist, wovon 7,5 Mill. eingezahlt sind und statutengemäß mit 6# Dividende bedacht werden. Die Verwaltungskosten beliefen sich im abgelaufenen Jahr auf immerhin 1,18 Mill. (1926: 0,81 Mill.), wovon nur 0,40 Mill. auf den Treuhänder abgebürdet werden konnten. Die Hauptarbeit erwächst der Bank aus der Verwaltung der Sicherungen für die dem Treuhänder über gebenen Reparationsobligationen. So müssen vielerle Formalitäten von der Bank besorgt werden, wenn Betriebe, die an der dinglichen öffentlichen Last für diese Obligationen beteiligt sind, Grundstücke oder Betriebe veräußern, ihre Rechtsform ändern den Sitz verlegen, oder ihren Betrieb stillegen wollen usw. Die Bank muß vor allem dort die Rechte der Reparationsgläubiger wahren, wo Unter nehmungen liquidieren und unter Geschäftsaufsicht oder in Konkurs geraten. Kassiert werden die Annuitäten für die Industrieobligationen von Finanzämtern, die sie an die Bank weiterleiten. Jahre 1927 war zum erstenmal die volle Zinslast von 250 Millionen aufzubringen. 1928 steigert sich diese Belastung durch Hinzutreten der 1%igen Tilgung rate auf 300 Millionen. Die erste Halbjahreerate ist soeben an den Treuhänder abgeführt wonden Da die Leistungen durch ein Vorauszahlungs verfahren erhoben werden, wobei die Termine zwischen Einzahlung der Aufbringungspflichtigen und Ablieferung durch die Bank an den Treil händer im Laufe der Zeit erheblich verkurzt wurden fehlten an der letzten Halbjahrsleistung zunächst einige Millionen, die bestimmungsgemäß der Ausgleichs- und Sicherungsrücklage entnommen wurden Die Rücklage wurde durch spätere Eingänge wieder ergänzt und belief sich am Jahresende auf 37,5 Mil lionen. Außerdem besteht bei der Bank ein liquide angelegtes "Vortragskonto zum Ausgleich von Aufbringungsleistungen" in Höhe von 26,23 Millionen mit dem es folgende Bewandtnis hat: Auf Grund vor läufiger Feststellungen hat sich ergeben, daß die in den Kalenderjahren 1926 und 1927 an die Bank leisteten Gesamtaufbringungsbeträge einen tiberschuß von 22,5 Millionen gegenüber dem Bedart der Bank aufweisen. Dieses in dem vorläufigen Charakter der Veranlagung begründete Ergebnis gestattete es bekanntlich der Reichsregierung, die endgültige Festsetzung der Leisternachten der Beichsregierung der Leisternachten der Beichstellen der Beichstelle der Beichstell Festsetzung der Leistung der Aufbringungspflichtigen niedriger als im vorläufigen Verfahren anzusetzen. Der erwähnte Betrag soll, da die Bank nur die erforderlichen Rücklagen, also keine Überschüssch ansammeln will, den Aufbringungspflichtigen durch Rückerstattung oder Anrechnung wieder zugute kommen. Bis dahin sind die 22,5 Millionen auf dem Vortragskonto verbucht, dem außerdem Zinsüber schüsse von 3,72 Millionen gutgebracht sind, auf diesem Konto erfolgt schließlich auch die Verrech nung der Kursunterschiede, die sich daraus ergaben, daß die Aufbringung in Reichsmark erfolgt. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn das Vortrage

konto demnächst zur Erfüllung der Verpflichtungen der Bank gegenüber dem Treuhänder in Anspruch genommen wird; das entspricht seiner Bestimmung und ist noch weniger ein bedenkliches Symptom als ein Rückgriff auf die erwähnte Ausgleichs- und Sicherungsrücklage von 57,5 Millionen, mit der unter Umständen ebenfalls zu rechnen ist.

Das Ende der Sperre für

Die rechtswidrige Unterkommustidtische Auslandsanleihen nalen Auslandsanleihen bindung der durch die Beratungsstelle

ocheint vor ihrem Ende zu stehen. Der Reichsfinanzminister hat im Reichstag angekündigt, daß binnen kurzem mit dem Abschluß der "Prüfungen" der Beratungestelle zu rechnen sei, und daß dann die endstiltige Entscheidung über das als berechtigt anzuerkennende Maß von Auslandsanleihen getroffen werden solle. Die Länder hätten, so fügte er hinzu, in einsichtsvoller Weise die Notwendigkeiten, vor denen die Reichsregierung stehe, anerkannt, und in immer steigendem Maße nähmen auch die Gemeinden auf die Einschränkung ihres Bedarfs Bedacht. Kurz vorner hatte der Deutsche Städtetag an seine Mitglieder einen Aufruf erlassen, in dem er sie ermahnt, alle Ausgaben zu unterlassen, die nicht "für unmittelbar kommunal-produktive Zwecke stimmt" sind. Die Gemeinden erklärten sich in dieser Entschließung bereit, an der "Aufstellung eines Gesamtellung bereit, an der "Austendsanleihe-Gesamtplans für den dringlichsten Auslandsanleihebedarf mitzuarbeiten, der den reparationspolitischen Gesicht Gesichtspunkten und den Verhältnissen am ausländisch Gleichzeitig dischen Kapitalmarkt Rechnung trage". Gleichzeitig richtete aber der Städtetag an die Reichsregierung des dringende Ersuchen, mit größter Beschleunigung die H die Hemmungen zu beseitigen, die einer sofortigen Erschließung des ausländischen Anleihemarkts ent-gegenstehen. Diese beiden Erklärungen waren zwei-fellos vereinbart. Sie bedeuten (wenn man von der Fassade aksisk). Fassade absieht), daß Finanzministerium und Reichsbank ihr bank ih bank ihre Forderung, eine zentrale Finanzkontrolle über die Gemeinden einzurichten, aufgegeben haben. Zwangsmaßnahmen gegen die Gemeinden kommen danach nicht werden gegen die Gemeinden kommen danach nicht mehr in Frage, auch keine Änderung der Kommunalverfassung. Es wird im wesentlichen der status quo wieder hergestellt. Denn wenn die Kommunen ihre Mitarbeit an der Aufstellung eines Gesamtplane für den dringlichsten Auslandsanleihebedarf zusagen, so bedeutet das praktisch gegenüber der früheren Handhabung praktisch gegenüber der früheren Handhabung der Anleihekontrolle durch die Beratungsstelle kaum eine der der der der der der der der kaum eine wesentliche Anderung. Wurden doch auch bisher in wesentliche Anderung. bisher schon für andere als produktive Zwecke keine Anleik Anleihen bewilligt. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß es von bedenklichem Dilettantismus zeugt Cengt, wenn sich die Bürokratie damit begnügt, den Gemeinden dan Warkt der Auslands-Gemeinden den Weg zum Markt der Auslandsanleihen den Weg zum Markt der Auslandsanleihen zu verbauen; denn es ist für die Volkswirt-schaft nicht verbauen; denn es ist für die Volkswirtschaft nicht der geringste Unterschied, wenn durch solche Teilrestriktion der Auslandsanleihen die Geineinden zu umso stärkerer Beanspruchung des inneren Anleihemarkts, direkt oder auf dem Umweg über Kommunalobligationen, gezwungen werden, mit dem Frank dem Ergebnis, daß der heimische Emissionsmarkt verknappt wird und andere Emittenten gezwungen werden, siel den, sich ans Ausland zu wenden. Tatsächlich bahnte sich, nachdem die vorübergehende, auf besondere Ursachen zurückzuführende Lähmung des heimischen Anleihemarkts gewichen ist, eine solche verstärkte Inanspruchnahme durch die Kommunen bereits wieder an, wovon die Auflegung von Sammelanleihen der deutschen Girozentrale und von Spezialanleihen z. B. der Städte Königsberg, Breslau, Leipzig, Frankfurt a. M. Zeugnis ablegen. Vielleicht hat die wachsende Einsicht in diese Zusammenhänge bei Reichsbank und Reichsfinanzministerium die Neigung, eine Verständigung mit den Kommunen herbeizuführen, erhöht. Gegen das Zugeständnis, alle nicht unmittelbar kommunalproduktiven Ausgaben zu unterlassen — ein Zugeständnis, das man doch auch ohne die zuletzt geübte Willkür hätte erlangen können - sind diese Instanzen jetzt bereit, kommunale Auslandsanleihen im wesentlichen wieder nach den früheren Prinzipien zuzulassen, nachdem sich ergeben hat, daß weder der Bedarf zur Konsolidierung schwebender Schulden, noch der Neubedarf auch nur entfernt die Summen erreicht, durch deren Nennung früher manche Stellen Verwirrung anrichteten. Mit einem Mal stellt sich auch heraus, daß der Reparationsagent keineswegs die aktive und ausschlaggebende Rolle gespielt hat, die ihm in dem ganzen Kampf gegen die kommunalen Auslandsanleihen gern zugeschrieben wurde; daß weder er, noch das Staatsdepartement in Washington die eigentlichen Hemmungen für die kommunalen Auslandsanleihen bildeten. Unter geheimnisvollen und wohlinformiert klingenden Hinweisen auf den Agenten war noch vor kurzem die Forderung, daß die Beratungsstelle ihre Arbeiten schnellstens wieder aufnehmen soll, als naiv hingestellt worden. Sehr zu Unrecht, wie sich gezeigt hat.

der Reichsfinanzstatistik

letzten Heft Im "Wirtschaft und tistik" (H. 5, S. 179 ff.) = sind erstmals Zahlen über

die pierteljährlichen Einnahmen aus Reichs-, Landesund Gemeindesteuern veröffentlicht, die leider die Landes- und Gemeindesteuer-Einnahmen der Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern nicht enthalten. Die Angaben umfassen die sieben Vierteljahre vom Beginn des Rechnungsjahrs 1926 bis zum Ende des Kalenderjahrs 1927. Die Steuereinnahmen betrugen im Quartal

April—Juni 1926 Juli—September 1926 . . . Oktober—Dezember 1926 . . . Januar—März 1927 2119,8 Mill. RM 2698,2 2801 2774,3 April—Juni 1927 Juli—September 1927 2744.8 Juli—September 1927 . . . Oktober—Dezember 1927 . . . 3094.6 3194,4

Während des ganzen Zeitraums entfielen mit großer Stetigkeit auf die Reichssteuern etwa 70 %, auf die Landes- und Gemeindesteuern etwa 30 % des Aufkommens. Anders steht es jedoch, wenn man die Steuerübermeisungen des Reichs an die Länder berücksichtigt. Dann entfielen von dem Steueraufkommen auf Länder und Gemeinden (ohne Berücksichtigung des örtlichen Aufkommens an Landesund Gemeindesteuern in den Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern) im Quartal

April-Juni 1926 . % des Steuer-aufkommens 1182,3 Mill. RM, d. i. 55,77 Juli—September 1926 Oktob.—Dezemb. 1926 1572 58,26 20 99 1502 53.62 Januar—März 1927 .
April—Juni 1927 .
Juli—September 1927 55,00 , 51,81 , 54,29 1525,4 1423,1 ... 99 1679,9 ... Oktob.—Dezemb. 1927 1823,8 ...

Nach den Ergebnissen der Reichsfinanzstatistik für 1925, die auch die Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern umfaßte, entfielen vom Gesamtsteueraufkommen 1925 57,6 % auf Länder und Gemeinden. In den Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern wohnen nach der Zählung von 1925 rund 29 Mill. Einwohner. Das Aufkommen aus Landes- und Gemeindesteuern dürfte in diesen Gemeinden niedriger sein, als dem Landesdurchschnitt pro Kopf entspräche. Immerhin wird es wohl mindestens 500 Mill. RM jährlich betragen. Trägt man dem Rechnung, so zeigt sich, daß seit 1925 der Anteil von Ländern und Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen nicht unerheblich gestiegen ist. Er dürfte kaum unter 60 % liegen. Diese Entwicklung ist bemerkenswert, weil inzwischen die Reparationslast des Reichs erheblich gestiegen ist, weil es die Last des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf sich genommen hat und weil es schließlich im Jahre 1927 mit einem erheblich vergrößerten Anteil an den Kosten der Erwerbslosenfürsorge beteiligt war. Sie ist außerdem überraschend, weil es die Absicht des letzten Finanzausgleichs war, durch die Vorschrift des Abbaus der Realsteuern den Anteil von Ländern und Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen konstant zu halten. Daß dieser Abbau tatsächlich nicht stattfand, ist jetzt auch statistisch erwiesen. Es betrug das statistisch nachgewiesene Aufkommen an

in Mill. RM	in der Zeit Apr 1926	vil - Dezember 1927
Gewerbesteuer Grund- und Gebäude-	391	531,7
steuer	565,3	634.2

Statt eines Abbaus um 200 Mill. RM ist also eine Steigerung des Aufkommens um etwas mehr als diesen Betrag festzustellen. Es ist sogar anzunehmen, daß die tatsächliche Steigerung im ganzen Jahr noch über den Betrag von 200 Mill. RM hinausging. Diese Statistik scheint uns das Fiasko der bisherigen Finanzausgleichspolitik deutlich zu demonstrieren. Wir glauben, daß sie darum mehr Beachtung verdient, als ihr bisher geschenkt wurde.

Die Methoden unserer Finanzstatistik Daß die oben besprochene letzte Veröffentlichung der Finanz-

statistik so wenig Beachtung fand, hat freilich seine guten Gründe. Wenn sich das Statistische Reichsamt oder die für die Erhebungs- und Veröffentlichungsmethoden verantwortlichen Stellen bemühen würden, die Auswertung der Reichsfinanzstatistik unmöglich zu machen, so könnten sie kaum ein besseres Verfahren wählen, als das, was sie jetzt zur Anwendung bringen. Vor etwa einem halben Jahr forderten wir, in den Veröffentlichungen über die Höhe und Verteilung der Steuereinnahmen im Jahre 1925 möge kenntlich gemacht werden, wie groß der Anteil der einzelnen Länder und Gemeinden oder wenigstens der Gemeinde-Größenklassen wirklich gewesen ist (vgl. Jahrg. III, Nr. 36, S. 1375). Seitdem ist nichts in dieser Richtung geschehen, obwohl die erste Veröffentlichung jetzt schon rund zehn Monate zurückliegt. Das Ergebnis ist, daß die neue Statistik nur vergleichbar ist, wenn man Hilfsmittel anwendet, wie die von uns vorgenommene - selbstverständlich sehr vage - Schätzung des Steueraufkommens in den Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern. Aber die Vergleichbarkeit wird noch darüber hinaus erschwert. Seinerzeit berücksichtigte das Statistische Reichsamt in seiner Veröffentlichung nicht nur die Reichssteuerüberweisungen, sondern es gab auch an, wie sich das Aufkommen an Landesund Gemeindesteuern auf Länder und Gemeinden verteilte. Jetzt wird eine solche Aufgliederung nicht mehr gegeben. Während damals bei der Angabe des Hauszinssteueraufkommens auch seine Verteilung auf die Anteile für den Wohnungsbau und für den Finanzbedarf mitgeteilt wurde, wird diesmal darauf verzichtet. Wir fragten schon einmal (Jahrg. III, Nr. 50, S. 1910): Ist Statistik eine Vexieraufgabe? Wir wiederholen heute diese Frage.

Verbesserte Etatskontrolle

Die eingehende Kritik, der die öffentliche Haushaltsführung in den letzten Monaten ausge-

setzt war (vgl. den Leitartikel in der vorigen Num mer), hat bei der Verabschiedung des neuen Reichsetats bemerkenswerte Ergebnisse gezeitigt. Bei der Gliederung des Etats, bei der Verwendung der bewilligten Fonds und bei der Prüfung der Rechnungen wird künftig viel genauer als bisher verfahren werden. Als Beispiel für die Fortschritte, die erzielt wurden, können die Subventionen für die Luftfuhr beim Haushalt des Verkehrsministeriums angeführi werden. Der ursprünglich von der Regierung verlangte Sammelfonds von 19,5 Mill. RM ist jetzt für die einzelnen speziellen Zwecke aufgegliedert worden; für die Flugzeugentwicklung wurden 3,87, für die Motorenentwicklung 1,26, für wissenschaft liche Forschungsarbeiten 0,85, für das Instrumenten und Luftschraubenwesen 0,45, für das neue Zeppelin luftschiff 0,7, für Ausstellungen und Wettbewerbe 2,0 und schließlich zur allgemeinen wirtschaftlichen Förderung und Erhaltung der Luftfahrtindustrie 12,3 Mill. RM bewilligt. Über die sachliche Notwendigkeit dieser Beträge kann man natürlich ver schiedener Meinung sein, aber es ist ein Fortschritt daß man die Luftfahrtabteilungen des Ministeriums an eine gewisse Spezifizierung ihres Etats gebunden hat. Diese Sicherungen werden noch dadurch er gänzt, daß das Ministerium dem Haushaltsausschuß binnen drei Monaten die Grundsätze für die Vergebung von Beihilfen vorlegen und vierteljährlich über die verwendeten Beträge und die Art der Ver teilung Bericht erstatten muß. Ahnliche Kontrollmöglichkeiten wurden auch bei anderen Einzeletate geschaffen, wo größere Dispositionsfonds in Frage kommen. Einen grundsätzlichen Fortschritt von all gemeiner Bedeutung bringen detaillierte Bestim mungen des Haushaltsgesetzes für 1928, worin versucht wird, der sogenannten Restemirtschaft zu Leibe zu gehen und gleichzeitig den ordentlichen Haushalt von der Belastung mit Anleiheausgaben freizumachen. Zur Zeit ist der außerordentliche Haushalt an den ordentlichen Haushalt noch mit wenigstens 800 Mill. RM verschuldet, weil nur etwa ein Drittel der in den letzten Jahren auf Anleihe genommenen außerordentlichen Bewilligungen durch wirkliche Anleiheerlöse (Reinhold-Anleihe von 1927), der Rest aber wegen des Mißerfolgs dieser Amleihe bisher aus bereiten Kassenmitteln finanziert worden ist, die eigentlich für den ordentlichen Haushalt gebraucht werden. Nunmehr sollen die im Extraordinarium für 1928 bewilligten und die aus früheren Jahren rückständigen Ausgaben nur im Rahmen der vom Finanzminister bereitgestellten Mittel geleistet werden dürfen, und der Finanzminister soll die Mittel nur soweit bereitstellen, als sie aus den im Etal vorgeschenen Einnahmen des Extraordinariums tatsächlich eingehen. Damit ist der hemmungslosen Inanspruchnahme der Kassenbestände für den außerordentlichen Haushalt ein Riegel vorgeschoben. Soll von der neuen Regel abgewichen werden, dann muß der neuen Regel abgewichten der Haushaltsausschuß des Reichstags davon verständigt werden. Weiter wird die Stellung des Finanzministers für die Abwicklung der übrigen übertragbaren Bewilligungen gestärkt, die im ordentlichen Haushalt erscheinen. Die in das neue Haushaltsjahr übernommenen Reste für solche übertragbaren Ausgaben dürfen nur verwendet werden, wenn entweder eine Verpflichtung zu ihrer Leistung besteht, oder der Finanzminister der Leistung besteht, oder der Leistung ausdrücklich zustimmt. Diese für 1928 zum ersten Male getroffenen Beschränkungen sollen alshald als feste gesetzliche Norm in die Haushaltsordnung übernommen werden. Schließlich wird bei Etatüberschreitungen von 10 000 RM und darüber die unverzügliche Mitteilung an den Haushaltsausschuß vorgeschrieben, so daß dieser jederzeit in der Lage ist, den Finanzminister zur Rechenschaft zu ziehen. Die der Haushaltungsordnung widersprechende Verwendung von einmaligen Einnahmen Zur Deckung der laufenden Ausgaben des ordentlichen Haushalts wird nach einem Beschluß des Haushalts wird nach einem Erde Etat an ihr Ende erreichen. Es soll dann überall klar geschieden werden zwischen den Einnahme- und Ausgabeposten des Ordinariums und des Extraordinariums.
Für den Ausgaber und die Für den Ausbau der Rechnungskontrolle und die Mitarbeit des Rechnungshofs hat der Rechnungsausschuß bei der Prüfung der Haushaltsrechnung von 1926 eine Resolution angenommen, die als Lektion an die Adresse aller Beteiligten wertvoll ist. Der Reclinungshof muß sich darin sagen lassen, daß er nicht nur die Zahlen prüfen, sondern in seinen Denkal nur die Zahlen prüfen, sondern in seinen Denkschriften und Bemerkungen ständig mehr als Wahren und vor allem Wahrer des Haushaltsrechts wirken und vor allem die großen Sammel- und Sonderfonds eingehend prüfen soll. In besonderem Maß wird ihm dies für Salbetbewirtschafdie übertragbaren Titel, für die Selbstbewirtschaftungsfonds und für die Titel zur Pflicht gemacht, bei der Mitteln zufließen. bei denen die Einnahmen den Mitteln zufließen. Das Finanzministerium wird ermahnt, bei der Aufsteller stellung und Abwicklung des Etats in Zukunft sparsamer als bisher Ausnahmen von den Regeln der Hand bisher Ausnahmen von den Punkten. der Haushaltsordnung zuzulassen. In den Punkten, bei denen sich bisher Lücken für eine ausreichende Kontroll Kontrolle gezeigt haben, wird eine Reform der Haushaltsordnung verlangt. Sehr großer Änderungen bedürft uns ein an sich gen bedürfte die Haushaltsordnung, als ein an sich gutes. sutes Gesetz, nicht, wenn die für die Haushaltsführung verantwortlichen Stellen streng im Rahmen threr normalen gesetzlichen Befugnisse blieben. Hört aber der Mißbrauch der Fondsbildung, deren Quellen wiederholt geschildert worden sind, nicht auf den wiederholt geschildert worden sind, nicht die auf, dann wird, wenn die Regierung selbst nicht die Initiative ergreift, der neue Reichstag daran gehen müssen entsprechende Hemmungen in das Gesetz

Gewinnabschluß des Branntweinmonopols Der Abschluß des Branntweinmonopols für das Geschäftsjahr 1926/27 unterscheidet sich von den vor-

angegangenen Abschlüssen dadurch, daß zum erstenmal in der Geschichte des Monopols im Warengeschäft ein Überschuß erzielt werden konnte. Der Überschuß aus Warenverkäufen betrug 61,5 (i. V. 34,8) Mill. RM, während sich Unkosten und Abschreibungen auf rund 44.8 (i. V. 45) Mill. RM stellten. Dieses günstige Ergebnis ist die Folge einer gesunderen Gliederung des Absatzes, der sich in beiden Jahren insgesamt auf rund 2,3 Mill. hl stellte. Die verlustbringende Ausfuhr ging um rund 450 000 hl zurück und die Preise, die dabei erzielt werden konnten, waren erheblich günstiger als früher. Der größte Teil der Ausfuhr konnte außerdem dadurch rentabel gestaltet werden, daß die sogenannten Monopolbrennereien, die aus den Abwässern von Zellstofffabriken Spiritus herstellen, gegen Vergrößerung ihres Produktionskontingents eine erhebliche Preisermäßigung zugestanden. Der gewinnbringende Trinkbranntwein-Absatz stieg um über 20 % von rund 562 000 hl auf rund 695 000 hl. Freilich hob sich auch der verlustbringende Absatz von technischem Spiritus um 30 %; er betrug im letzten Geschäftsjahr 1,34 Mill. hl und erfolgte großenteils zu Preisen, die erheblich unter dem Niveau des Weltmarkts lagen. Dennoch hat sich die Monopolverwaltung erst jetzt entschlossen, den Verkaufspreis um 10 RM je hl auf 40 RM je hl heraufzusetzen. Die Verzögerung dieser Maßnahme dürfte das Monopol, also die Reichskasse, etwa ein Dutzend Millionen gekostet haben. Die Verkaufspreise für Trinkbranntwein und für Branntwein zur Heilmittel- und Parfüm-Fabrikation wurden zum 1. Juni erhöht, so daß dem Monopol, abgesehen von dem erhöhten Aufkommen an Hektolitereinnahme, eine Mehreinnahme von etwa 4 Mill. RM im abgelaufenen Geschäftsjahr zugeflossen ist. Der durchschnittliche Übernahmepreis blieb je hl Branntwein im letzten Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (53,74 RM je hl gegen 53,72 RM) - jedoch nur infolge der Preiskonzession der Monopolbrennereien -, denn der Durchschnittspreis für Branntwein aus Eigenbrennereien erhöhte sich von 55,14 RM auf 56,42 RM je hl, während der für Branntwein aus Monopolbrennereien von 40,41 RM auf 38,36 RM sank. Der Preis für die Zusatzproduktion stellte sich auf weniger als 30 RM je hl und betrug somit nur die Hälfte des Preises, der für den Branntwein aus Eigenbrennereien bezahlt wurde. Der Abschluß spiegelt die Verbesserung der Einnahme-Ergebnisse deutlich wider: während das Monopol bisher stets unter Knappheit an Betriebskapital litt und sich mit Krediten der Reichshauptkasse finanzieren mußte, weshalb auch in der Gewinn- und Verlustrechnung regelmäßig die Zinsen als Passivposten erschienen, betrug der Überschuß der verdienten über die gezahlten Zinsen im letzten Geschäftsjahr rund 0,800 Mill. RM. Auf Grund der guten Ergebnisse des Warengeschäfts wäre das Monopol im letzten Jahr zum erstenmal in der Lage gewesen, seine gesamten Steuereinnahmen in Höhe von 268,1 Mill. RM an das Reich abzuführen. Tatsächlich erhielt das Reich jedoch anscheinend nur 249,4 Mill. RM, während das Monopol seine Reserven um 29 Mill. RM

verstärkte, von denen 25 Mill. RM einer neu geschaffenen Betriebsmittel-Rücklage zugeführt wurden, Es ist fraglich, ob diese Thesaurierung flüssiger Mittel notwendig und wünschenswert ist. Die Rücklage ist nicht übermäßig hoch; sie repräsentiert den Einkaufswert von nur 400-500 000 hl Branntwein. Andererseits braucht das Reich die 25 Mill. RM vielleicht dringender als die Monopolverwaltung. Jedenfalls sollte in Zukunft eine weitere Verstärkung der Rücklagen des Branntweinmonopols nicht vorgenommen werden. Es sollte von jetzt an seinen ganzen Gewinn, mindestens jedoch seine Steuereinnahmen, d. h. die Einnahmen aus der Hektolitereinnahme, dem Branntweinaufschlag und dem Monopolausgleich an das Reich abführen. Die etwaigen Überschüsse aus dem Warengeschäft sollten dazu dienen, nachträglich auch die Steuereinnahmen zu zahlen, die in den letzten Jahren dem Reich nicht zuflossen und sich insgesamt auf ca. 70 Mill. RM stellen. Da nach der letzten Preiserhöhung, die immerhin den Preis für Trinkbranntwein um ein Sechstel erhöhte, kein erheblicher und keinesfalls etwa ein proportionaler Absatzrückgang eingetreten ist, sollte die Besteuerung des Trinkbranntweins weiter verschärft werden. Eine Preiserhöhung um 100 RM je hl würde ausreichen, um z. B. dem Reich den Verzicht auf die Vorzugsaktiendividende der Reichsbahn, den wir im Leitartikel dieses Heftes vorschlagen, zu ermöglichen.

Zersetzungserscheinungen im Eisenpakt In der vorletzten Nummer des "Magazin der Wirtschaft", (Nr. 12, S. 456) veröffentlichten

wir einen Bericht über die Märztagung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (Nr. 12, S. 456), in welchem die dort gefaßten Beschlüsse als dilatorisch bezeichnet wurden, als dazu bestimmt, den Fortbestand des Eisenpakts wenigstens bis zum nächsten Kündigungstermin sicherzustellen. Die in bekanntgewordenen Zwischenzeit Nachrichten haben diese Auffassungen bestätigt. Französische Blätter berichteten davon, daß die französische Eisenindustrie ernstlich daran denke, aus der Rohstahlgemeinschaft auszuscheiden. weil weiterer Ausbau durch internationale Verkaufs-syndikate offenbar gescheitert sei. Von unterrichteter deutscher Seite, d. h. also aus Kreisen der deutschen Eisenindustrie, wurde diese Nachricht als unzutreffend bezeichnet. Wir möchten eher hinter das Dementi als hinter die Meldung der französischen Blätter ein Fragezeichen setzen. Bei der unzulänglichen Unterrichtung der Offentlichkeit durch die Leitung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft ist man auf Vermutungen angewiesen. Die französische Meldung einfach damit abzutun, daß die französische Eisenindustrie keine Veranlassung habe, aus dem für sie bisher nur vorteilhaften Eisenpakt auszuscheiden, ist eine etwas zu bequeme Antwort auf die unbequeme Nachricht aus Frankreich. Die französische Eisenindustrie, hieß es in der französischen Meldung, sehe, wie trotz Robstahlgemeinschaft die deutsche Eisenindustrie immer mehr an Einfluß gewönne. Wenn dies die Ansicht der Franzosen sein sollte, dann glauben sie offenbar durch Auflösung des Eisenpakts den Wettkampf mit Deutschland besser aufnehmen zu können. In diesem Zusammenhang erhalten die erst Anfang des

Jahres zustande gekommenen innerfranzösischen Syndikate eine neue eigenartige Beleuchtung. Ist die internationale Syndizierung aussichtslos, wird die Bindung der Produktion durch den Eisenpakt als störend empfunden, dann können feste französische Verkaufsverbände nur dazu dienen, durch Hochhaltung der innerfranzösischen Preise einen verstärkten Wettkampf im internationalen Export zu finanzieren. — Die Loslösung der tschechoslowakischen Skodamerke und Poldihütte aus der mitteleuro päischen Gruppe der Internationalen Rohstahlgemeinschaft bestätigt ebenfalls unsere Auffassung von der beginnenden Krise. Man hat versucht, diesen Vorgang als rein formal hinzustellen, weil die Firmen ihre Rohstahlerzeugung angeblich im eigenen Betriebe weiter verarbeiteten. Der Austritt ist aber nach anderen Nachrichten gerade wegen der unerquicklichen Wettbewerbsverhältnisse in daß darin haben, sich die polnische Eisenindustrie nicht mit der Internationalen Rohstahlgemeinschaft verständigen konnte. Also müssen die beiden tschechischen Werke doch wohl auch an Abnehmer außerhalb der eigenen Betriebe absetzen. Im übrigen ist es vom Standpunkt eines die Produktion wirksam kontingentierenden Kartells gleichgültig, ob ihm ans schlossene Produzenten ihr Produkt im eigenen Vertrieb verarbeiten oder nicht. Bleiben z. B. die Gesamtabsatzmöglichkeiten für Rohstahl unver ändert, während sie für Poldi und Skoda (auf Grund der Beschäftigung ihrer eigenen verarbeiten den Werke) steigen, dann müssen die Absatz-möglichkeiten für die Rohstahlerzeuger, abgesehen von Poldi und Stade absatzeuger, abgesehen von Poldi und Skoda, abnehmen, entsprechend der schlechteren Abrufe ihrer Abnehmer. Solch eine verschiedenartige Entwicklung der Beschäftigung sollte aber grande der ber grande der beschieden der ber grande der beschieden der besch aber gerade durch die Produktionskontingentierung verhindert werden. Wenn ein Kartellmitglied mit seiner Quote nicht einverstanden ist, bleibt normalerweise nur ein Appell an die nächste über die Quoten entscheidende Kartelltagung übrig wenn es so lange nicht warten will, ein Antrag nach vorzeitiger Änderung. Statt dessen treten aber die genannten Werke aus, was ihnen in diesem Fall durch die besondere Organisation der mittel europäischen Gruppe der Rohstahlgemeinschaft möglich war.

Expansion der amerikanischen Eisenindustrie ins Ausland In dem bereits erwähnten Aufsatz in Nr. 12. S. 456, war von der Absicht des amerikanischen

Stahltrusts und der amerikanischen Truscon Co. die Rede, in Belgien mit amerikanischen Kapital Werke zu errichten. Wie stark das Bedürfnis zum Kapitalexport in der amerikanischen Eisenindustrie ist, geht aus Außerungen des amerikanischen Stahltrust-Präsidenten über die Absichten des Stahltrusts in Canada hervor. Danach beabsichtigt der Stahltrust, in Canada Zweigunter nehmungen zu gründen, von denen aus sowohl der canadische Markt wie der Export beliefert werden soll. Alle Erzeugnisse, die jetzt von den vorhandenen canadischen Werken hergestellt werden sollen durch die zu gründenden canadischen Stahltrust-Unternehmungen ebenfalls angefertigt werden deren Produktionsumfang demnach sehr beträchtlich sein wird. Die Belegschaft wird mehrere tau

send Mann betragen. Die Erzeugungsfähigkeit dieser canadischen Dependenzen des Stahltrusts soll 500 000-700 000 t betragen, jedoch sollen die Pläne der Werke so berechnet sein, daß die Produktionskapazität alsbald ohne Schwierigkeiten auf 1 bis 15 Millionen t erhöht werden kann. Mit rund 20% seiner canadischen Erzeugung will sich der Stahltrust dem Export zuwenden. Das gleichzeitige Bekanniwerden von Gründungsabsichten in Belgien wie in Canada scheint uns den Beginn eines neuen Abschnitts in der Entwicklung der amerikanischen Eisenindustrie, nämlich den Übergang zum Betrieb eigener Unternehmungen im Ausland, zu bezeichnen. Die amerikanische Eisenindustrie will offenbar unter allen Umständen eine den inneren Bedarf übersteigende Expansion ihrer Werke vermeiden und legt daher ihre Überschüsse in dieser Weise im Ausland an. Belgien ist das Ziel für den amerikanischen Kapitalexport der Eisenindustrie, weil die belgischen Firmen gegenwärtig die höchste Verzinsung innerhalb der Welteisen-Industrie abwerfen. Canada wiederum empfahl sich als nächstgelegener entwicklungsfähiger Absatzmarkt, nach dem sich schon jetzt der Hauptteil des amerikanischen Eisenexports richtet. Die Vereinigten Staaten exportierten 1927 an Eisen und Stahl nach

Canada .								833	000	t,	d.	i.	38	%
übr Nord- Ostasien	und	M	itte	ela	me	rik	a	256 499				77	12 23	49
Europe				:				349					16	87 99
Australien	-			,				197	000		**	19	9	2 ,,
Afrika									000		22	19	,	3,,
								_						

Insgesamt: 2 181 000 t 100 %

Der amerikanische Stahltrust will durch die Errichtung canadischer Werke die Frachtbegünstigung und den Zollschutz, den die canadische Eisen-industindustrie vor der nordamerikanischen genießt, sich selbst nutzbar machen. Vielleicht spielen auch Befürchtungen eine gewisse Rolle, die Zollerhöhungs-Wilneah wünsche der canadischen Eisenindustrie könnten in Erfüllung gehen und den Exportstrom der nordamerikanischen Union nach Norden abdämmen. Ungelöst bleibt allerdings die Frage, wieweit sich die Eisenindustrie der Vereinigten Staaten durch die Errichtungen Werken in Canada nicht selbst die Errichtung von Werken in Canada nicht selbst Konkurrenz macht, denn wahrscheinlich wird sie dann nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher nach Canada exportieren können. Die Errichtung von Werken in Canada würde also den Exportdruck der Vereinigten Staaten nach ihren übrigen Absatzmärkten verstärken, d. h. in erster Linie nach dem fernen Osten und Süd-Amerika, die 40% des jetzigen amerikanischen Exports aufnehmen. Dort aber stehen stehen die Vereinigten Staaten in Konkurrenz mit der europäischen Eisenindustrie, denen gegenüber sie bereits jetzt an Boden gewinnen. Wie "Iron Age" kürzlich mit Befriedigung feststellen konnte, der gesamte Eigenexport der nordamerider gesamte Eisenexport der nordamerikanischen Union 1927 der höchste seit 1921; die europäisch europäische Rohstahlgemeinschaft und die zahlreichen europäischen Syndikate konnten weder auf dem amordonen Syndikate konnten weder auf dem amerikanischen Markt festen Fuß fassen, noch das Vordringen der Amerikaner im Ausland ver-hindern, blieben vielmehr auf beiden Gebieten gegenüber Nord-Amerika zurück.

"Vorläufige" Kohlenpreiserhöhung Das Schmalenbach-Gutachten über den deutschen Braunkohlen-Bergbau (vgl. Nr. 13, S. 505)

kam zu dem Ergebnis, daß dem mitteldeutschen Braunkohlen-Bergbau andere Möglichkeiten zur Hebung seiner Erlöse zur Verfügung stünden als die von ihm angestrebte Preiserhöhung. Dennoch sind die Braunkohlenpreise zwar nicht formell, aber tatsächlich erhöht worden. Während im März vorigen Jahres die Preise für Hausbrandbriketts von 15 RM je t auf 14 RM gesenkt wurden, unterblieb diesmal die Preissenkung. Während im Vor-jahr für die Monate April und Mai eine weitere Senkung auf 12 RM je t erfolgte, werden die Preise in diesem Jahr nur um 2 RM auf 13 RM. ermäßigt. Der Preis für Industriebriketts blieb unverändert. Es ist also eine als vorläufig bezeichnete Preiserhöhung erfolgt, die den früher geäusterten Wünschen des mitteldeutschen Braunkohlen-Bergbaus annähernd entspricht. In ähnlicher Weise hat auch das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat für den April seine Winterpreise beibehalten und nicht, wie üblich, für den Sommer besondere Rabatte gewährt. Ob diese Vorgänge das Vorspiel einer allgemeinen Kohlenpreiserhöhung sind, läßt sich heute noch nicht mit Sicherheit überblicken. Es ist jedoch wahrscheinlich. Infolge einer Indiskretion ist bekannt geworden, daß die neue Schmalenbach-Kommission für den Ruhrkohlen-Bergbau zu Ergebnissen gelangt ist, die den Preiserhöhungswünschen neue Nahrung bieten müssen. Nach Mitteilungen der "Kölnischen Zeitung" (vom 28. März 1928, Nr. 176a), die anscheinend auf persönliche Fühlungnahme Professor Schmalenbachs mit diesem Blatt zurückgehen, soll die Kommission festgestellt haben, daß die Abschreibungen im Bergbau und die Rückstellungen für Bergschäden bei vielen Unternehmungen zu niedrig seien. Zwar seien die Selbstkostenberechnungen deshalb sehr undurch-sichtig, weil vielfach Investitionen über Un-kostenkonto gebucht würden; aber hierin läge nur "ein kleines Korrelat". Wenn damit auch kaum die einhellige Auffassung der Kommission wieder-gegeben sein dürfte, so scheint jedenfalls das Urteil Schmalenbachs den Wünschen des Bergbaus ziemlich weit entgegenzukommen. Dennoch haben all die Gründe, die gegen eine Erhöhung der Kohlenpreise sprechen, auch heute noch Geltung. Wir fürchten vor allem, daß eine Preiserhöhung für Ruhrkohle zum größten Teil dazu dienen würde, den Export zu finanzieren und das Niveau der Weltmarktkohlenpreise noch tiefer zu senken, so daß der unnatürliche Zustand, daß die Länder, die Kohle im Überfluß fördern und für einen Teil ihres Kohlenabsatzes auf den Weltmarkt angewiesen sind, die höchsten Kohlenpreise haben, noch verschärft würde. Für die deutsche verarbeitende Industrie würde eine weitere Erhöhung ihrer Selbstkosten eintreten, ebenso für die Reichsbahn, deren Finanzlage ohnehin gespannt ist (vgl. den Leitartikel). Wir hoffen, daß der Reichswirtschaftsminister, ehe er einer Kohlenpreiserhöhung seine endgültige Zustimmung gibt, den allgemeinwirtschaftlichen Bedenken die Bedeutung beimißt, die ihnen angesichts der gegenwärtigen Konjunkturlage zukommt, sogar in höherem Maße zukommt, als im Sommer vorigen Jahres.

Reorganisationsvorschläge für den Ruhrkohlenbergbau

Im Zusammenhang mit schläge den Indiskretionen über bergbau das Schmalenbach-Gutachten macht die "Köl-

nische Zeitung" Ausführungen über eine Reorganisation des Ruhrkohlensyndikats, die vielleicht für die Lösung der Preisfrage nicht ohne Bedeutung sind. Eine Kohlenpreiserhöhung sei möglichst zu vermeiden. Notwendig sei dagegen eine Verminderung der Produktionskapazität des Ruhrkohlenbergbaus. Dazu bedürfe es einer strafferen Syndikatsorganisation, die vor allem der Syndikatsleitung die Möglichkeit gäbe, das Abteufen neuer unproduktiver Schächte zu verhindern. Anscheinend soll dies in der Weise geschehen, daß vor der Niederbringung neuer Schächte das Syndikat über die Nützlichkeit dieser Produktionssteigerung zu entscheiden hätte. Die "Zwangswirtschaft" im Bergbau soll also noch dahin ergänzt werden, daß grundsätzlich die Errichtung neuer Produktionsstätten genehmigungspflichtig würde. Außerdem soll der Ersatz stilliegender Schächte ohne besondere Genehmigung ebenfalls untersagt sein. Wir bezweifeln, daß eine solche Ergänzung des Syndikatsvertrags möglich ist. Die Bergbauunternehmungen haben große Mittel in Kohlenfeldern investiert, und die Durchführung derartiger Pläne würde diesen Besitz entwerten. Außerdem dürften doch wohl nur dann neue Schächte niedergebracht werden, wenn die voraussichtlichen Förderkosten in einem günstigen Verhältnis zu den erzielbaren Preisen stehen. Daß dies weitgehend möglich ist, ist bei der Natur des Kohlenbergbaus selbstverständlich. Denn die bestehenden Unternehmungen produzieren nun einmal mit Kosten, welche die Tendenz haben, von Jahr zu Jahr zu steigen, mögen auch technische Fortschritte der Wirkung des abnehmenden Bodenertrags für längere Zeit entgegenwirken. Deshalb Niederbringung neuer Schächte, die zunächst unter günstigeren Produktionsbedin-gungen stehen als die alten, rentabel, und es ist praktisch unmöglich zu entscheiden, ob die Niederbringung neuer Schächte oder eine weitere Förderung aus den alten Schächten rentabler und produktiver ist. Diese Entscheidung ist um so schwieriger, als im Ruhrbergbau die technischen Fragen weit komplizierter liegen als etwa im Kalibergbau, dessen Reorganisation man bei diesen Vorschlägen offenbar im Auge hatte. Dort war die Stillegung deshalb leichter durchzuführen, weil im Lauf der Entwicklung des Kalibergbaus vielfach die günstigeren Lagerstätten nach den ungünstigen entdeckt wurden und weil sich gleichzeitig das Schwergewicht der Produktion von der bergbaulichen Gewinnung zur fabrikatorischen Verarbeitung der Kalisalze verschoben hatte. Außerdem ging die Reorganisation dort nicht so sehr von dem Verbot der Errichtung neuer Anlagen als von der Stillegung alter Produktionsstätten aus, wobei man diesen eine Entschädigung gewährte, die vielfach durch die Konzentrationsbewegung der Inflationszeit praktisch keine Bedeutung mehr besitzt. Würde man im Ruhrkohlenbergbau nur die Niederbringung neuer Schächte verhindern, so wäre die Folge, daß Erweiterungen der Produktionskapazität ebensowenig wie gegenwärtig im Kalibergbau unterblieben; denn auf den alten Schachtanlagen, soweit sie günstige Bedingungen aufweisen, würde die Förderkapazität

entsprechend erweitert werden. Ob man aber Stilllegungsprämien im Ruhrkohlenbergbau einführen kann wie im Kalibergbau und in welchen Formen dies geschehen könnte, ist eine schwierige Frage, die langer und sorfältiger Untersuchung bedürfte. Insbesondere müßten dabei auch sozialpolitische Fragen eine große Rolle spielen. Denn eine größere Still-legungsaktion würde schwierige Siedlungsprobleme aufwerfen. Dennoch ist der Grundgedanke dieser Anregung, daß es darauf ankäme, die Produktionskapazität insgesamt herabzusetzen, gesund und sollte bei der Behandlung der Preisfrage nicht außer acht gelassen werden. Denn jede Preiserhöhung wird natürlich dazu führen, daß neue Projekte für eine Erweiterung der Förderkapazität infolge der verbesserten Rentabilitätschancen verwirklicht werden, so daß die Uberproduktion, die für die Kohlenwirtschaft der Welt und Deutschlands typisch ist, noch weiter vermehrt würde.

Ansatze zur Verständigung zwischen den Porzellan-Konzernen

Man schreibt uns: "Die
Kommentare der Handelspresse zu der England-Transaktion

Steatit-Magnesia A. G. und der Kahla-Porzellan-A.-G., die sich wieder - wie bereits vor Kriegs ausbruch - an der Londoner Clay Ring Co. Ltd. beteiligen (wobei sie einen Teil des 0,300 Mill. £ betragenden Kapitals der nunmehr "Steatite and Porcelain Products Ltd." firmierenden Gesellschaft übernehmen), haben zwar die Bedeu-Porcelain tung gewürdigt, die diese Transaktion für das Geschäft der deutschen Isolatorenindustrie mit England gewinnen kann, dabei aber einen Gesichtspunkt außer Acht gelassen, der für die Struktur der deutschen Porzellanindustrie nicht weniger wichtig ist Die rührige Kahla-Verwaltung überschreitet nämlich ihre Konzerngrenzen und tritt mit der anderen großen Porzellangruppe, die von dem Bankhaus Gebrüder Arnhold betreut wird, in Verbindung. Sei es nun, daß die Gruppe Steatit-Arnhold-Deutsche Ton- und Steinzeugwerke beim Neuaufbau der Clay Ring die großen Erfahrungen des Kahla-Hermsdorf-Schomburg-Konzerns auf dem Gebiet der Isolatorenfabrikation (der Konzern spielt bekanntlich die erste Rolle, insbesondere im Geschäft mit Hochspannungs material) zu Hilfe holen wollte, sei es, daß die Kahlagesellschaft selbst den Anstoß zu der Transaktion gab und die Vorkriegsbesitzer der Clay Ring. die Steatit Magnesia, loyalerweise mit ins Geschäft nahm - jedenfalls ist es bemerkenswert, wie sich hier die Grenzen der deutschen Porzellankonzerne zu verwischen beginnen. Während bisher zwischen den zum Einflusbereich der Discontogesellschaft gehören den Gesellschaften (also Kahla, Lorenz Hutschenreuther, Königszelt, Veilsdorf u. a.) und der Arnhold-Gruppe (C. M. Hutschenreuther, Tielsch, Triptis Volkstedt usw.) keinerlei Verbindung bestand - ab gesehen von einem einzigen Aufsichtsratsposten der Arnholds bei Lorenz Hutschenreuther -, hat man bei der England-Transaktion die Konzernrivalität zu rückgestellt. Dies könnte möglichweise den ersten Schritt zu weiterer Verständigungsarbeit darstellen, der sich ja, auch was andere Porzellanarten (Geschirr-, Luxus-, Zier- und Kunstporzellane) betrifft, noch ein weites Feld bietet, da die latente Überproduktion trotz der gegenwärtig guten Absatzlage noch nicht ganz überwunden ist und ein etwaiger Konjunkturrückschlag sicherlich sofort wieder verbandsgefährdende Preiskämpfe herbeiführen würde. Die Forderung nach "negativer Rationalisierung" könnte dann wieder akut werden und man würde es im allgemeinwirtschaftlichen Interesse nur begrüßen können, wenn die heute noch ein nur locker gefügtes Gebilde darstellende Arnhold-Gruppe mit dem Strupp (Disconto)-Konzern, der den organisatorischen und finanziellen Rationalisierungswillen schon in den beiden Fusionen (Kahla-Schomburg-Schönwald-Müller und Lorenz Hutschenreuther-Tirschenreuth-Bauscher) tatkräftig bekundet hat, zusammengehen würde."

Zinnkrise

Man schreibt uns: "In den Warenmarkt-Berichten des MdW ist in den letzten Wochen bereits

ofters auf die außerordentlichen Preisschwankungen hingewiesen worden, die auf dem Zinnmarkt in Erscheinung getreten sind. Das Metall, das zu Anfang dieses Jahres in London noch mit etwa 265 £ je Tonne bewertet worden war, das vorher zeitweilig einen Preis von weit über 300 £ erreicht hatte, ging bis Mitte Februar dieses Jahres in rapidem Sturz auf etwa 223—230 £ je Tonne zurück. Der niedrigste Kurs, der erreicht wurde, betrug für prompte Ware 2241/2 £. Das bedeutet, daß die Tonne Zinn vor etwa einem Jahr über 6000 RM, Anfang Januar 5300 RM, Ende Februar 4500—4600 RM gekostet hat. In-wischen ist der Preis allerdings wieder auf 4800 RM gestiegen. Starke Schwankungen sind nun zwar auf dem Zinnmarkt immer zu verzeichnen gewesen. In diesem Falle scheinen jedoch keine rein konjunkturellen Gesichtspunkte für die erhebliche Senkung des Preisniveaus maßgebend zu sein. Es handelt sich vielmehr darum, daß die langjährige fühlbare Knappheit in der Zinnversorgung der Welt endgültig als gehaben angeschen werden muß. Die Knappheit hat zeitweise sehr unangenehme Formen angenommen, und es fehlte nicht an Stimmen, die ihre weitere Verschärfung voraussagten, weil sich angeblieh die bekannten Zinnvorkommen der Welt mmer mehr der Erschöpfung näherten. Diese Annahme hat sich jedoch als falsch herausgestellt. So hat erst vor einigen Wochen der englische Kolonial-Staatssekretär auf eine Anfrage im Unterhause ausdriicklich erklärt, daß eine Erschöpfung der Zinnvorkommen im englischen Imperium — der bedeutendsten der Welt — keineswegs zu befürchten sei. Es kommt hinzu, daß neue erhebliche Zinnvorkommen in Zentralafrika festgestellt worden sind, die jetzt erst in der Aufschließung begriffen sind. Hierzu gehört nicht nur die große Zinnader, welche die Katanga-Gesellschaft ausbeutet, sondern es liegen nordöstlich hiervon, zum Teil auf ehemals deutschostafrikanischem Gebiet, anscheinend ganz beträchtliche Erzkörper. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu: Die technischen Fortschritte während der letzten Jahre haben das in der deutschen Kriegswirtschaft viel angewandte "Ersetzen" von Metallen stark gefördert. Es wird nicht mehr lange dauern, bis fü bis für jedes Metall zum mindesten eine sehr weitgehende technische Ersatzmöglichkeit durch ein anderes gegeben ist, aber auch wirtschaftlich ist das hente heute schon im großen Umfange möglich. Ein bedeutender Teil des deutschen Kabelnetzes besteht nicht mehr aus Kupfer, sondern aus Aluminium. Es ist nur eine Frage der Preisrelation, die durch die Gewichtsverhältnisse dieser beiden Metalle entscheidend bestimmt wird, ob man sich in vielen Fällen für das eine oder das andere Metall entscheidet. Ahnlich liegen die Dinge auch in bezug auf das Zinn. Eine seiner wichtigsten Verwendungszwecke, die Weißblecherzeugung für die Fabrikation von Konservenbüchsen, wird ihm in steigendem Maße vom Aluminium streitig gemacht. Seitdem man eine Möglichkeit gefunden hat, dieses Metall technisch einwandfrei zu löten, werden aus ihm schon heute erhebliche Mengen von Konservenbüchsen hergestellt. Die unangreifbare Stellung der großen Produzentenkartelle — für Zinn besteht ein solches formell nicht, de facto kann man jedoch ruhig von der Existenz eines großen englisch-holländischen Zinntrusts sprechen — wird unter diesem Gesichts-punkt in Zukunft viel leichter zu gefährden sein, als dies heute der Fall ist".

Institute zur Metallmarkt-Beobachtung

Man schreibt uns: "Die Amerikaner haben zum Studium der Produktionsund Absatzverhälte auf

den Metallmärkten eine Reihe von Instituten geschaffen. Neben dem American Bureau of Metal Statistics bestand schon seit langer Zeit das Zink-Institut. Diesem hat sich Ende vorigen Jahres das Kupfer-Institut hinzugesellt und jetzt ist man im Begriff, auch ein besonderes Blei-Institt ins Leben zu rufen. Ohne Frage sind alle diese Einrichtungen für die amerikanische Produzentenschaft von großer Bedeutung. Die Statistik spielt auf den Metallmärkten eine weit größere Rolle als auf vielen anderen Warenmärkten. Ihre zuverlässige und stete Aufstellung ist daher für die Disposition der großen Metallkonzerne von großer Bedeutung. In Europa hat man dies — wenigstens auf dem Festland — erst verhältnismäßig spät erkannt, wenn man von den privaten Veröffentlichungen der Frankfurter Metallgesellschaft absieht, die zwar sehr wertvoll sind und den Ruf höchster Zuverlässigkeit genießen, aber im allgemeinen so spät kommen, daß sie bei ihrem Erscheinen nur ein mehr oder minder historisches Interesse für sich in Anspruch nehmen können. Würde man in Europa zur Bildung von Instituten schreiten, die den amerikanischen Stellen ungefähr entsprechen, so müßte dies unter einer grundsätzlich anderen Einstellung geschehen. Abgesehen von einigen Ausnahmen müßte die europäische Industrie vor allem den Konsumentenstandpunkt in solchen Instituten zum Wort kommen lassen, während in der amerikanischen der des Rohmetall-Produzenten den Ausschlag gibt. Auf diese Weise würde so manche Angabe von amerikanischer Seite eine kritische Nachprüfung erfahren, die für die europäischen Industrien, vor allem aber auch für den größten Metallimporteur der Welt, Deutschland, von hohem Wert wäre. Nun besteht ja in Deutschland nicht gerade ein Mangel an Instituten aller Art, die sich wirtschaftlichen Aufgaben widmen. Aber hier liegt eine Aufgabe von großer praktischer Bedeutung vor, die ohne allzu großen Aufwand gelöst werden könnte, wodurch bei wirklich sachgemäßer Behandlung der Eindeckungspolitik der deutschen Verbraucherschaft

wertvolle Dienste geleistet werden könnte. Es würde vielleicht vermieden werden können, daß sich die deutsche Industrie, wie sie es in den letzten Jahren vielfach getan hat, von einer völlig falschen Beurteilung der Weltmarktsituation leiten läßt und gerade immer dann ihre größten Käufe tätigt, wenn die Metallpreise am höchsten sind. An diesen Irrtümern sind die amerikanischen Veröffentlichungen, die, wie gesagt, fast ausschließlich vom Metallproduzenten-Standpunkt aus redigiert werden, mitschuldig. Es soll hier nicht behauptet werden, daß die von den dortigen Instituten veröffentlichten Zahlen falsch seien. Aber es kommt natürlich auch in der Metallstatistik sehr viel darauf an, wann man Zahlen veröffentlicht und wie man sie gruppiert. Das "Magazin der Wirtschaft' hat vor einigen Wochen (in Nr. 8, S. 294) über die Bestrebungen gesprochen, die von dem "Gesamtausschuß zur Wahrung der Interessen der deutschen Metallwirtschaft' ausgehen und eine planmäßige Metallwirtschaft bezwecken. Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben dieses Ausschusses. Man hat jedoch noch nicht davon gehört, daß er sie zu lösen gedenkt."

Die neue Speyer-Bank

Die große Bankiersfusion Lazard Speyer - Ellissen (Frankfurt a. Main) --C. Schlesinger-Trier & Co.

Commanditgesellschaft auf Aktien (Berlin) ist nunmehr nach langen, ziemlich komplizierten technischen Vorbereitungen zur Durchführung gelangt. Über diesen ziemlich seltenen Vorgang der Vereinigung zweier großer Privatfirmen mit keineswegs sachlich ganz identischem Geschäftskreis ist hier bereits früher einiges gesagt worden (vgl. Jahrg. Nr. III). Für das süddeutsche, sehr stark international arbeitende Bankhaus bedeutet die Transaktion ein schon seit längerer Zeit vorbereitetes Fußfassen in Berlin in großem Maßstabe. Welche inneren Gründe das Berliner Haus C. Schlesinger-Trier & Co. Com.-Ges., das sehr erfolgreich gearbeitet und gerade auch in neuerer Zeit eine große Anzahl bedeutender Geschäfte zum Abschluß gebracht hat, veranlaßten, sich unter Aufgabe seiner Firma und der bisherigen Art der Selbständigkeit mit Speyer-Ellissen zu vereinigen, dafür liegen sichere Anhaltspunkte nicht vor; in der Finanzwelt spricht man u. a. von Prestigefragen, die angesichts des internationalen Rufs und des Rangs des alten Frankfurter Hauses auch eine Rolle gespielt haben können. Jedenfalls trägt die neue Gemeinschaftsfirma nur den Frankfurter Namen Lazard Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft auf Aktien. Die Zusammenfügung, vor allem die Auffindung des für die Vereinigung besten und wohl auch billigsten Wegs war offenbar nicht leicht, wie denn auch die Durchführung der Fusion Monate beansprucht hat. Man ging über eine Vorgründung: über die im Februar in Frankfurt a. M. von Lazard Speyer-Ellissen ad hoc errichtete Mainische Bank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, (Kapital 500 000 Reichsmark und 125 000 RM Reserve.) Diese Vorgründung ändert jetzt den Namen in die oben angeführte definitive Firma, erhöht das Aktienkapital auf 20 Mill. RM Kommanditkapital und 5 Millionen RM Reserve, und nimmt gegen das neue Kapital die zu vereinigenden Vermögenswerte der beiden Firmen auf. In der Verwaltung überwiegen Speyer-Ellissen

sowohl in der Geschäftsleitung (Verhältnis 4:2), als auch im Aufsichtsrat. Das dürfte die Verteilung der Gewichte zeigen, auch wohl der finanziellen. Über die kapitalmäßige Beteiligung der einzelnen Partner sieht man nämlich noch nicht ganz klar; in unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß auf die in der neuen Firma vertretenen New Yorker Speyer-Interessenten von dem Gesamtkapital ca. 40% entfallen, der Rest etwa gleichmäßig auf die Firmen in Frankfurt a. M. und Berlin. Doch sind das vielleicht nur Schätzungen; das offizielle Communiqué besagt lediglich, daß sich sowohl die Firma Speyer & Co. in New York als auch deren Seniorchef James Speyer, durch Übernahme von Kommanditanteilen an der neuen Gesellschaft beteiligen. Unklar ist auch welche Vermögensobjekte der beiden Gründerfirmen auf die neue Kommanditgesellschaft auf Aktien übergehen. Interessant werden die praktischen Auswirkungen der Vereinigung besonders auch nach der Richtung sein, wie die Geschäftsverteilung und Entwicklung auf Berlin und Frankfurt sich gestalten wird; die Beteiligten erhoffen und erwarten Befruchtung und Anregung für die beiden Plätze. Jeden falls handelt es sich bei dem Fusionsvorgang um eine so bedeutsame Transaktion, wie sie in der deutschen Privatbankierwelt bisher kaum zu verzeichnen gewesen ist.

Dividendenwünsche in der Scheidemandel-Generalversammlung Es war offenbar ein Versuch am untauglichen Objekt, den eine kräftige Oppositionsgruppe

in der Generalversammlung der A.-G. für che-mische Produkte vormals H. Scheidemandel unternahm, als sie die Verteilung einer Dividende forderte und ihr Verlangen durch manchmal wenig durchschlagende Gewinnberechnungen zu bekräftigen suchte. Daß nach den früheren Versprechungen der Verwaltung die Wünsche der Opponenten berechtigt waren, soll nicht bezweifelt werden; auch stand ein Reingewinn von 0,503 Mill. RM zur Verfügung, der zu einer mäßigen Ausschüttung auf das zusam-mengeschnittene Kapital von 10 Mill. RM aus gereicht hätte. Ob aber die tatsächlichen Erträge eine Schmälerung der Betriebsmittel zu rechtfertigen vermöchten, ist fraglich und die Weigerung der Verwaltung, die summarisch ausgewiesenen Erträgnisse in solche aus der Produktion, dem Handel und den Beteiligungen zu gliedern, spricht dafür, daß im eigenen Geschäft nicht einmal die Unkosten verdient worden sind und der Reingewinn offenhar auf die Einnahmen der Beteiligungs-Gesellschaften zurückzuführen ist. Die Verwaltung hatte die Opposition, die zudem durch Zeitungsinserate an die freien Aktionäre herangetreten war, erwartet; sie hatte sich dementsprechend auf die Generalversammlung vorbereitet und lieferte in einem längeren Vortrag des Aufsichtsrats-Vorsitzenden Dr. Münch — bis auf die fehlende Gliederung des Bruttogewinns — einen sorgfältigen Kommentar zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz, wie man ihn leider nur selten findet, obwohl er eigentlich in jeden Geschäftsbericht gehört. Es ist unwahrscheinlich, daß der Opposition, die kraft ihres Aktienbesitzes Vertagung nach § 264 HGB, erzwang, weitgehende Auskünfte bis zur nächsten Generalversammlung, in der dieses Vertagungsrecht

nicht mehr besteht, gewährt werden. Aber die Opposition kam mit einem fertigen Vertagungsprogramm in die Sitzung und ließ sich auch durch die vorsorglichen Erläuterungen des Aufsichtsrats-Vorsitzenden nicht in ihren Plänen beirren. Man hätte nur gewünscht, daß diese Opposition früher hervorgetreten wäre, daß sich die Aktionäre gemeldet hätten, als es im Februar 1927 galt, das Grundkapital von 25 auf 10 Mill. RM herabzusetzen. Damals ware die Entrüstung berechtigt gewesen, damals hätte man wirklich Rechenschaft von dem vor etwa Jahresfrist zurückgetretenen Generaldirektor Salomon verlangen können; heute steht man vor vollendeten Tatsachen. Einen weiteren Verlust erlitt das Unternehmen überdies durch den Tod des langjährigen Aufsichtsrats-Vorsitzenden Maximilian Kempner und durch das vor wenigen Wochen erfolgte Ableben von Generaldirektor Dr. Mühsam, der die Gesellschaft reorganisiert hatte und an deesen Stelle jetzt als Mitglied des Vorstander III. Standes Herr Heinrich Adam treten wird, der dem Vorstand schon früher, und zwar bis zum Jahre 1922 angehörte und der dann zu einer Tochtergesellschaft, der A. Motard & Co. A.-G., übertrat. Freilich stehen der Opposition für spätere Anfechtungsoder Nichtigkeitsklagen insofern rechtliche Handhaben zur Verfügung, als die Verwendung des Sanierungsgewinns nicht ganz nach den Beschlüssen der Generalversammlung vom 12. Februar 1927 erfolgt ist und auch die Verbuchung von 0,7 Mill. RM Rücklagen unter den Kreditoren eine juristische Unzulässigkeit darstellt. Aber was wäre damit gewonnen? Die früher begangenen Fehler sind bei der nicht befriedigenden Lage der knochenverarbeitenden Industrie nur durch zähe und langjährige Arbeit wieder gutzumachen.

schutz bei Glanzstoff

VerstärkterÜberfremdungs raschungen, mit denen die Verwaltung der Ver-

ken A.-G. in den letzten Wochen aufwartete, begann mit der Ankündigung einer Kapitalserhöhung um 15 auf 75 Mill. RM — man hatte bis dahin nur mit einer solchen um 3 Mill. RM zu "Angliederungs-Verwalt gerechnet —, sie endete zunächst mit dem Verwaltungsantrag, auch das Vorzugsaktienkapital von 900 000 RM auf 1,5 Mill. RM zu erhöhen und dadural Stammaktien zu dadurch das Stimmenverhältnis der Stammaktien zu den Vorzugsaktien von 10 zu 3 auf 10 zu 4 zugunsten der Vorzugsaktien zu verschieben. Damit sucht die V die Verwaltung offenbar nachzuholen, was sie bei den letzt letzten Kapitalserhöhungen der Stammaktien um 12 und 18 Mill. RM, die nicht von einer Vergrößerung des Vorzugsaktiennominale begleitet waren, versäumt hatte; standen bisher den 200 000 Stimmen der Stammaktien 60 000 Stimmen der Vorzugsaktien gegenüber, so wird die Relation in Zukunft 250 000 lichen D betragen, ganz abgesehen von den erheblichen Beständen eigener Aktien, die sich im Kon-Zernbesitz befinden und die durch die jetzt zur Debatte siehende Emission noch vergrößert werden Sollen sollen. Denn von den neuzuschaffenden Stamm-aktien von 15 Mill. RM sollen den Aktionären nur 7,5 Mill. RM im Verhältnis von 8 zu 1 zu 125% angeboten werden; den Rest will man zu Angliederungen und zur Aufnahme von Beteiligungsgesellschaften verwenden, ohne daß diese Objekte bisher ausreichend bezeichnet worden sind. Diese Geheimniskrämerei verstärkt nun den Eindruck, daß die Aktionäre durch das Bezugsrecht von schätzungsweise 60% mit der Ausdehnung der Verwaltungsstimmrechte versöhnt werden sollen, obwohl energisch bestritten wird, daß der verstärkte Verwaltungsschutz etwa eine Spitze gegen den belgischen Großindustriellen und Pakethändler Loewenstein darstelle, der angeblich Glanzstoff-Aktien aufkauft. Die Verhältnisse in der Kunstseidenindustrie sind zu verworren, als daß der Außenstehende ein Bild von der tatsächlichen Verteilung der Machtverhältnisse zu gewinnen vermöchte; überdies ist der Name Loewenstein in der deutschen Offentlichkeit und an den deutschen Börsen bereits so legendär geworden, daß geschäftige Spekulanten jede größere Aktienbewegung auf diese Persönlichkeit zurückführen wollen. Man rufe sich aber die Vorgänge der letzten beiden Monate einmal ins Gedächtnis zurück: Als Anfang Februar d. J. die Glanzstoff-Aktien auf einem Tiefstande von 530% anlangten, nachdem kurz zuvor die Londoner Börseneinführung einer kleinen Tranche zu 650% erfolgt war, wurde zur Beruhigung ein Communiqué der Verwaltung veröffentlicht; es folgten aufsehenerregende Käufe eines Berliner Bankhauses, dem man nahe Beziehungen zur Glanzstoff-Verwaltung nachsagt. Der Kurs stieg auf 600%, dann auf 700%, und er streifte vorübergehend die Grenze von 750%. Wären diese Käufe von der Loewenstein-Gruppe ausgegangen, so würden die Aufträge nicht einer Bankfirma anvertraut worden sein, die durch ihre engen Beziehungen zur Glanzstoff-Verwaltung jederzeit den Umfang einer solchen Paketansammlung überblicken kann. Daß andere Berliner Kommissionsfirmen Loewensteinsche Orders auszuführen hatten, wird allgemein behauptet und soll auch nicht bestritten werden, es ist aber nicht anzunehmen, daß, wie behauptet wird, der Belgier durch Käufe auf dem freien Markt Posten von 10% des Aktienkapitals zusammenkaufen konnte. Nun läge die Möglichkeit nahe, daß Loewenstein einen Teil der erheblichen Posten erworben hat, die ins Ausland gewandert waren und daß er im Interesse einer vorteilhaften Weiterbegebung auf einen möglichst hohen Berliner Glanzstoff-Kurs bedacht war. All dies kann aber nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß der Anstoß zu der Aufwärtsbewegung der letzten Monate von der Verwaltung oder den ihr nahestehenden Bankstellen ausging, deren Käufe man zunächst dahin auslegte, daß ihre Tätigkeit nur eine Aufschwänzung der Baisse-Spekulation be-zweckte. Zu diesen Käufen gesellten sich nun die belgischen Aufträge, möglicherweise auch Deckungen aus schwebenden Stellagegeschäften. Die Verwaltungsentschlüsse lassen sich also vielleicht nur aus der verworrenen Situation erklären. Um allen Gefahren vorzubeugen, wurde zu einem verstärkten Überfremdungsschutz und zur Neuausgabe von Stammaktien gegriffen, deren Emission in der finanziellen Lage der Gesellschaft kaum eine ausreichende Erklärung finden dürfte. So sehr erwünscht ist, daß die Fortentwicklung der deutschen Kunstseidenindustrie nicht durch ausländische Eingriffe gestört wird, so sehr ist auch der Wunsch nach genauen Erläuterungen in der bevorstehenden Generalversammlung berechtigt. Offen ist auch die Frage, wie sich die Berliner Zulassungsstelle zu der Begebung von Vorzugsaktien mit zwanzigfachem Stimmrecht stellen wird.

Frankfurt-Berliner Geldorganisation

Die zwischen der Franker furter Bank und der n Preußischen Staatsbank (Seehandlung) bestehende

Verbindung, die u. a. auch in einer Kapitalbeteiligung der Preußischen Staatsbank bei der Frankfurter Bank Ausdruck gefunden hat, ist schon seit Jahren in der Richtung einer besseren Geldversorgung des Frankfurter Börsenplatzes entwickelt wonden; die Seehandlung hat, um Frankfurt die rasche und rechtzeitige Geldversorgung gegen Wechsel zu sichern, dauernd bei der Frankfurter Bank den Betrag von einigen Millionen Reichsmark stehen, über den für diese Zwecke bei jederzeitiger sofortiger Wiederauffüllung verfügt werden kann. Manche Wünsche Frankfurts blieben trotzdem bis jetzt unerfüllt: es hatte sich insbesondere gezeigt, daß der Frankfurter Börsengeldmarkt fast regelmäßig - namentlich in Zeiten allgemeiner größerer Geldanspannung - in seinem Zinsniveau über dem Berliner Platz stand, womit mancherlei Unzuträglichkeiten, auch Schädigungen Frankfurts als Börse und Finanzzentrale für weite Kreise Süddeutschlands verbunden waren. Die Dinge lagen so, daß die Frankfurter Geldmarktorganisation in einem wichtigen Punkt mangelhaft war: während in Berlin Überschußgelder des Markts - in Zeiten reichlicher Flüssigkeit und geringer Nachfrage - immer noch, auch in später Zeit, wenn die Bedürfnisse des Markts geklärt waren, zu einer wenn auch mäßigen Verzinsung gebracht werden können, fehlte es bisher an dieser Möglichkeit in Frankfurt a. M. Das hatte zur Folge, daß die Frank-

furter Finanzwelt in Zeiten stärkerer Flüssigkeit und geringerer Ansprüche des Geldmarkts ihre in Frank furt nicht verzinslich verwendbaren Gelder nach Berlin disponierte. Dadurch wurde der Frankfurter Platz von Geld einigermaßen entblößt, so daß sehr häufig bei plötzlich auftretender vermehrter Geldnachfrage Spannungs- und Teuerungszustände eintraten, die lokaler Natur waren und das Frankfurter Zinsniveau manchmal erheblich über das Berliner hinaufdrückten. Eine sofortige Rückdisposition des Geldes von Berlin war nicht ohne Zinsverlust möglich, bis dieses dann mit Verzögerung eintraf, konnten sich die Verhältnisse in Frankfurt wieder geändert haben. So ergab sich eine Ungewißheit und Unsicherheit, die zu einer Verteuerung zuungunsten des Frank furter Platzes führten. Seit langem bestand der Wunseh, Abhilfe zu schaffen. Das ist jetzt endlich gelungen, und zwar wieder durch ein Zusammen arbeiten der Seehandlung mit der Frankfurter Bank Durch Abmachungen mit der Seehandlung ist für Frankfurt a. M. eine Einrichtung (verzinsliches Giro konto) geschaffen worden, daß auch dort noch Gelder (von 50 000 RM und mehr) im späten Vormittags verkehr (bis 1034 Uhr) mit 2% zur verzinslichen Anlage — genau wie in Berlin — gebracht werden konnen. Man darf annehmen, daß sich damit die Verhältnisse des Frankfurter Geldmarkts regulärer bisher gestalten. Allerdings umfast das neue Allerdings umfast das neue kommen noch nicht den ganzen Bereich der Frank furter Wünsche. Die Frankfurter Überschußgelder werden nunmehrzwardurch die Abmachung mit Berlin verzinst und dadurch am Platz selbst festgehalten nicht erreicht ist aber bis jetzt, daß überschießende Berliner Gelder in Zeiten stärkerer Geldknappheit in der Provinz mit derselben Raschheit auch nach Frankfurt a. M. geleitet werden, um dort aus-gleichend und mildernd auf die Zinshöhe zu wirken. Diese Aufgabe gilt es noch zu lösen.

Konjunktur-Barometer

Das Einsetzen wärmerer Witterung hat sich in allen saisonempfindlichen Industrien bemerkbar gemacht. Die Bautätigkeit nahm wieder zu; dementsprechend hob sich die Beschäftigung der Baustoffindustrien. Angesichts der Schwierigkeit der Geldbeschaffung muß jedoch die Entwicklung des Baumarkts mit Skepsis betrachtet werden. — Die Belebung im Textileinzelhandel, von der wir schon im letzten Konjunkturbericht sprachen, hielt mit der Fortdauer des Frühlingswetters an. Man rechnet mit einem günstigen Ostergeschäft. Der bessere Geschäftsgang im Einzelhandel wirkte auf die Konfektion zurück, und auch in der Textilindustrie machte sich hier und dort lebhaftere Nachfrage geltend. So wird z. B. eine erhöhte Absatztätigkeit in der Krefelder Seidenindustrie bemerkt, ein Zeichen dafür, daß die Weiterverarbeiter oder Händler

1. Kaufkraftschöpfung bei den Federal Keserve-Banken										
in Millionen Dollar	2. I.	6. I.	5. I.	5. III.	22. III.	29. III.				
	1926	1927	1928	1928	1928	1928				
Noten	1835	1913	1761	1574	1565	1567				
	2357	2409	2536	2403	2359	2404				
Zusammen	4192	4221	4297	8977	3924	8971				
2. Kaufkraftsc	höpfun	g bei	der Ba	nk vor	Engla	ınd				
in Mill. Pfund Sterling	6. I.	5. I.	4. I.	14 III.	21. III.	28. III.				
	1926	1927	1928	1928	1928	1928				
Banknoten-Umlauf Staatspapiergeld-Umlauf . Offentliche Guthaben	87.2	83,5	81,5	78.2	88,1	79,2				
	293.9	291,2	297,6	290.5	290,3	289,5				
	12.0	11,5	13,6	0.8	14,1	13,6				
	124.8	141,1	142,7	103.6	101,6	98,2				
Zusammen	517.9	527.3	535.4	482.1	494.1	480.5				

3. Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts

Stichtag	18/14=100)	Gesamt- Index	Industrie- stoffe	Lebens mittel
Januar 1924 (Mon Januar 1925 Januar 1926 Januar 1927 Januar 1928	atsdurchschnitt)	143.2 185.8 135.9 135.9 135.9	150.5 144.8 134.4 128.8 194.4	136.7 122.8 140.3 132.2
7. März 1928 14. März 1928		137,9 137,9 138,4 138,9	133,7 133,7 183,6 134,0	130.1 131.5 132.4 182.1
28. März 1928	*****************	138,9	134,1	1041-

4. Amerikanischer Großhandelsindex nach Prof. Irving Fisher

(1926 = 100)	
Januar 1927 (Monatsdurchschnitt)	98,0
Januar 1928 (Monatedurchschnitt)	95.5
27. II.— 8. III. 1928	96.9
5. III10, III 1928	96,8
12. I/L-17. III 1928	97,3
19. III.—24. III. 1928	98,2
98 TII 21 TIT 1098	98.1

5. Lebenshaltungs-Index des Statistischen Reichsamts

		amt-	Ernäl	rung	Woh	nung	Bekie	1928
(1913-14 == 100)	Lebens 1927	haltung 1928	1927	1928	1927	1928	1927	
Januar Februar März April Mai Juni Juli August September Oktober November Dezember	144.6 145.4 144.9 146.5 147.7 150.0 146.6 147.1 150.2 150.8	150,8 150,6 150,6 150,6 ————————————————————————————————————	150,7 152,3 151,2 150,3 150,8 152,8 156,8 150,3 150,6 151,6 152,0	151,9 151,2 151,0 ————————————————————————————————————	104.9 104.9 104.9 115.1 115.1 115.1 115.1 115.1 115.1 125.4 125.4	125,5 125,8 125,8 126,8	156.7 156.4 156.4 155.7 156.4 157.7 159.6 162.3 164.2 165.7	166.6 167.9 168.7

nur über geringe Bestände verfügen und bei stärkerem Bedarf des letzten Käufers sofort auf die vorrätige Ware des Textilindustriellen zurückgreifen müssen. Das bedeutet weiterhin, daß in demselben Ausmaß das Absatzrisiko auf die Textilindustrie verschoben wird. Da hier jedoch weder die Neigung zu gefährlichen Spekulationen noch die Betriebsmittel vorhanden sind, da weiterhin hohe Rohstoffpreise (z. B. für Wolle) zur Vorsicht mahnen, ist mit rückgängigem Beschäftigungsgrad zu rechnen, bis sich erneute Nachfrage vom Konsum her entwickelt. Eine derartige Wirtschaftsführung ist immerhin gesünder als spekulativer Lageranbau, selbst wenn sie zu einer Belastung des Arbeitsmarkts führen sollte. Die Zahl der Insaln Insolvenzen in der Gewerbegruppe Textilien und Bekleidung ist ohnehin in den letzten Monaten stark angewachsen. Die Zahl der Konkurse betrug im Januar 139, im Fak. im Februar 150, im März stieg sie auf 208. Die ent-Sprechenden Zahlen der Vergleichsverfahren lauten: 49, 62. 65. Es wird weiter über schleppenden Zahlungseingang geklagt, übrigens nicht nur in den Kreisen der Textilwirtschaft, sondern ganz allgemein. Man muß der Dresdner Bank beipflichten, wenn sie angesichts dieser Situation in threm Monatsbericht vom 1. April ausführt: Der weitere Ablauf der wirtschaftlichen Ereignisse wird jedoch in erster Linie durch die Kapitalfrage beherrscht sein. Man wird wohl zugeben müssen, daß die Kapitalbildung in Deutschland im Laufe der Zeit, insbesondere im letzten Jahr, erfreuliche Fortschritte gemacht hat; immerhin darf nicht vergessen werden, daß im Verhält-nis nis zu der inzwischen eingetretenen Ausdehnung des Wirtschaftsvolumens die Kapitalknappheit unvermindert anhält ... Man kann die Lage vielmehr dahin kennzeichnen, daß nach wie vor die Konjunktur — allerdings auf einem erheblich erhöhten Wirtschaftsniveau — infolge der noch nicht gelösten Kapitalprobleme ihre Labilität beibehalten hat." Es ist zu hoffen, daß allmählich ein beibehalten hat." lich eine Entspannung infolge reichlicheren Zustroms von Auslandskapitals eintritt. Wir verweisen auf unsere Ausführungen auf S. 541 und im Geldmarktbericht.

6. Börsenindex der "Frankfurter Zeitung"

		8. I. 1927					
Inland, Anleihen Dt. Anleihen L. Ausland	59,53 57,76 83,08 96,18	143,53 138,69 108,07 103,98	147.20 139.93 102.86 103.29	128,12	130,40	191.88 101.06	134,84

7. Zahlungsschwierigkeiten *)

Jan	1926	Konkurse 1927	1928 II	eschäftsa 1926	nfsichten 1927	Vergleichs- verfahren 1927	1928
Januar Februar Rebruar Marz Marz April Mai Juni Juni Juni Juni Juni Oktober November Dezember Dezember	2 092 - 1 998 - 1 871 - 1 302 - 1 046 - 913 - 701 - 493 - 467 - 485 - 471 - 435	498 478 557 421 464 427 429 407 360 445 574 619	766 699 791 — — — — —	1 553 1 573 1 481 923 691 477 866 228 147 147 128 120	93 132 132 123 129 96 137 146 97 4		191 226 266 ——————————————————————————————
*) Nach	12 274	5 869	191	7 8 3 4	1 089	831	766
_ "	rtschaf	t und Stati	stik"				

8. Wechselproteste (arbeitstäglich)

	11	926"	-	1927	1928			
	Zahl	Betrag (in RM)	Zahl	Betrag (in RM)	Zahl	Betrag (in R.M)		
1. Januarwoche 1. Februarwoche	1229 895	1 903 000 1 207 000	183 144	280 000 187 000	245 250	316 500 332 800		
13. II.—19. II 20. II.—25. II 27. II.—3. III 5. III.—10.III	872 736 828 689	1 174 000 941 000 1 082 000 856 000	152 142 165 164	188 000 169 000 212 000 210 000	247 288 237 339	322 900 355 300 294 000 440 700		
12 TH 17 TH.	664	855 000	11 156	199 000	246	311 100		

• Entsprechende Woche

9. Neugründungen und Kapitalserhöhungen deutscher Aktiengesellschaften¹)

	Januar 1925	Januar 1926	Januar 1927	Januar 1928	Februar 1928	März 1928
Neugründungen: Zahl der Gesellschaften . Kapital in Mill. RM	35 21.4	13 14,92	21 12,43	26 32,50	22 11,12	29 9.75
Kapitalserhöhungen: Zahl der Gesellschaften . Nennbetrag in Mill. RM.	76 80,5	11 4,84	34 134,37	26 29,73	45 244.94	63 91,16

1) Bis Juni 1927 amtliche Statistik, von Juli an Erhebungen der "Frankfurter Zeitung"

10. Wagenstellung der Reichsbahn

Berichtswoche	Zahl der gest 1927	eliten Wagen 1928	Arbeitstägt. 1927	Wagenstellg.
1. Januarwoche	721 296	746 063	120 216	124 344
1. Februarwoche	795 768	850 290	132 628	141 715
12. II.—18. II	815 028	859 746	135 858	143 291
	824 964	855 456	137 494	142 576
	834 996	897 769	139 166	149 628
	867 132	905 753	144 522	150 959
11.III.—17.III	868 716	897 011	144 786	149 502

11. Kohlenproduktion des Ruhrbergbaus

Arbeitstäglich (in Tonnen zu 1000 kg)	Kohlenförderung 1927 1928	Koksproduktion 1927 1928	Brikettproduktion 1927 1928
1. Januarwoche	414 304 385 553 402 751 399 84	0 74 731 86 432	
19. II. — 25. II	397 034 395 786 409 213 403 096	76 189 86 659 74 522 85 196	13 024 9 784 12 537 10 059 13 022 10 597 12 881 10 540
18. III.—24. III	متحديث التباريك التراجي		11 062 10 562

12. Erwerbslosigkeit in Deutschland (Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen)

Stichtag	1926	1927	Krisen- Unterstützte 1927	1928	Krisen- Unterstützte 1928
1. Januar	1 485 931	1 745 559		1 188 274	211 472
15. Januar	1 762 805 2 029 855	1 833 967 1 827 200	138 164	1 371 103	228 280 214 829
15. Februar	2 058 853	1 761 108	191 755	1 290 921	215 502 214 912
1. März 15. März	2 056 807 2 017 461	1 695 504 1 435 651	223 262	1 200 271	212 322
1. April 15. April	1 942 561 1 883 626	1 121 280 984 064	234 270	=	=
1. Mai	1 784 165	871 453 743 227	226 023	=	=
15. Mal	1 744 539	649 274		-	=
15. Juni	1 749 111 1 742 567	598 831 541 270	208 426	-	-
15. Juli 1. August	1 718 861 1 652 616	492 395 452 007	181 259	=	_
16. August	1 684 278	420 174 403 845	158 878	=	=
1. September 15. September	1 549 408 1 483 623	381 213	136 576	_	=
1. Oktober · ·	1 395 000	855 462 829 734	112 700	_	-
1. November . 15. November .	1 808 293 1 806 143	839 982 394 636	116 155 128 215	=	=
1. Dezember - 15. Dezember -	1 369 014	604 509 880 586	147 251 171 657	=	=
10. Dezember .	1 450 450	640 200		1	

Die Warenmärkte

Die in den letzten Berichten schon mehrfach besprochene

Aufwärtsbewegung der Getreide-Preise hat sich auch in der letzten Woche fortgesetzt, an einzelnen Gernde an diesen zelnen Tagen sogar besonders kräftig. Gerade an diesen Tagen aber, besonders am 29. und 30. März, ließ sich deutlich erk lich erkennen, in wie hohem Maße marktechnische Vorgänge die Aufwärtsbewegung hervorgerufen haben. beiden Fällen lagen die Schlußkurse etwas unter den vorigen, im Verlauf des Marktes aber zogen die Preise für den laufenden Monat stark an. Ebenso wie auf dem Roggenmarkt handelt es sich aber in erster Reihe um die auf die letzten Tage des Monats zusammengedrängte Glattstellung von März-Verkäufen, die bisher in der Hoffnung auf Rückgänge nicht gedeckt worden waren. Die Nachrichten über den Stand der Felder in der Union lauten inzwischen weiter ganz ungewöhnlich schlecht, soweit sie über den Chicagoer Markt hierher gelangen. So wurde

								7
Ware	Börse	Usance	Notierung	30. 12. 26	30. 12. 27	16. 3. 28	23. 3. 28	30. 3. 28
ALL STREET			ev. dec.	1				
Weizen	New York	greifbar Redwinter	cts. je bushel ¹)	1531/2	1471/4	1707/8	1751/2	182 ¹ / ₄ 142 ⁷ / ₈
** *****	Berlin	März greifbar märk. neuer	RM je 1000 kg	2651/2	2351/2	138 ⁷ / ₈ 246 ¹ / ₂	$140^{1}/_{8}$ $246\frac{1}{2}$	$\frac{142^{1/8}}{248^{1/2}}$
99	** ********	Mai	" "		20072	2761/2	2761/4	2741/4
99	** *******	Juli	71 19	-	_	282	2817/8	2838/4
Roggen	99	greifbar märk	99 99	2341/2	2381/2	252 270½	258	260 275
** *****	99	Juli	19 39		2641/2	2631/4	275 ³ / ₄ 263 ¹ / ₂	265 ¹ / ₈
Weizenmehl	19	greifbar	19 19	361/2	315/8	321/8	331/4	331/8
Roggenmehl	Novy Venl		99 99	33 1/2	331/4	343/4	351/8	$35^{1/2}$ $115^{1/4}$
Mais	Chicago	greifbar März	cts. je bushel²)	84	963/4	114 ¹ / ₄ 98 ¹ / ₈	$\begin{array}{c c} 113^{1/8} \\ 97^{7/8} \end{array}$	995/8
,,	Berlin	greifbar, zollbegünstigt	RM je 1000 kg	194		234	241	238
Gerste		greifbar Sommer	22 29	231	2421/2	2511/2	255	256 239
Hafer	19	greifbar	99 19	181	206 229	234 248	238	253
		Mai	cts. je lb.8)				2,76	2,82
		April	sh. je cwt.	_	-	15,71/8	15.81/4	15.101/2
	Magdeburg	greifbar	RM je 50 kg4)		27	271/9		268/4
19	Hamburg	März	1) 1)	_		14,20 14,23	14,35	14,20 14.15
		greifbar Rio 7	11 11 (- 1h				14,33	
кансе	New Tork	Mai	cts. je lb.	151/8	14½ 13,35	16 ¹¹ / ₁₆ 14,87	16½ 19,23	15 ⁵ / ₈ 14,30
.,	29	März 1929 Mai	22 12		_			13,20
Pain	Hamburg ⁵)	Mai	RPf je ½ kg	16 41/		821/4	861/4	861/4
Reis Schmalz	Chicago	März	sh. je cwt. ⁶) cts. je lb.	16.41/2	15.6	15.0 11,50	15.0 11,50	15.0 11,77
		greifb. first latex crêpe			411/4	25,62	27,36	27,87
V2 111111	London	greifbar	sh. je lb.	1.63/4	1.77/8	$1.0^{1}/_{8}$	1.1	1.11/5
10	Hamburg	April	RM je 100 kg	- "	_	2333/4	2533/4	250
Baumwolle	New York	greifbar middling	cts. je lb.	13.05	20,10	19,50	19,75	19,65
	79	Mai	"d je lb.	-	18,85	19,08	19,23	19,16
29 4 4 4		greifbar middling	a je m.	6,85	11,06	10,77	10,96 10,34	10,86 10,35
.,		greifbar f. g. f. Sak,8)	19	13.95	17,75	19.80	20,80	20,15
19 111		April	28	-	_	19,50	20,12	19,58
		greifb. fine m. g. Broach*), greifb. amerik. middling	\$ cts. je lb.	6.30 14.04	9,90 21,91	9,65 21,03	9,90 21,54	9,65 21,50
79		Mai	19 99	_			20,98	21,04
Wolle ¹⁰)	dt. Inlandspreis	A/AA vollschürig ¹¹)	RM je 1 kg	9,50	10,65	10,93	10,93	10,93
Kammzug	10 00	Buenos Aires D. I. mittel .	11 11	5,06	5,54	6,29	6,29	6,29
Hant'	London	nächster Termin Manila, nächster Termin	£ je ton	31.5.0 47.10.0	31.2.6 41.15.0	30.5.0 37.10.0	30.10.0	31.10.0
Erdői	New York	Rohöl	cts. je Gall.12)	2.98	2,60	2,57	2,57	2,57
		greifbar elektro	cts. je lb.	13.37	14,07	14,08	14,12	14,25
29	London	greifbar standard	£ je long ton	56.11.3	60.15.0	60.18.9	61.5.0	61.18.9
	Bowlin	3 Monate	99 30 100 lea	57.8.9	60.16.3	60.18.9	61.6.3	62.0.0
19	Derun	März Mai	RM je 100 kg		1243/8	$\frac{121^{1}/_{8}}{120^{7}/_{8}}$	$\frac{121}{121^{5}/_{8}}$	1233/s
15	39	Dezember	1)))	_		1211/8	1223/8	1241/8
Ziun	New York		cts. je lb.	671/4	57,87	51,75	53,75	53,75
39	London	greifbar standard	£ je long ton	297.16.6	265.5.0	228.15.0	240.2.6	239.0.0
		3 Monate standard	11 11	294.10.0	261.5.0	230.10.0	239.15.0	238.0.0
Zink	London	greifbar und 3 Monate	cts. je lb. £ je ton	7.00 32.15.0	5,65 26.5.0	5,63 25.0.0	5,70 25.3.9	5,70 25.0.0
++ •••••	Berlin	März	RM je 100 kg	-	20.5.0	49	501/4	
39	** *******	Mai	11	_	523/8	493/8	493/4	501/8
77		Dezember	27 29	-	-	491/4	493/4	495/8
Blei	New York		cts. je lb.	7.80	6,50	6,00	6,00	6,00
99 ********	Berlin	März	£je ton RM je 100 kg	28.17.6	22.16.3	$\frac{19.15.0}{39^3/_8}$	20.3.9	20.3.9
** ********	***************************************	Mai	17 19	_	461/8	397/8	411/8	403/8
,,		Dezember	99 99		_	403/8	413/4	411/2
Silber	New York	D '11 14\ 'Cl	cts. je oz.13) fein	541/8	571/2	573/8	573/8	571/4
99		Barsilber ¹⁴) greifbar 2 Monate	d je oz.	2415/10	263/8	267/16	26 ³ / ₈	26 ⁸ / ₈ 26 ³ / ₁₆
17	Berlin	99 2 Monate	RM je i kg fein	24 ⁷ / ₈ 74 ¹ / ₂	26 ⁸ / ₈	26 ¹ / ₄	$\frac{26^3}{79^5}$	$\frac{20^{1}}{10^{3}}$
	THE REAL PROPERTY.		EL BANKET				, ,	
		CONTRACTOR STATE	The same of the same		97-14-		00-1-20	
The state of		A STATE OF THE PARTY OF THE PAR	F 2 5					-

(a) 1 bushel Weizen = 27.22 kg. (b) 1 bushel Roggen oder Mais = 25.40 kg. (c) 1 lb. = 0.4536 kg. (c) einschl. 10.50 RM Verbrauchsabgabe und für Sacke. (c) Terminotterung von 2 Uhr nm. (c) cwt. = 50.8 kg. (c) long ton = 1010.043 kg. (c) f. g. f. Sak. = fully good tair Sakellaridate of the sakellaridate

2. B. an einem der erwähnten Tage gemeldet, daß in drei Staaten, Illinois, Indiana und Ohio, rund die Hälfte, nach einer amerikanischen Fachzeitschrift sogar Dreiviertel der Weizenfläche aufgegeben werden müsse. Die Fachzeitschrift ist vorsichtig genug hinzuzufügen, daß gutes Frühjahrswetter noch einen erheblichen Teil dieser Schäden. Schäden ausgleichen könne. Am selben Tage wurde jedoch als Ansicht des Washingtoner Ackerbauamts berichtet daß die Aussichten für die Getreide-Ernte recht gut seien und daß höchstens starker Frost eine Trübung hervorrufen könne. Diese Meldungen sind nicht leicht miteinen miteinander zu vereinbaren, vor allem, wenn man sich erinnert, daß die erwähnten Staaten immer nur als schlimmste Beispiele angegeben werden und auch für andere andere angeblich sehr große Auswinterungen befürchtet werden werden. Aber wir befinden uns, wie nicht oft genug betont tont werden kann, in einem Wahl-Jahr. Weiterhin muß man sich erinnern, daß die Anbaufläche um etwa 4½ Mill. Acres größer ist als im letzten Jahre. Es könnten nahezu 10 Mill Acres (gelegentlich ist auch eine ähnliche Ziffer genannt genannt worden) auswintern, ohne daß die Fläche kleiner wird auswintern, ohne daß die Fläche kleiner wird als die im letzten Jahre abgeerntete. — Meldungen über über ungewöhnliche große Verfütterung von Weizen in den V. den Vereinigten Staaten und Canada sind wahrscheinlich ähnlich der hohen Futterahnlich zu bewerten, obgleich angesichts der hohen Futter-mittel mittelpreise ein gewisser Anreiz dazu natürlich auch dort gegeben war.

Die Befestigung der Metall-Märkte

hat sich unter Schwankungen zunächst teilweise fort-gesetzt, und zwar insbesondere bei Zinn. Seit einiger Zeit schon schon war auf dem Markt die Ansicht verbreitet, daß für März größere Leerverkäufe liefen; diese mußten jetzt gedeckt großere Nachrichten deckt werden und das hat, neben besseren Nachrichten aus der amerikanischen und der Walliser Weißblech-Industri Industrie zu der Aufwärtsbewegung erheblich beigetragen. Man will auch gelegentlich wieder russische Käufe beobachtet haben. (Vgl. S. 547.)

Die Zufuhren von Blei an die europäischen Plätze sind im Augenblick etwas kleiner geworden und das hat genügt, um zusammen mit der beginnenden Bau-Saison, die den Bedarf Bedarf etwas belebt, auch diesen Markt leicht zu befestigen. Diese gehobene Stimmung hat, da aus Ostasien und Anstalle und Australien erhebliche Mengen nach Europa schwim-men wiel eine erhebliche Mengen nach Europa schwimmen, nicht bis zum Wochenende vorgehalten, jedoch sind die K

die Kurse so gut wie unverändert. Zink und Kupfer lagen erheblich ruhiger, da aber in beiden Fällen drängendes Angebot nicht zu verzeichnen war, blied war, blieb auch hier die Stimmung verhältnismäßig fest. Hervorzuheben ist vielleicht, daß sich auch das Altchenfalle Geschäft einigermaßen belebt hat und daß hier chenfalls höhere Preise zu erzielen sind. — Auf den

Welt-Eisenmarkten

Sagen 4 eine gewisse Uneinheitlichkeit, um nicht zu

Sie ist besonders sagen Abschwächung, festzustellen. Sie ist besonders deutlich deutlich merkbar in Amerika, von wo zunächst zwar benichtet wurde, daß sich der Betriebsumfang etwas getätigkeit nicht sich dan aber hieß es, daß die Kauftätigkeit nicht befriedige und das scheint sich in der letzten w letzten Woche noch verschärft zu haben — in der auch die Spairte noch verschärft zu haben — abgenommen die Spezifikationen ziemlich allgemein abgenommen haben. Man erhofft für den April eine Besserung, im Zusammen Geschäft in der Zusammenhang mit dem lebhafteren Geschäft in der Automobilindustrie; ob sich diese Hoffnung erfüllt, wird sich wohl ziemlich bald nach der Vierteljahreswende her-

Die europäischen Märkte sind durchweg ruhiger geworden und die Tatsache, daß aus England bereits wieder berichtet wird, es lägen billigere Angebote vom Festlande vor (die alle es lägen billigere Angebote vom Festlande bereichtet wird, es lägen billigere Angebote vom Festlande beten), vor (die allerdings noch immer kein Rendement böten), bestätigt derdings noch immer kein Rendement böten), bestätigt den Schluß, der auch aus anderen Vorgängen sezogen sezogen werden kann, daß nämlich das Frühjahrsgeschäft insbesondere in den Frankenländern nicht die erwartete Lebhaftigt in den Frankenländern nicht die erwartete Lebhaftigkeit zeigt. Das gilt aber, wenn auch vielleicht in etwas verringertem Maße, auch vom englischen und deutschen Markt. Auf dem deutschen Markt soll allerdings zeitweilig die Anfragetätigkeit recht lebhaft gewesen sein, ohne daß ihr jedoch die Umsätze ent-sprachen. Auch auf die geringen Aufträge der *Reichsbahn* wurde mehrfach verwiesen. Schließlich ist in dieser Beziehung auch die Tatsache nicht ganz bedeutungslos, daß die Schrottläger der westlichen Werke als überfüllt bezeichnet werden. - Auf den

Welt-Kohlen-Märkten

haben sich insbesondere die englischen Hoffnungen auf eine Frühjahrsbelebung ebenfalls nicht voll erfüllt. Besonders ist es der polnische Wettbewerb, der infolge der niedrigen Löhne und der Fracht-Subventionen zu Preisen auf den Weltmarkt kommt, mit denen die anderen Länder den Wettbewerb auf den meistumstrittenen Märkten es sind im wesentlichen noch immer die skandinavischen nicht aufnehmen können: So ist zuletzt noch ein großer Auftrag der norwegischen Staatsbahnen nach Ost-Oberschlesien gegangen.

In Groß-Britannien haben sich in einzelnen Bezirken erneut leichte Arbeiter-Schwierigkeiten gezeigt, jedoch tritt deren Bedeutung gegenüber der Tatsache zurück, daß in den Midlands eine Einigung zwischen einer großen Reihe von Gruben zustandegekommen ist, die eine Art lockeren Ausfuhrsydikates darstellt und Anfang April zu

arbeiten beginnen soll.

Auch in Deutschland ist das Geschäft nicht einheitlich, obgleich Industriekohle noch immer lebhaft abgefordert wird. - Der Grundton auf den

Baumwoll-Märkten

ist fest geblieben, aber es sind keine wesentlichen Preis-änderungen eingetreten. Auch hier spielen die im Getreidemarkt-Bericht bereits erörterten Vorgänge keine geringe Rolle, vor allem jedoch wirkt stimmungsmäßig noch immer der jüngst bereits erörterte Halbjahrsbericht der Internationalen Spinnerei-Vereinigung nach. Die Meldungen aus den amerikanischen Anbaubezirken lauten nicht ganz einheitlich, jedoch scheinen die günstigen zu überwiegen und selbst die ungünstigen fügen vorsichtig hinzu, daß noch nirgends wirklich etwas versäumt sei.

In der amerikanischen weiterverarbeitenden Industrie soll sich das Geschäft leicht gebessert haben, und infolge davon auch die Nachfrage nach greifbarer Baumwolle, besonders nach den niedrigeren Graden weiter zuge-Aus England wird berichtet, daß die nommen haben. ostasiatische Nachfrage besser geworden sei, während die heimischen Verbraucher Zurückhaltung zeigten. - Das Geschäft auf dem Festland zeigt keine wesentlichen Veränderungen, von den Rohstoffmärkten wird berichtet, daß es auch weiter als Käufer für niedriggrädige Baumwolle auftrete.

Für diesen Markt, wie für alle, an denen die Amerikaner eine große Rolle spielen, sei abschließend noch bemerkt, daß man aus den hier vorliegenden Meldungen gelegentlich den Eindruck hat, als ob Spielergruppen, denen der Boden der Wertpapierbörse aus verschiedenen Gründen etwas zu heiß geworden ist, ihre Tätigkeit auf die Warenmärkte verlegt hätten: sie haben dabei noch den Vorteil, daß zwar auch dort die Umsätze veröffentlicht werden, daß aber eine Statistik, die jener der Lombardgelder für die Wertpapierbörse entspräche, noch nicht vorhanden ist. - In diesen Tagen ist die

Londoner März-Wollversteigerung

gegangen. Von den angebotenen rund 129 000 Ballen sind etwa 109 000 verkauft worden, der Rest blieb lediglich deshalb zurück, weil den Händlern, die über ihn verfügen, die Gebote noch immer nicht genügten. Die größten Steigerungen sind (worauf vor einigen Wochen bereits hingewiesen wurde) bei den sogenannten Haut- oder Gerber-Wollen zu verzeichnen (slipes), von durchschnittlicher Ware bei mittleren und gröberen Kreuzzuchten. Diese fanden auch die größte Beachtung und sind so gut wie ganz geräumt worden. Bei Merinos war eine etwas größere Zurückhaltung merkbar, jedoch gingen auch hier die Preissteigerungen bis zu etwa 5%.

Der Geld= und Kapitalmarkt

Quartalsultimo

Nach den umfangreichen Vorkehrungen, die diesmal sehr frühzeitig getroffen worden waren, vollzog sich die Abwicklung des Quartalsultimo ziemlich glatt, Täg-liches Geld war natürlich in den letzten Märztagen sehr gesucht. Hatte es noch am 28. März 4 bis 6% gekostet, so stieg es am folgenden Tage auf 5½ bis 7½%, am nächsten auf 6 bis 8%, und am 31. März auf 8 bis 10%. Charakteristisch ist indes, daß nach einer Erhöhung des Privatdiskonts um ½ auf 6½%, die am 24. März vorgenommen wurde, schon am 31. März wieder eine Herabsetzung auf 63/1% erfolgen konnte. Auch Ende Februar war diese frühzeitige Senkung der Privatdiskontnotierung (damals sogar um 4%) möglich gewesen, nachdem die Verkäufe im wesentlichen beendigt waren. Monatsgeld wurde in den letzten Märztagen nur noch wenig gehandelt, und zwar unverändert zu 6% bis 8½%. Das Interesse der Geldnehmer an festem Geld über Ultimo und die Osterfeiertage war bereits erloschen; man hatte keinen Anlaß mehr, diesen verhältnismäßig hohen Satz dem Geldgeber auch für eine Zeit zu garantieren, für die man sich möglicherweise erheblich billiger Geld beschaffen kann. Warenwechsel waren in der ganzen Ultimowoche wieder nicht unter Banksatz verkäuflich, gelegentlich wurde ein wenig mehr bezahlt, sofern der Verkäufer Grund hatte, die Diskontierung bei der Reichsbank mit Rücksicht auf die Erreichung seines Kreditlimits zu meiden.

-			Frankfort a.M.				
1928	Private lange Bicht	kurze Sicht	Tägliches Geld	Monatsgeld	Waren- wechsel	Scheck- tausch	Waren- wechsel
28. III. 27. III. 28. III. 29. III. 30. III. 31. III.	6 % 6 % 6 % 6 % 6 % 6 % 6 %	6 % 6 % 6 % 6 % 6 % 6 %	4-5½ 4-6 4-6 5½-7½ 6-8 8-10	6% - 81/4 6% - 81/4 6% - 81/4 6% - 81/2 6% - 81/2 6% - 81/2	7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7	5 6 1/2 6 7 7 8	7-7 1/4 7-7 1/4 7-7 1/4 7-7 1/4 7-7 1/4

Der Reichsbankstatus

Der Reichsbankausweis vom 23. März hatte noch eine verhältnismäßig reichliche Entlastung gebracht. Ausleihungen gingen noch einmal um 133 auf 1959 Mill RM zurück und lagen damit nur noch um wenige Millionen über dem Stand vom 23. Februar, so daß die starke Beanspruchung von Ende Februar nahezu ausgeglichen war. Die Ausleihungen waren in dieser dritten Woche auch stärker zurückgegangen als vor einem Jahr, wo sie nur um 61 auf 1468 Millionen abgenommen hatten. Durch die Bewegung der Gold- und Devisenbestände wurde diese Entwicklung kaum modifiziert. Der Geldumlauf nahm annähernd in demselben Umfang ab wie die Ausleihungen.

Goldkäufe der Reichsbank

Der Goldbestand zeigt diesmal eine Zunahme um 20 Mill. RM, aber dabei handelt es sich nur um die buchmäßige Abwicklung von Käufen, die schon weiter zurückliegen. Im ganzen ist im März für 100 Mill. RM ausländisches Gold gegen Hergabe von Devisen gekauft worden, Dieses Gold wird bis zu seinem Eintreffen unter den "Sonstigen Aktiven" verbucht. Die Goldkäufe geschehen zu Lasten des Kontos der "deckungsfähigen Devisen", das diesmal um 35 Millionen abnahm. Die Reichsbank benutzt den tiefen Stand der Devisenkurse, um von der ihr - von verschiedenen Seiten gebotenen -

Möglichkeit des Golderwerbes Gebrauch zu machen. Sie ist bekanntlich auf Vermehrung ihres Goldschatzes schon mit Rücksicht darauf bedacht, daß in den nächsten Jahren weitere (deckungsfreie) Rentenbankscheine durch (deckungspflichtige) Reichsbanknoten ersetzt

Berlin (Mittelkurs) 26. III. New York ... 4.181 London 20,41

Zahlreiche Auslandsanleihen

Abgesehen von dem neuen Zustrom kurzfristigen Aus landsgeldes, der Ende März einsetzte, sind auch wiede zahlreiche Anleihegeschäfte zustande gekommen, die sich auf dem Devisenmarkt teils schon ausgewirkt haben teils noch auswirken werden. Es ist hier die 6½ % se englische Anleihe der Metallbank zu erwähnen, die in haben wen 0.75 Milli Umfang von 0,75 Millionen £ mit Helbert Wagg & Co. ab geschlossen wurde (Auflegungskurs 97½ Prozent). Holland wurden 5 Millionen Gulden 7%ige steuerfreit Goldpfandbriefe der Preußischen Central-Bodenkredit A.-G. zu 961/2% aufgelegt, ferner 3 Mill. GM Obligationer der Bayerischen Landwirtschaftsbank in München 20 96 % und 3 Mill. Gulden 7% ige Anleihe der Stolberser Zinkhütten-Gesellschaft zu 96 % %. In den Vereinigten Staaten emittierten die Landwirtschaft zu 96 % %. Staaten emittierten die International Acceptance Bank und Harris Forbes 3 Mill. Dollar Obligationen der provinzialbank Westfalen, ferner Halsey, Stuart & Co. und Colvin & Co. 3 Millionen Dollar 6½ prozentiger Obligation tionen gegen Darlehen der Nassauischen Landesbank zu 971/2 Prozent.

Neue Wohnungsbau-Pfandbriefe für das Ausland

In nächster Zeit ist wieder mit der Begebung von Wohnungsbau-Pfandbriefen im Ausland zu rechnen, nach dem der Reichsrat und Reichstagsausschuß auf Grund eines Gutachtens der Beratungsstelle für die Hälfte der vom Arbeitsminister gewünschten Summe von 200 Mill Reichsmark, also für 100 Mill. RM die Steuerfreiheit des Kapitalertrags zugestanden haben. Der Steuernachial wurde übrigens auch für die 10 Mill. Dollar-Anleihe Wasserwirtschaft Ruhrkohlenbezirk G. m. b. H. ausgesprochen, ferner für die neue 35 Mill. Schweizer Franken-Anleihe des Steinkohlenbergwerks Friedrich Heinrich A.-G. Lintfort und für insgesamt 5 Mill. holl. Gulden der A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation die davon, wie oben erwähnt, schon für 3 Mill. abgeschlossen hat.

Lebhafte Emissionstätigkeit auch im Inland

Auch der inländische Anleihemarkt wird verstärkt in Anspruch genommen werden. Nach Königsberg, dessen 9 Mill. RM-Anleihe voll gezeichnet wurde, nach Breslaudas 6 Mill. RM 8 %iger Anleihe zu 94½ % auflegte, trit Frankfurt a. M. mit 20 Mill. RM, die Provinz Hannover mit 8 Mill. RM, die Kur- und Nouerichie des Pitterschaft. mit 8 Mill. RM, die Kur- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehnskasse mit 3 Mill. RM, Leipzig mit 16 Mill. RM, Leipzig mit 16 Mill. Reichsmark (davon 5 Millionen fest mit Option auf den Rest) auf den Markt. Die Stadt Berlin hat einen Anleihe bedarf von insgesamt 119 Mill Brit hat einen Refrie bedarf von insgesamt 118 Mill. RM, mit dessen Befriedigung sie held ward 118 Mill. RM, mit dessen sie held ward 118 Mill. RM, mit dessen sie held ward 118 Mill. RM, mit desse digung sie bald nach Ostern — sukzessive und in verschiedenen Formen schiedenen Formen — beginnen wird; unabhängig davon läuft ihr Projekt einer neuen Auslandsanleihe. Schließlich ist die Postanleihe im V. lich ist die Postanleihe in Vorbereitung, mit deren legung im April allerdings nicht zu rechnen ist.

Die Effekten-Börse

Berliner Börse

Lebhaft und fest

Die Befestigung, die am Schluß der vorigen Berichtszeit einsetzte, machte in der vergangenen Woche weitere Fortschritte, Zunächst war die Tendenz nicht einheitlich. Während Montanwerte schwächer lagen, stellten sich Flektrizitätswerte, Farbenwerte, Warenhausaktien und vor all vor allem Kunstseidenwerte wesentlich höher. Das ist um so bemerkenswerter, als verschiedene Vorgänge, wie Reichsbahn, die kritische Lage der Landwirtschaft usw., die sonst ungünstig zu wirken pflegen, in der Presse lebhaft erörtert wurden. Es zeigte sich, daßt die börsentechnische Verfassung durchaus gesund ist, was auch im letzten Monatsbericht der Dresdner Bank betont wird. Neben den Äußerungen der Dresdner Bank fanden auch die Dresdner Bank fanden auch die Dresdner Bank fanden auch die Darlegungen im letzten Wirtschaftsbericht der Commerz- und Privatbank Beachtung, namentlich der Passus, daß eine Reihe von Aktienwerten gegenwärtig unter dem Gesichtspunkt einer gut verzinslichen und so-liden Am Gesichtspunkt einer gut verzinslichen und soliden Anlagemöglichkeit durchaus beachtenswert sei. Zu einer Besserung der Tendenz trug ferner die feste Haltung der Brüsseler Börse bei, besonders was Elektrowerte und Kunstseidewerte anbelangt. Das Privatpublikum scheint sich sich seit kurzer Zeit stärker am Effektengeschäft zu beteil. beteiligen und die Eingänge an Zinsen und Dividenden in Aktien anzulegen. — Das Interesse für

Elektrizitätswerte

Wurde durch Meldungen von einer angeblich engeren Fühlungnahme der belgischen Elektrizitätsindustrie mit deutsche Im Zusammenhange deutschen Unternehmungen verstärkt. Im Zusammenhange damit wird immer wieder die Sofina in Brüssel, aber auch die Löwenstein-Gruppe genannt, von der die Initiative ausgehen soll. In weit stärkerem Maße als in Elektrowerten scheint die Löwenstein-Gruppe in

Kunstseidewerten

interessiert zu sein. Ob ihr Besitz an deutschen Kunst-seiden. Seidewerten aber tatsächlich so hoch ist, wie von manchen Blättern angegeben wird, oder die Löwensteinschen Käufe übertrieben und zum Vorwand für gewisse Aktientransaktioner aktionen in der deutschen Kunstseidenindustrie benutzt werden, ist nicht klar zu erkennen. Die Maßnahmen der Vereinigten Glanzstoffabriken (vgl. S.) sind jedenfalls nach der Glanzstoffabriken (vgl. S.) hin kommentiert nach den verschiedensten Richtungen hin kommentiert worden. Während die einen behaupten, daß es sich tatsächlich um Schutzmaßnahmen gegen Löwenstein handele, wollen andere wissen, daß man gerade auf ein Übereinkommen mit Löwenstein hinarbeite und die neuen Aktien vielleicht zu einem Aktienaustausch Verwendung finden. Die Aktien der Vereinigten Glanzstoffabriken erfuhren jedens der Vereinigten Glanzstoffabriken konnten jedenfalls zeitweise eine erhebliche Steigerung, konnten sich aber auf dem erhöhten Niveau nicht halten. Angeblich drückten ausländische Realisationen auf den Kurs. (Wenn Löwener ausländische Realisationen auf der Unternehmen Löwenstein wirklich versuchen sollte, in das Unternehmen einzudringen, hätten diese Abgaben eigentlich ohne eine Aursabschwächung Aufnahme finden müssen.) Manche Kreise an der Börse vertraten schließlich die Anschauung, daß alle bisher für die Aktienemission angegebenen Gründe falsch seien und es sich in Wirklichkeit lediglich um eine Kanton und es sich in Wirklichkeit lediglich um eine Kanton und es sich in Wirklichkeit lediglich und eine Kanton und es sich und eine Kanton und es sich und eine Kanton u um eine Kapitalverwässerung handele. — Starke Beachtung fanden wieder

aus den schon erwähnten Gründen. Ein neues Gerücht über über eine Fusion mit der Berliner Warenhaussirma Wertheim wurde prompt dementiert. Aber die Börse glaubt jetzt an andere Transaktionen.

Am Montag der neuen Woche erfolgten zunächst weitere Kurssteigerungen. Im Verlauf kam es indes zu mehrfach unsteigerungen. Im Verlauf kam es indes zu mehrfachen Schwankungen und die Börse schloß unsicher.

Frankfurter Börse

(Von unserem Korrespondenten)

Der Frankfurter Platz war in der Berichtswoche stark mit den Vorgängen in der Zeit der Bezugsrechtsnotierung

Farbenaktien

beschäftigt; die Intervention, die zu steigenden Kursen das in starken Beträgen angebotene Material an Bezugsrechten, danchen auch umfangreiche Posten Aktien aufnahm, wurde mit Zurückhaltung beurteilt; obwohl die Intervention auch noch nachher für die Bonds (im freien Verkehr) bis zeitweise 145% (später wieder 143%) fortgesetzt wurde, ergab sich eine beträchtliche Unsicherheit in der Bewertung der Farbenwerte, wobei die Frage nach der marktmäßigen Verwendung der Interventionsbestände viel erörtert wurde. Indessen gewann dies keinen entscheidenden Einfluß auf die Tendenz, diese wurde vielmehr bestimmt durch die zunächst erfolgreiche Beteiligung des Frankfurter und süddeutschen Publikums, wie der Bankwelt und Kulisse an der internationalen Spekulation in

Kunstseidewerten

Große Posten holländischer, amerikanischer und englischer Kunstseidewerte wurden gehandelt und brachten Gewinne, wenn auch in allerletzter Zeit ein gewisser Abbau der durch die Hochspekulation erzielten Kurse zu bemerken war. Daneben setzte sich, ebenfalls vom Ausland, und zwar von Brüssel aus inspiriert, eine starke Aufwärtsbewegung am

Elektromarkt

durch. Es verlautete von der Beteiligung deutscher Elektrogroßfirmen (besonders Gesfürel und Siemens) an internationalen Elektrifizierungsgeschäften und die Neuerrichtung zweier großer Elektro-Trustfirmen in Brüssel gab diesen Versionen Nahrung. Dazu kam die anregende Hausse der Werte des Sidro-Elektrokonzerns in Brüssel. Wenn die Kulisse und die Bankwelt in letzter Zeit Mut zu Meinungskäufen und zu größeren Engagements auch in deutschen führenden Werten gewannen, so war dafür die Auffassung maßgebend, daß die zum

Quartalstermin

flüssig werdenden Zinsbeträge zusammen mit den Dividendenauszahlungen für die Geschäftsperiode 1927 dem Publikum die Mittel zur Anlage am deutschen Aktienmarkt geben würden; ob das Publikum davon Gebrauch machen wird, ob die "zweite Hand" für die Börse sich jetzt zur Verfügung stellen wird, steht allerdings dahin. Eine ganze Anzahl von Spezialwerten fand noch das besondere Interesse des Markts, so u. a. Warenhauswerte, Karstadt waren stark gesucht. Im freien Verkehr zeigten Hermann Wronker-Aktien eine starke Kurserhöhung bei Aufkäufen von einer noch unbekannten Seite, die deswegen einigermaßen erstaunlich sind, weil noch nicht 10 % des Aktienkapitals der Gesellschaft im freien Handel sein dürften.

Metallbank

zogen kräftig an auf die Begebung der englischen Anleihe mit Aktien-Optionsrecht, wobei der Optionskurs von 150% besonders günstig beurteilt wurde; Metallgesellschaft wurden von der Bewegung stark mitgerissen. Neckarsulmer Fahrzeugwerke gaben auf den befürchteten Dividendenausfall bis auf annähernd 50% nach, dann führten Interventionen zu einer Kurserholung; die jüngste Auslassung der Verwaltung von NSU über die Lage der Gesellschaft blieb, weil ziemlich nichtssagend, unbeachtet. Scheideanstalt gingen zeitweilig zurück, nachdem die Verwaltung sich zur Frage einer Ausschüttung aus der amerikanischen Freigabe ablehnend geäußert hat. Holzmann fest; man vermutete Marktvorbereitungen zu Abgaben aus jüngst in der Berliner Bankwelt übernommenen größeren Aktienposten. Chemische Fabrik Albert stark gedrückt auf erwarteten Dividendenrückgang.

Die Wirtschaft des Auslands

Das Ende der Anglobank

Seit der am 1, Juli 1926 erfolgten Abstoßung der Anglo-Austrian Bank Ltd. Niederlassung Wien hat die Anglo International Bank Ltd., London, die aus der Anglo-Austrian Bank Ltd., London, die aus der Anglo-Austrian Bank Ltd., London, und der British Trade Corporation, London, hervorging, die Aktienmehrheit der Anglo-Cechoslovakischen Bank, Prag, und ihre Beteiligung an der Kroatischen Escomptebank, Agram (vgl. Nr. 7, S. 261) veräußert und nimmt immer mieder Verhandlungen megen einer Abgabe der Budapester Anglobank auf. Damit mürde der letzte bedeutende Teil des Konzerns der alten Anglo-Österreichischen Bank verschwinden. Die Geschichte dieses Instituts, das zu den führenden Finanzorganisationen Österreich-Ungarns gehörte, ist interessant wegen seiner einstigen Größe und des raschen Verfalls, aber auch, weil dieser Verfall durch eines der mächtigsten Finanzgebilde der Welt, die Bank von England, mitverschuldet wurde. In dem Aufsatz wird, someit uns bekannt, zum erstenmal der Versuch unternommen, die Geschichte der Anglisierung und die Ursache des Verfalls zusammenhängend darzustellen. (Red.)

Wien, Ende März 1928.

Am 27. März waren genau sechs Jahre seit der Registrierung der Anglo-Austrian Bank Ltd., London, verflossen. Damals hörte die Anglo-Österreichische Bank, Wien, die 1863 als eine der ersten Banken des Kontinents gegründet wurde, in ihrer bisherigen Form zu bestehen auf und wurde die Wiener Niederlassung einer Londoner

Bank, hinter der die Bank von England stand.

In der Begründung zum Bundesgesetzentwurf "über die Verlegung des Sitzes der Anglo-Osterreichischen Bank in das Ausland" wurde ausgeführt, daß die Bank mit 3,580 Mill. £ Vorkriegsschulden belastet sei, darunter 1,665 Mill. £ Wechselverbindlichkeiten an die Bank von England. Nach Abzug der sicheren Forderungen verblieben nach dem Gutachten der Sachverständigen 1,313 Mill. £, von denen bereits 0,302 Mill. £ abgeschrieben worden waren und denen an ausständigen Zinsen weitere 0,700 Mill. £ gegenüberstanden, deren Eingang allerdings nicht voll gesichert war. Man hatte also mit einem un-gedeckten Höchstbetrag von 1,011 Mill. £ zu rechnen, der sich nach Maßgabe der Zinseneingänge allmählich auf 0,311 Mill. £ verringern konnte, welcher Betrag in den stillen Rücklagen volle Deckung fand. Der Stand der Bank war demnach ohne Zweifel ernst, aber keineswegs perzweifelt. Denn für die Vorkriegsverbindlichkeiten hatte gemäß der in St. Germain erfolgten Regelung unmittelbar der österreichische Staat aufzukommen, der dann ein Rückgriffsrecht auf die Anglo-Osterreichische Bank gehabt hätte, es aber gewiß nicht in einer Weise ausgeübt haben würde, die den Bestand einer bedeutenden und altangesehenen Finanzorganisation in Frage gestellt hätte.

Das gesamte Gutachten der Sachverständigen ist der Offentlichkeit nie zugänglich gemacht worden. Aber durch eine Indiskretion wurde jenes Gutachten bekannt, das dieselben Sachverständigen anläßlich der Sitzverlegung der Osterreichischen Länderbank nach Paris erstatteten. Es kam zu dem Schluß, daß "die finanzielle Situation der Länderbank . . . kein genügender Grund für ihre Umwandlung . . . in ein nichtösterreichisches Institut sei", daß "das Gleichgewicht im Haushalte der Bank ... von ihr selbst hergestellt werden könne, und daß die Haftung des Staates aller Voraussicht nach im Falle der Nichtfranzösisierung weder eine Verlusttragung noch cine Zahlungsleistung ohne gesicherte Rückendeckung durch die Länderbank zur Folge haben dürfte". Es ist nicht anzunehmen, daß die Sachverständigen bei der Anglo-Osterreichischen Bank, deren Lage anerkanntermaßen wesentlich günstiger als die der Länderbank gewesen war, auf Grund ihrer Untersuchungen zu einem anderen Ergebnis gekommen wären.

Das Gutachten dieser allerersten Fachleute hat jedoch die Umwandlung der Anglobank in ein englisches Institut nicht verhindert. Dazu war man viel zu sehr in Inflationsvorstellungen befangen, die den Betrag von 1,665 Mill. £, an der entwerteten Krone gemessen, riesenhaft erscheinen ließen. Und so wurde eines der wertvollsten Besitztümer Österreichs für einige finanzielle Zugeständnisse an die Bank von England ausgeliefert, in der sicheren Erwartung, daß sich ein befruchtender Goldstrom aus England nach Österreich ergießen würde.

Die neue Anglo-Austrian Bank Ltd. wurde mit einem Aktienkapital von 2 Mill. £ ausgestattet, wovon 1 406 370 £ ausgegeben wurden. Bar eingezahlt wurden aber bloß 0,400 Mill. £, die Ende 1922 von einer englischen Finanzgruppe in 6%igen nicht kumulativen Vorzugsaktien zum Nennwert übernommen wurden. 1 Mill. £ waren Stammaktien, von denen die Bank von England 0,375 Mil als Abschlagszahlung erhielt, während die restlichen 0,625 Mill. £ den alten Aktionären der Anglo-Osterreicht schen Bank ausgefolgt wurden. Sie bekamen derart für je 240 Goldkronen Nennwert 15 englische Schilling oder rund ½ des alten Nennwerts, ohne Berücksichtigung der von ihnen seinerzeit eingezahlten Aufzeldhaus von ihnen seinerzeit eingezahlten Aufgeldbeträge. Bank von England gestand, außer dieser teilweisen wandlung von Betriebs- in Aktienschulden, die Streichung von 0,240 Mill. £ zu. Weitere 0,637 Mill. £ übernahm sie in Form von 6% gen Schuldscheinen zusammen mit verzinslichen 6370 £ Vorzugsstammaktien, die ihr jeder zeit die unbeschränkte Herrschaft über die Bank sicherten während die restliche Forderung auf die Gesamtschuld der Anglo-Österreichischen Bank von 1,665 Mill. £ bei Einlösung der Schuldscheine durch eine entsprechende Prämie erfolgen sollte. Vom jeweiligen Reingewinn wurden vorerst 6 % auf die 0,400 Mill. £ Vorzugsaktien bezahlt, die am Überschuß bis zu 10 % noch beteiligt waren Dann erhielten die Stammaktien bis zu 6 % Dividende und aus dem etwaigen Mehrerlös sollte die Verzinsung und Finlissung der Verzinsung der Ve und Einlösung der Schuldscheine (die übrigens auch unter Verzicht auf die Restschuld in Stammaktien umwandelbar waren) erfolgen, Die Aktionäre der Anglo-Osler reichischen Bank wurden, wie aus diesen Bestimmungen ersichtlich ist, entrechtet, indem sie durch die Ausgabe der Vorzugsstammaktien jeden Einfluß auf die Geschäftsführung verloren und selbst für den bescheidenen Bruchteil ihres ehemaligen Anteils an der Bank eine Benachteiligung in teiligung in der Dividendenzuteilung hinnehmen mußten.
Aber immerhin, Regierung und Presse begrüßten die Umwandlung als den Anhand

Umwandlung als den Anbruch einer neuen Zeit. In die Begründung zum Bundesgesetzentwurf wurde "auf die Stellung verwiesen, welche eine anglisierte Anglobank in London einnehmen würde. Die Filialen der anderen mitteleuropäischen Banken in London würden mit Ausnahme der Anglebanken in London würden mit die nahme der Anglobank vollständig verschwinden, Gründung neuer würde nicht zugelassen werden. Schon deshalb würde vornehmlich die Anglobank dazu berufen sein, den Kreditverkehr, insbesondere das Remboursgeschäft zwischen England einerseits und dem früheren Osterreich-Ungang andersenten. Osterreich-Ungarn andererseits, aber auch mit dem Deutschen Reich der Beiten dem Deutschen Beich schen Reich, dem Balkan, Polen, ja selbst mit Rufland zu pflegen." Dazu käme, daß "die Bank von England sich auch als Großeltien" sich auch als Großaktionär . . . aktiv beteilige und die daraus erwartbare "die berechtigten Interessen Die vorgeschlagene Transaktion enthebe die Anglobank der Notwendigkeit, ihre Filialen in den Sukzessionsstaaten entweder verkimmern zu auch den Sukzessionsstaaten reichs voll berücksichtigende Geschäftsführung · · · entweder verkümmern zu sehen oder sie, von der Zentrale abgesplittert, zu nationalstaatlichen Mittelbanken umzugestalten, da bei der Anglisierung der Bank die national-staatlichen Filialen al. staatlichen Filialen als Filialen der neuen englischen Bank aufrechterhalten werden können . . .

Vorerst, als unmittelbar nach der Gründung die öster reichische Krone immer rascher zu sinken begann und der Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, durch den Vizepräsidenten der Anglo-Austrian Bank Ltd. Dr. Wilhelm Rosenberg, der später in einem Anfall von Melancholie Hand an sich legte, für die Stützung der Krone und für die Genfer Sanierungsmaßnahmen gewonnen

werden konnte, schien es in der Tat, als ob die arge Benachteiligung der alten Aktionäre und die Veräußerung einer der wichtigsten Finanzpositionen durch Vorteile für die gesamte österreichische Volkswirtschaft aufgewogen würden. Wie immer auch die spätere Haltung der englisch lischen Machthaber war, mit der wir uns noch ausführlich auseinanderzusetzen haben, eines ist richtig: ohne Montagu Norman hätte die österreichische Sanierung noch lange auf sich warten lassen müssen. Der Einfluß dieses Mannes. der nach Zustandekommen der Anglisierung Österreich iheraus wohlwollend gegenüberstand, räumte die gewaltigen Hindernisse, an denen die Genfer Sanierungsaktion zu scheitern drohte, hinweg. Und ebenso hatten Peter Bark und Sir Henry Strakosch, beide im Verwaltungsrat der Anglo-Austrian Bank, einen bedeutenden Anteil an der Verwirklichung der Völkerbundanleihe. An der Abfassung der Satzungen der Österreichischen Na-tionalbank (insbesondere an den Deckungsvorschriften und an der Bestimmung, daß mindestens 25 Millionen Goldkronen bis zur Aufnahme der Barzahlungen in Guthaben and Depots außerhalb Osterreichs zu halten sind), an den Verhandlungen über die englische Pfund-Zwischenanleihe und über die Völkerbundanleihe sowie an der späteren Einsetzung des Notenbankberaters hat die Bank von England land, vielfach im Wege der Anglobank oder ihrer Direktoren, mitgewirkt. Allerdings später — und das weniger Zum Segen Österreichs — u. a. auch an der österreichischen Zinsfußpolitik, bis es dem Präsidenten Reisch unter Gefährdung seiner Stellung allmählich gelang, sich so ziemlich von London unabhängig zu machen.

Aber jedenfalls, zu Beginn sah das durch den kata-strophalen Währungssturz verängstigte Österreich nur die gulen Seiten. England wurde als Retter in der Not gefeiert die Offentlichkeit sang der Bank von England und ihrem Gouverneur das hohe Lied. Ein Abglanz von diesem Glanz fiel auf die Wiener Niederlassung der Anglo-Austrian-Bank Ltd., die mächtig auf englischem Golde zu

ruhen schien.

Und doch war schon damals der ganze Aufbau der Viener Niederlassung grundfalsch. Aber die Unrichtigkeit keit der Konstruktion wurde durch die Inflationsgewinne Verdeckt. Der "Erfolg" sprach und London war in der Lage, für das erste Geschäftsjahr 1922, das nur 9 Monate umfall. umfaßte, 2½ % auf die Stammaktien (die Vorzugsaktien wurden, wie erwähnt, erst Ende 1922 ausgegeben) auszuschütten, was unter Berücksichtigung der von der Bank selbst getragenen englischen Steuer einer Jahres-verzinsung von 4% % entsprach. Der Präsident, General the Hamiltonian 28, Septhe Hon. Sir H. A. Lawrence, konnte derart am 28. September 1981. tember 1923 in der in London abgehaltenen Generalver-Sammlung seiner Befriedigung über die günstige Entwicklung Osterreichs im allgemeinen und der Wiener Anglobank im besonderen Ausdruck verleihen. Er schloß mit einer feierlichen Vertrauenskundgebung für die Wiener Direktoren.

Später, nach Tisch, las man es anders. Da sollten gerade die Wiener Direktoren, ihre Unerfahrenheit und Geschäftsunfähigkeit an dem Niedergang schuld gewesen sein, während diese wieder den größten Teil der Verantwortungen der Schuld gewesen wertung diese wieder den größten Teil der Verantwortung der Schuld gewesen Machtwortung auf die Verständnislosigkeit der englischen Machthaber für das Wesen der mitteleuropäischen Mobilbanken schoben. In den zahlreichen Darstellungen, die sich gewöhnlich sehr oberflächlich mit dem Schicksal der Anglobank auseinandergesetzt haben, hat man sich meistens beide auseinandergesetzt haben, hat man sich meistens beide Begründungen zu eigen gemacht und nur das Maßder Schuld jeweils verschieden dosiert. Keine einzige Darstellung hat jedoch unseres Wissens darauf hingewiesen,
daß die Wissens durch die Art des Gedaß die Wiener Anglobank schon durch die Art des Geschäftsaufbaus zum Untergang verurteilt worden war, das Versagen der führenden Männer, hier wie dort, nur das Ende beschleunigt hat.

Als Dr. Rosenberg in gewiß großzügiger Konzeption die Anglisierung betrieb, da war der leitende Gedanke, daß die Sitzverlegung nach London nur eine Formsache Das Geschäft sollte nach wie vor in der Gesamtheit der Nachfolgestaaten - lediglich unter englischer Flagge - von Wien aus betrieben werden. Und insofern die Mittel Wiens nicht zureichten, sollte es der Exponent des englischen Marktes sein und hätte seinen Anteil an dem Ertrag des Londoner Kapitals gehabt. Nur unter dieser Vor-aussetzung hatten die damaligen Wiener Direktoren dem Plan ihre Zustimmung gegeben. (Der Schwerpunkt der alten Anglo-Osterreichischen Bank hat niemals im eigentlichen Osterreich gelegen. Ihren Hauptgewinn zog sie aus dem ausgedehnten Industriegeschäft in Böhmen und Mähren sowie aus dem kleineren, aber vielleicht noch er-

tragreicheren Industrie- und Handelsgeschäft Ungarns.) Die Wirklichkeit entsprach jedoch in keiner Weise der ursprünglichen Konzeption. Daß die tschechischen Nebenstellen mit ihrem gewaltigen Kapitalaufsaugungsnetz bald nach der Gründung der Anglo-Austrian-Bank am 15. April 1922 in eine eigene tschechische Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 120 Millionen & Kronen, das ganz im Besitz Londons verblieb, ungewandelt wurde, war von vornherein beabsichtigt, als eine Art Verbeugung vor dem jungen selbstbewußten Staatswesen. Aber nicht gedacht war, daß sich diese Anglo-Čechoslovakische Bank, in deren Verwaltungsrat zwei Wiener Direktoren entsendet wurden, infolge der machtvollen Persönlichkeit ihres Präsidenten, des früheren tschechischen Finanzministers Kuno Sonntag, und unter der wohlwollenden Förderung Londons von der Wiener Leitung freimachen würde. Nicht geplant war, daß sich die ungarischen und italienischen Zweigstellen, die in den ersten Jahren recht gut arbeiteten, von der Wiener Niederlassung, bei der sich Verlust auf Verlust einstellte. allmählich loslösten und es schließlich sogar den kleinen rumänischen Filialen gelang, direkt nach London zu berichten, das sich von vornherein das große internationale Geschäft vorbehalten hatte.

Damit war die Wiener Niederlassung mit ihren 2000 Angestellten und ihrer Großbankorganisation praktisch auf das verarmte Osterreich mit seinen 61/2 Millionen Einwohnern beschränkt. Bei stabiler Währung einen derartigen Apparat in so kleinem Rahmen nutzbringend zu führen, war und ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die historische Schuld der Bank von England liegt darin, daß sie sich nicht entschloß, wenn sie schon die Wiener Niederlassung zur Bedeutungslosigkeit verurteilte, rechtzeitig die Organisation den geminderten Geschäftsbedürfnissen anzupassen. Und die historische Schuld der Wiener Direktoren ist es, daß sie sich von Anbeginn an nicht geschlossen und unter dem Einsatz ihrer Stellungen gegen diese fortgesetzte Einengung des Wiener Wirkungs-

bereiches wehrten.

Allerdings, bedenkt man die unausgesetzten und schweren Verluste, die sich in der Tschechoslowakei und in Osterreich mit unheimlicher Geschwindigkeit häuften, so ist zu verstehen, daß die Engländer immer mehr die zentrale Leitung der Geschäfte vorerst in den Nachfolgestaaten, dann aber auch in Österreich selbst an sich zu ziehen bestrebt waren. Nur vergaßen sie eines: Daß alle großen Wiener Banken im Verlauf der Krise gewaltige Verluste erlitten, wenn auch infolge der geschulteren Leitung — denn aus Wien wurden nach und nach die alten Direktoren der Anglo-Osterreichischen Bank entfernt oder kaltgestellt - nicht in dem gleichen Maß. Aber die anderen Banken (abgesehen von der Länderbank) hatten in der Inflation durch zahlreiche Kapitalserhöhungen für neues Geld vorgesorgt. Sie waren auch durch keine Sitz-verlegung gezwungen, ihre stillen Rücklagen vor der Golderöffnungsbilanz offenzulegen und konnten so die Verluste ohne Aufsehen zum Großteil aus diesen stillen Rücklagen decken.

Der Weg der Kapitalserhöhung war aber der Anglobank verschlossen. Die Engländer waren nicht zu bewegen, die schon anläßlich der Umwandlung vorgesehene Ausgabe von weiteren rund 0,600 Mill. Vorzugsaktien durchzuführen. Und die ausstehenden PfundVorkriegsforderungen, die bemerkenswert rasch eingingen, wurden vornehmlich zur Alimentierung des tschechischen Geschäftes, zur Deckung der dortigen bedeutenden Verluste verwendet. Allerdings handelte es sich dabei hauptsächlich um tschechische Remboursschulden (Spinnereien usw.). Gemäß dem englischen Grundsatz der Aufrichtigkeit, aber auch mangels größerer innerer Rücklagen mußte die Wiener Anglobank, von jeder Kapitalzufuhr abgeschnitten, dadurch, daß sie seit 1924 — für 1923 waren nur auf die 0,400 Mill. £ Vorzugsaktien 6 % ausgeschüttet worden — keine Dividende mehr verteilte, offen ihre Verluste einbekennen. Das war weder ihrem Ansehen noch dem Geschäft förderlich.

Als die Verluste trotz aller ergriffenen Maßnahmen nicht aufhören wollten, begann jene kleinliche Politik der englischen Machthaber, die das schlechteste Mittel der Sanierung war und die nur erklärt werden kann durch theoretische Erwägungen und äußerste Ratlosigkeit. London setzte es sich in den Kopf, das englische System der Depositenbanken auf Österreich, sozusagen von heute auf morgen zu verpflanzen. Die Industriekredite wurden gedrosselt und Geld häufig erst dann zögernd hergegeben, wenn sich anders ein Skandal nicht vermeiden ließ. Dann war es aber vielfach schon zu spät. Eine Reihe von Unternehmungen, die bei rechtzeitiger, einsichtsvoller Hilfe noch heute bestehen könnten, wurde derart zugrunde gerichtet. Neue Geschäfte wurden fast ganz ausgeschaltet. Am liebsten hätte man sich darauf beschränkt, Einlagen auf Sparbücher, Kassenscheine und in laufender Rechnung entgegenzunehmen und sie in festverzinslichen Werten, in Großbankakzepten, in Nationalbank-Aktien und allenfalls im Fremden- und Warenakkreditivgeschäft oder in kurzfristigen Handelskrediten anzulegen, ohne zu bedenken, daß es bei den völlig verschiedenen Verhältnissen in Österreich nicht möglich ist, auch nur einen bescheidenen Teil der Spesen auf diese Weise zu verdienen. Das Verhalten der Engländer führte dazu, daß die Wiener Anglobank praktisch zur Liquidierung gezwungen wurde.

Als auch der Versuch Londons, durch Anforderung umfangreicher Unterlagen das Geschäft besser in die Hand zu bekommen, mißglückte, weil genaue Platzkenntnisse nicht durch Statistiken ersetzt werden können, suchte man das Heil im Personenvechsel. Die Folge war die Lähmung jeder Initiative der Direktoren, die es nach Aufstellung des Grundsatzes der Einzelverantwortung, des "Who is responsible?" ängstlich vermieden, sich irgendwie zu exponieren. Die erheblichen Vollmachten der "Wiener Repräsentanz" blieben so bloß auf dem Papier. Bei jeder nur halbwegs bedeutenden Angelegenheit wurde die Entscheidung Londons im Wege einer umständlichen Korrespondenz eingeholt. Auf diese Weise ging auch die leichte Beweglichkeit, deren eine Bank von Format nicht entrafen kann, verloren. Überdies wurde derart jedes gedeihliche, enge Zusammenarbeiten der Wiener Direktoren verhindert.

Aus dieser verworrenen Lage suchte London schließlich krampfhaft einen Ausweg. Das Vertrauen der Machthaber zu fast sämtlichen Direktoren war erschüttert, deren Tätigkeit weitgehend ausgeschaltet oder überhaupt eingestellt. Die Geschäfte liefen sozusagen von selbst. Endlich wurde in London klar erkannt, daß die Bank mit den bisherigen Methoden nicht geführt werden könne, die Übertragung des englischen Systems auf Österreich nicht möglich sei.

Von diesem Zeitpunkt an reifte in London der Entschluß, sich durch Abstoßung der kontinentalen Bankbeteiligungen einer Aufgabe, der man sich bereits nicht mehr gewachsen fühlte, zu entledigen. Man muß zugeben, daß sich die Engländer mit äußerster Zähigkeit bemühten, diesen Plan auch zu verwirklichen.

Verhältnismäßig rasch gelang die Abstoßung der italienischen Filialen in Triest und Mailand an die Banca Italiana Britannica, Mailand, eine Tochtergesellschaft der British Italian Corporation Ltd., London. Die Mailänder

Bank übernahm mit dem 1. Januar 1926 das italienische Geschäft der Anglobank gegen Überlassung eigener Aktien. Und nunmehr begann ein seltsam hartnäckiges und wechselvolles Suchen nach jener österreichischen Bank, in welche die Wiener Niederlassung eingebracht werden könnte

Bei aller Vorsicht war es natürlich auf die Dauer unmöglich, die Verhandlungen, die mit verschiedenen Wiener Banken geführt wurden, geheimzuhalten. In die Beamtenschaft, die trotz der wiederholten Abbauaktionen bisher vorbildlich gearbeitet hatte, wurde eine Unruhe getragen, die ihre Disziplin untergrub, zumal die meisten Direktoren nur noch der Form nach ins Amt gingen und. durch die ihnen zuteil gewordene Behandlung erbittert, der Entwicklung der Dinge gleichgültig zusahen. Je länger sich die Verhandlungen hinzogen, um so größer wurden die Zugeständnisse, die bewilligt werden mußten. Und als endlich der Verkauf der Wiener Niederlassung an die Osterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe erfolgte, geschah er zu Bedingungen, die in der Lage der Geschäfte keineswegs begründet waren. Denn noch hatte die Wiener Anglobank ein bedeutendes laufendes Geschäft. Sie verfügte über ansehnliche Einlagen in österreichischen Schillingen und in fremden Währungen, besaß u. a. ein umfangreiches internationales Devisengeschäft, ein gut eingeführtes Waren-, Warenakkreditiv- und Fremden geschäft.

Praktisch bestimmte die Credit-Anstalt einfach die Bedingungen, zu denen sie die Fusion durchzuführen willens war. Sie übernahm mit dem 1. Juli 1926 die Wiener Anglobank, indem sie aus diesem Anlaß ihr Aktienkapital um 15 auf 65 Millionen Schilling durch Ausgabe von 375 000 Aktien erhöhte und den Engländern von der Neuemission Aktien im Nennwert von 6,384 Mill. S (1) an Zahlungsstatt für die Wiener Anglobank überließ. restlichen 8,616 Mill. S erwarb London mit einem Aufgeld von rund 50 % bar. London selbst verblieben die Wiener Bankgebäude, weil die Credit-Anstalt ihr Geld nicht in Realitäten festlegen wollte. Ebense lehnte sie es alb. größere Engagements ohne strenge Prüfung zu übernehmen. Die kleinen und ein damals noch nicht saniertes größeres Unternehmen wurden in eine holländische Dachgesellschaft, an der sich einige ausländische Freunde der Credit-Anstalt beteiligten, eingebracht London stellte schließlich einen langfristigen Kredit von 1½ Mill. £ sehr billig zur Verfügung. Von den Beamten wurden nur 385, darunter 159 provisorisch, in die Credit-Anstalt herübergenommen, von den Direktoren keiner.

Bald darauf, gegen Anfang September 1926, wurde die bereits angekündigte Vereinigung der Londoner Zentrale mit der British Trade Corporation, London — einer glückten Gründung der englischen Regierung Wahrung der englischen Handelsinteressen gegen deutsche Konkurrenz — zur Anglo International Bank unter großen Opfern der Bank von England vollzogen.

Das Aktienkapital der neuen Bank wurde mit 2 Mill. £ festgesetzt, wovon 1,960 Mill. £ ausgegeben wurden. Und zwar zahlte die Bank von England 0,600 Mill. £ mit 66% Aufgeld bar ein. Von den restlichen 1,360 Mill. £ mit die Aktionäre der British Trade Corporation 0,750 Mill. £ und die verschiedenen Aktionärgruppen der Anglobank 0,610 Mill. £. Die Bank von England hat bei der Verteilung dieses Betrages folgende Vereinbarungen getroffen. Für die in ihrem Besitz befindlichen 0,637 Mill. £ Schuldscheine samt den dazu gehörigen 6570 £ Vorzugsstammaktien nahm sie bloß 60 000 £ neue Aktien in Anspruch. Dafür setzte sie durch, daß auf die 0,400 Mill. £ Vorzugsaktien, die von der englischen Gruppe Ende 1922 eingezahlt worden waren, 0,300 Mill. £ der jungen Aktien zugeteilt wurden. Dadurch ergab sich für die 1 Mill. Stammaktien, von denen 0,375 Mill. £ im Besitz der Bank von England waren, ein Umtauschverhältnis von 4:1 auf 0,250 Mill. £ Aktien der Anglo International Bank. Bank ehemaligen Aktionäre der Anglo-Osterreichischen erhielten derart insgesamt 156 250 £ oder nicht ganz 8%

des eingezahlten Aktienkapitals der Londoner Bank. Gemessen an den Nennwerten, verblieb ihnen ½2 ihres ursprünglichen Besitzes. Ein Vergleich der Kurswerte stellt in den Besitzes daß stellt sich noch viel ungünstiger. Zu bemerken wäre, daßt allein der Effektenbestand der Anglo-Austrian Bank, London, (100 % des Aktienkapitals der Anglo-Čechoslovakischen Bank im Nennwert von 120 Mill. & Kronen; 15 Mill Schilling Nennwert der Credit-Anstalt; 30% der Aktien der Kroatischen Escomptebank, Agram, im Nennwert von rund 40 Mill. Dinar usw.) und der Realitätenbesite. besitz ein Vielfaches der erhaltenen 0,610 Mill. £ wert

Auf dem einmal beschrittenen Weg ist auch die Anglo International Bank unbeirrt weitergegangen. Der leitende Gedanke der Bank von England mag wohl sein, daß es sich mit ihrer Stellung nicht vertrage, bei einer privaten Bank maßgebenden Einfluß auszuüben und derart in einen unerwünschten Wettbewerb mit anderen Banken zu kommen. Sie hat im Juli 1927 75 % des Aktienkapitals der Anglo-Čechoslovakischen Bank am eine halbstaatliche Stelle und eine große tschechische Finanzgruppe (Peter). (Petschek usw.) zu unbekannten Bedingungen veräußert. War die Abstoßung der italienischen Filialen keine sehr bedeutende Angelegenheit, die Überlassung der Wiener Niederlassung durch die Lage der Dinge immerhin zu verstehen, so lüßt sich der Verkauf des bereits wieder gesanden sunden, ausgedehnten und lebensfähigen tschechischen Geschäfts aus kommerziellen Erwägungen kaum begreifen. Und noch verwunderlicher ist die käufliche Überlassung eines großen Postens Credit-Anstalt-Aktien an die Prudent: dential Assurance Company, London, anfangs 1927.
Schließlich erfolgte im Februar 1928 die Einbringung der Kroatischen Escomptebank in die viel kleinere Kroatisch-Slavonische Escomptebank in die vier kleiner Blavonische Landes-Hypothekenbank zu außerordentlich ungsingt: behan darüber in Heft 8 ungünstigen Bedingungen. Wir haben darüber in Heft 8
vom 46 vom 16 Februar ausführlich geschrieben. Die Anglo International Bank besitzt demnach nur mehr die zwei rumänischen Berkenstein Budanest (mit rumänischen Zweigstellen und die Filiale in Budapest (mit einer W einer Wechselstube). Aber es ist ein offenes Geheimnis, daß London alles daransetzt, für Budapest einen Käufer n finden. Sämtliche übrigen Stellen der einst so blühenden Bank den und weitverzweigten Anglo-Osterreichischen Bank Banken Minderheitsbeteiligungen an kontinentalen Banken oder gegen Barzahlung veräußert worden.

Die Osterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gemerbe hat für 1926, in welchem Jahr die Wiener Anglo-Bank aufgenommen wurde, eine Zunahme der fremden Gelder und der Bilanzsumme um 50% zu verzeichnen

Die Credit-Anstalt hat für 1926 ohne Anstrengung auf das erhöhte Aktienkapital die bisherige Dividende von 10% ausgeschüttet.

Die Credit-Anstalt wird für 1927 diese Dividende sicherlich beibehalten.

Die Credit-Anstalt hat die ihr anläßlich der Fusion eingeräumte Option auf einen Aktienposten der Anglo-

International Bank Ltd. nicht ausgeübt. Die Anglo International Bank wird für 1927 keine Divi-

dende hezahlen. Ihre Aktien werden an der Wiener Börse derzeit mit den Litte Aktien werden an der Wiener Börse derzeit mit 28 österreichischen Schillingen für 1 £ Nenn-

Bilanzen

Julius Berger Tiefbau A .- G. 20 Prozent Dividende auf das erhöhte Kapital

Die Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren günstig entwickelt. Sie hat seit der Stabilisierung regelmäßig ausgeschüttet, und für das abgelaufene Geschäftsbeantschüttet, und für das abgelaufene der Dijahr ausgeschüttet, und für das abgelaufene Oeschaften beantragt die Verwaltung eine Erhöhung der Digewachen 20 %. Dabei ist das Aktienkapital ständig sewachsen, 1926 wurde es von 3,5 auf 5 Mill. RM, im letzten Jahr von 5 auf 7,5 Mill. RM erhöhen.

Die Gesellschaft profitierte zunächst von den Aufträgen, die im Inland zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vergeben wurden. Mit der Ausführung einiger Auftrüge dieser Art, die anscheinend wasserbautechnische Anlagen zum Gegenstand haben, ist die Gesellschaft, dem Geschäftsbericht zufolge, "zum Teil bis über das laufende Jahr hinaus beschäftigt". Daneben wirkt die Gesellschaft beim Ausbau der Berliner Untergrundbahn mit, und ge-meinsam mit der Firma Polensky & Zöllner, Driesen, stellt sie ein Staubecken in Ottmachau (Schlesien) her, ein Objekt, das mit 12 Mill. RM beziffert worden ist.

Von größerer Bedeutung dürfte das Auslandsgeschäft der Gesellschaft sein. Hier sind zunächst die Arbeiten zu nennen, die im Auftrag der columbianischen Regierung zur Regelung des Magdalenenstroms und seiner Nebenflüsse vorgenommen wurden. Sie sind bereits seit einigen Jahren im Gang und werden die Firma auch noch weitere Jahre in Anspruch nehmen. - Die Aufträge, die 1924/25 von der rumänischen Regierung übernommen wurden, darunter der Bauauftrag für den Teliu-Tunnel, werden Mitte dieses Jahres fertiggestellt sein. Neu in Arbeit genommen wurde im Berichtsjahr "die Ausbeutung einer an der Donau in Neurumänien gelegenen Steinkohlengrube". — Bedeutsam ist der Auftrag der türkischen Regierung über Eisenbahnbauten in einer Gesamtlänge von etwa 450 km, die in rund dreieinhalb Jahren mit einem Kostenaufwand von 65 Mill. RM fertiggestellt werden sollen. Wir haben über diesen Auftrag. der durch eine Garantie des Deutschen Reichs gesichert ist, bereits mehrfach an dieser Stelle berichtet. Es ist bedauerlich, daß die Verwaltung angesichts des großen öffentlichen Interesses an diesem Bauauftrag es nicht für nötig hielt, Einzelheiten über das Projekt, insbesondere über seine Finanzierung mitzuteilen. Ebenso ungenügend sind ihre Angaben über die sonstigen Aufträge und Auftragsverhandlungen.

Das günstige Ergebnis dieses Jahres kommt zunächst in einem beinahe verdoppelten Bruttogewinn zum Ausdruck (3,392 gegen 2,024 Mill. RM i. V.). Die Unkosten sind dagegen - soweit sie ausgewiesen werden - nur um etwa 25 Prozent gestiegen, nämlich von 0,305 auf 0,400 Mill. RM, die Steuern und Abgaben von 0,241 auf 0,383 Mill. RM. Abschreibungen in angemessener Höhe erfordern 0,663 (i. V. 0,628) Mill. RM. Als Saldo bleibt ein Reingewinn von 1,945 (i. V. 0,850!) Mill. RM, zu dem der Gewinnvortrag des letzten Jahres (0,060 Mill. RM) zu zählen ist.

Die Bilanz macht einen nicht weniger günstigen Eindruck. Der gesetzliche Reservefonds beträgt fast 2/5 des erhöhten Aktienkapitals. Die Anlagen stehen sehr niedrig zu Buch und scheinen stille Reserven zu enthalten. Der Status hat sich weiterhin erleichtert. Das Kreditorenkonto ist gesunken, die verschiedenen Debitorenkonten ausgenommen das aus Konsortialgeschäften - haben sich erhöht, vor allem hat das Bankguthaben eine bemerkenswerte Steigerung erfahren (auch in einer Zwischenbilanz per 31. Mai 1927 erschien es mit 7,9 Mill. RM). Über die Veränderungen, die auf den Konten Effekten, Beteiligungen und Hypotheken vor sich gingen, enthält der Geschäfts-bericht, der von traditioneller Dürftigkeit ist, keinerlei

in Mill. RM	Bilanz per 31.12.26	Bilanz per 31.12.27	in Mill. RM	Bilanz per 31.12.26	Bilanz per 31,12,27
Aktiva. Kasse Effekten Hypotheken Byro-Einrichtung Maschinen u. Geräte Ersatztelle und Be- triebsetoffe Grundstroke Beteiligungen Forderungen aus Bauten Forderungen aus Konsortialgeschäften Sonstige Außen- stände Bankguthaben	0,044 0,018 0,012 1 RM 1.765 0,060 0,442 0,134 0,559 1.486 0,339 2,722	0.064 0.082 1 RM 1.350 0.001 0.432 0.056 1.486 0.483 1.053 8,402	Passiva. Rapital Reserve Wohlfahrtszwecke Gläublger Gewinn	5,000 0,350 0,278 1,046 0,900	7,500 2,952 0,287 0,857 2,005

Statistif

Termin-Motierungen und Liquidationsturfe der Berliner Borfe

	26. März	27. März	28. März	29. März	90. März	31. März	2. April	Liquidationskurse	
	höchster niedrig- ster	hochster niedrig- ster	hôchster niedrig- ster	höchster niedrig- ster	höchster niedrig- ster	bochster nledrig- ster	hootster nledrig- ster	per ultimo März	per inedio
AG. für Verkelnswesen Dentsche Reichsbahn-Vorzüge Hamburger Hochbahn	1881/4 1851/4 984/4 984/4 80 951/9	188½ 188 96¾ 96¾ 85	196 190 97 1/4 97 85 1/6	197% 195% 97%	196 194% 97% 97% 86	197 1/2 195 9/4 97 1/2 88 1/4 87	Kirs 197% 196% 97% 88% 87%	188 97 85	185 97 85
Allgem. Deutsche Credit-Anstalt. Barner Bankverein Berliner Handels-Gesellschaft Commers und Privatbank Darmstädter und Nationalbank Deutsche Bank Disconto-Gesellschaft Dresdner Bank Mitteldeutsche Creditbank	141½ 141 144% 144 250½ 250 172% 172½ 233½ 233 162 161¼ 156% 156½ 157% 157 206½ 206	141% 140% 145 144 251 250 178% 172% 236% 235 163% 162% 167% 157 159 168 206%	148 ½ 142 ½ 147 146 ½ 254 252 178 % 174 ½ 288 ½ 237 164 % 164 ¼ 159 158 ½ 161 159 % 207 ½ 207	145 144 ½ 148 ½ 258 ½ 258 178 ½ 178 ½ 288 165 184 ¼ 160 159 161 % 160 ½ 209 ½ 208 ½	146 145 149 ½ 148 ½ 254 ¾ 258 ¼ 178 % 177 % 242 ½ 230 ½ 160 164 % 160 ¼ 159 ½ 162 % 161 % 213 ¼ 210	147 145¼ 151 150 2568¼ 255 181 178% 246¼ 244 167% 167 161¼ 160% 163¼ 182 216½	147 146 161 150½ 257½ 256 181% 180½ 248½ 247½ 168½ 168 152½ 161¾ 164¼ 163%	141 144 250 178 236 162 157 158 206	142 143 261 178 228 180 184 186 204
Hamburg-Amerika-Packetfahrt. Hamburg-Südamerik,-Dampfer Hansa Dampfer Norddeutscher Lloyd	149 148% 208½ 207% 232½ 231½ 148 147%	149 148 ³ / ₂ 209 208 ⁴ / ₄ 223 ³ / ₆ 221 149 148 ⁴ / ₄	151% 150% 210% 210 225% 224% 144% 143%	154½ 153¾ 212½ 211½ 229¼ 226 147¾ 146½	156 155¼ 218 214 229 227¾ 15Q 149	157½ 157 221 218 228½ 227 150½ 149¾	159% 158% 231 224 230 229 153 151%	149 209 221 142	150 206 224 150
Datmler Motoren	89% 89¼ 89¾ 89	89% 89 91 90%	89% 88% 93 92½	89% 89% 94% 98%	89 88½ 94½ 94	91 94 % 94 ¼	91 90½ 95½ 95	89 90	99
I. G. Farbenindustrie Th. Goldschmidt Oberschies, Kokswerke Rotzerswerke Vereinigte Glanzstoff-Fabriken	245 ½ 242 ½ 104 ¼ 104 93 ¾ 93 ½ 99 % 99 ¼ 724 720	247 ½ 245 ¾ 105 ¾ 103 ¾ 94 % 93 % 101 ½ 100 781 725	248% 247% 105% 105% 99% 96 102% 102% 720 718	249 247 108 106% 101% 99% 103 102 710 704%	248% 246% 109% 107 101% 100% 103% 102% 781 725	252 250 ½ 111 ¼ 110 ¼ 102 % 101 ¼ 103 ½ 102 ¼ 730 725	253% 252% 112¼ 111¼ 102¼ 101 103¼ 102¾ 780 722	247 105 94 101 726	254 108 91 96 660
Allgem, Elektr, Ges. Hergmann Elektr. Comp, Hisp. Americ, de Electr. Elektr. Licht und Kraft Elektrigifäte-Lieferungs-Gesellschaft Felten & Gullleaume. Ges. f. elektr. Unternehmungen Hamburg. Elektr. Werke Rheinische Elektr. AG. Schulesiche Elektr. u. Gas Schulcert & Co. Siemens & Halske	150 % 150 % 170 % 189 212 211 105 188 268 % 158 187 % 186 267 % 265 %	15184 15114 17214 171 567 56414 1214 21314 167 16614 11784 11714 27424 272 15016 150 169 168 27084 269	154½ 158¾ 174 172¾ 570 521 115¾ 215 171 170¼ 110 118½ 278 275¾ 154½ 154 158 161½ 188⅓ 187 172⅓ 172 276 274½	165¼ 168½ 176½ 180 176½ 177 573 218 216 172¼ 171½ 222½ 279½ 222½ 279½ 168½ 168¼ 168 192½ 189½ 276½ 276½ 276½ 276½ 274	156% 164% 164% 180% 178% 582 576 219 217% 176% 172% 1120% 1119% 286 281% 153% 153% 150% 177% 177% 174% 281 276%	157% 156% 182 181% 5834 581 219% 218% 172% 123 121% 287% 288% 157% 156 155% 194% 282% 282% 282% 282% 282% 282% 282% 28	158 ½ 157 ½ 182 % 182 585 580 221 ½ 219 % 177 175 ½ 229 287 157 % 157 158 156 ½ 194 284 % 282 ½ 284 % 282 ½	152 171 214 166 117 273 158 150 185 168 270	154 178 211 186 117 270 164 161 187 107 202
Kaliwerk Aschersleben Salzdetfurth Kali Westeregeln Kali	2541/2	172 169 260 256 1/2 182 177 1/2	174½ 170 266½ 264½ 185 183	174 172 268 263 ½ 184 ½ 182%	176 178 271 267 1861/4 184	177 176 278 1/2 271 187 1/2 186 1/2	176 175% 271% 271% 187% 186%	169 257 178	167 249 177
Berliner Masch. Schwarzkopff Orenstein & Koppel	129 1/2 129 1/4	122 121¼ 130½ 130	182 181	123 132 % 132	124% 124 184 182	127 1/2 125 1/2 136 132 1/2	127½ 126¼ 140 185½	192 180	117
Deutsche Maschinen	47% 471/2	48½ 48 238 236	50 49 ¼ 243 ½ 241 ½	151% 151 249 247	148½ 147½ 249 246%	51 50 252 1/2 249 3/4	58% 53 254½ 254	48 286	285
Buderus Elsen Essener Steinkohlen Gelsenkirchener Bergw. Harpener Bergbau Hoesch Elsen Ilse Bergbau Klöchner-Werke Kohn-Neuessen Munnesmannröhren Minnsfeld Oberbedarf Phoenix Bergbau Rheinische Braumkohlen Rheinische Braumkohlen Rheinistabil Elebeck Montan Vereinigte Stahlwerke	92% 92% 92% 133 132½ 169 168½ 137 1365% 1365% 137 1365% 144 133½ 113 997½ 999½ 268 266½ 151% 101½ 101½ 101½	94 98 ½ 132 ½ 131 % 170 ½ 169 136 135 ½ 151½ 115 ½ 136 % 136 146 144 % 113 % 113 ½ 113 ½ 90 % 268 267 151 ½ 150 ½ 141 138 ½	247% 246 117 ½ 116 % 138 ½ 148 146 ½ 115 114 % 99 ½ 98 100 % 99 % 271 % 270 %	118% 117½ 141% 137% 149 147½ 116 115% 101% 100% 101¼ 100% 272 270 152¼ 150%	268 260 ½ 119 ½ 118 142 ½ 141 150 147 116 ¼ 115 ½ 102 100 ¾ 102 101 281 ¼ 275 151 ¼ 150 142 ¼ 142	96 \(\frac{1}{4} \) 144 \(\frac{1}{2} \) 148 \(\frac{1}{3} \) 136 \(\frac{1}{4} \) 136 \(\frac{1}{4} \) 136 \(\frac{1}{4} \) 178 \(\frac{1}{4} \) 148 \(\frac{1}{2} \) 178 \(\frac{1}{4} \) 142 \(\frac{1}{2} \) 120 \(\frac{1}{2} \) 119 \(\frac{1}{2} \) 137 \(\frac{1}{2} \) 122 \(\frac{1}{2} \) 117 \(\frac{1}{2} \) 122 \(\frac{1}{2} \) 117 \(\frac{1}{2} \) 103 \(\frac{1}{2} \) 101 \(\frac{1}{2} \) 102 \(\frac{1}{2} \) 103 \(\frac{1}{2} \) 101 \(\frac{1}{2} \) 122 \(\frac{1}{2} \) 174 \(\frac{1}{2} \) 122 \(\frac{1}{2} \) 174 \(\frac{1}{2} \) 123 \(\frac{1}{2} \) 124 \(\frac{1}{2} \) 124 \(\frac{1}{2} \) 125 \(\frac{1}{2} \) 124 \(\frac{1}{2} \) 125 \(\frac{1}{2} \) 124 \(\frac{1}{2} \) 125 \(\frac{1} \) 125 \(\frac{1} \) 125 \(\frac{1}{2} \) 125 \(\fra	97 96 145 142 13784 135 179 176 14814 148 26884 268 121 120 149 145 152 150 152 150 152 150 100 % 90 1298 286 155 154 98% 98½ 98%	94 188 182 169 186 245 115 186 145 118 97 99 207 161 140	98 180 180 185 214 128 114 128 114 114 114 100
Ludwig Loewe Euderus Elsen Rasener Steinkohlen Gelsenkirchener Bergw Harpener Bergbau Hoesch Elsen lise Bergbau Klöckner-Werke Köln-Neuessen Mannesmannröhren Mannefeld Oberbedarf Phoenix Bergbau Rheinische Brannkohlen Rheinstahl Riebeck-Montan Vereinigte Stahlwerke Charlottenlunger Wasser Continental Caoutchoue Dessauer Gas Deutsche Erdöl Dynandt Nobel Philipp Holsmann Rudolph Karstadt Metsilbank Detwerke Chavi Minen Polyphon Schutchell Leoninard Tietz Trangradio Zellstoffabrik Waldhof	117% 116% 116% 116% 177% 177% 172% 122% 122% 143 142 196% 194% 127 266% 262% 243% 335 331% 210 200 188	118 117 ½ 119 ¼ 118 179 178 ½ 129 122 ½ 120 ¼ 119 ½ 160 144 198 124 ½ 267 ½ 260 ½ 43 ½ 312 308 207 ¼ 208 ½ 208 ¼ 208 ½ 208 ¼ 208 ½ 208 ¼ 208 ½ 208 ¼ 260	120 ½ 119 ½ 119 ½ 185 ¼ 181 ½ 125 124 ¼ 1210 202 ¼ 130 128 ½ 272 ½ 272 ¼ 320 316 ½ 342 ¼ 341	155½ 153¾ 135 133¾ 230 278 44¼ 44 324¼ 320¼ 345 341 216 212	122 ½ 120 ½ 188 186 ¾ 131 ¼ 128 120 ½ 120 162 157 ¼ 128 120 ½ 120 162 157 ¼ 135 ¼ 48 ¾ 43 ⅓ 348 348 348 348 348 348 348 348 343 ½ 14 218	134 ¼ 182 121 ½ 121 165 ¼ 163 ¼ 219 213 135 201 ½ 288 ¼ 43 ¼ 43 ¼ 340 389 ¼ 852 349 ½ 222 ¼ 215 ¼	224% 218 % 184 % 207 % 294 44 % 44 349 349	144 195 127 267 43 886 209	115 170 170 128 128 175 129 175 129 44



Berliner Börsenkurse vom 26. März bis 2. April 1928

(Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und I	Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)
Div. 26.3. 27.3. 28.3. 29.3. 30.3. 31.3. 2.4.	Div. 96.3. 27.3. 28.3. 29.3. 30.3. 31.3. 2.4.
Heimische Anleihen Anleihe-Ablösungsachuld (T. Z. 52,00 52,00 52,00 52,00 52,00 52,00 15,	Felten & Guilleaume
4 300 Kron-Rente 4 1,80 1,85 — 1,90 2,00 2,00 2,00 4,00 4,00 4,00 4,00 4,0	Kali-Werte Kaliwerk Aschersleben 10 V 187.00 189.00 172.00 174.00 174.00 175.25 174.00 180
4 \(\frac{40}{50} \) Ani. \(\frac{40}{50} \) 8 \(\frac{4}{50} \) 4 \(\frac{12.62}{50} \) 12.25 \(\frac{12.25}{12.12} \) 12.12 \(\frac{12.80}{25.87} \) 25.87 \(\frac{25.87}{25.87} \) 25.87 \(\frac{25.87}{25.87} \) 26.60 \(\frac{25.87}{25.87} \) 26.60 \(\frac{25.87}{26.50} \) 26.50 \(\frac{25.87}{20.00} \) 22.12 \(\frac{22.00}{20.20} \) 22.12 \(\frac{22.12}{22.87} \) 22.87 \(\frac{22.87}{22.87} \) 22.87 \(\frac{22.75}{21.80} \) 21.70 \(\frac{21.75}{21.70} \) 21.70	Lokomotiv- und Waggon-Fabrik-Aktien Berl. Masch. Schwark. Busch Waggon Krauss & Co. Lokom. Orenstein & Koppel Overstein & Koppel Busch Waggon 128,12 121,50 123,00 123,75 124,00 126,25 124,00 126
1.	Maschinen- und MetallwFabrik-Aktien
Bahnen-Werte Deutsche ReichsbVorz. Elektr. Hochbahn 6v 85,12 85,05 85,25 85,25 85,25 85,25 85,25 85,25 85,25 85,26 85,26 85,12 85,00 84,22 85,00 85,50 85,00 87,00	Montan-Werte Buderus Eisen 5 V 92.00 93.75 94.50 95.00 94.87 95.50 96.75 Essener Steinkohlen 8 V 185.75 136.75 137.25 139.00 142.00 143.00 143.50 Gelsenkirchen Bgw. 4p.r. 132.00 132.12 182.00 131.25 131.76 138.00 184.66 Harpener Bergbau 6 V 166.00 168.25 169.12 169.37 172.75 178.00 175.50 Hohenlohe-Werke 8 × 186.00 187.50 137.87 138.25 140.00 142.01 146.25 Hohenlohe-Werke 7 1/4 88.00 88.00 90.50 93.75 93.87 92.50 93.00 146.25 93.00 146.25 140.00 144.00 146.25 140.00 144.00 146.25 140.00 144.00 146.25 140.00 144.00 146.25 140.00 144.00 146.25 140.00 144.00 146.25 140.00 144.00 146.25 140.00 144.00 146.45 128.50 148.00 144.00 146.50 148.00 144.00 146.50 148.00 144.00 146.50 148.00 144.00 146.50 148.00 144.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 144.50 148.00 144.00 146.45 140.00 144.50 148.00 144.00 146.45 140.00 144.50 148.00 144.50 148.00 144.00 146.50 148.00 144.00 146.45 140.00 144.50 148.00 144.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 146.45 140.00 144.00 146.45 140.00 146.45 140.00 146.45 140.00 146.45 140.00 146.45 140.00 146.45 140.00 146.45 140.00 146.25 140.00 144.00 146.45 140.00 146.25 140.00 144.00 146.45 140.00 146.25 140.00 144.00 146.45 140.00 146.25 140.00 144.00 146.45 140.00 146.25 140.00 144.00 146.45 140.00 146.25 140.00 144.00 146.45 140.00 146.45 140.00 146.25 140.00 144.00 146.45 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 144.00 146.45 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 140.00 146.25 1
Bank-Werte Bank clektr. Werte 10 V141,00 141,50 143,00 145,00 144,50 145,25 145,50 Bank clektr. Werte 10 152,00 151,00 153,00 153,00 155,00 157,00 150,50 Baryer Harkverein 10 V145,00 151,00 153,00 153,00 156,00 170,00 180,50 Bayer Harkverein 10 V145,62 145,00 145,00 147,00 147,00 160,00 160,00 Bayer Vereinsbank 10 V15,00 153,00 153,00 156,00 164,00 160,00 160,00 Bayer Urrivat-Bank 10 Kariner Harks Company 10 Kariner Harks Company 10 V170,00 170,00 170,00 170,00 180,00 180,75 11 V173,00 177,00 177,00 178,50 180,00 180,75 11 V173,00 177,50 175,00 178,50 180,00 180,75 11 V181,75 182,50 183,50 184,00 145,00 145,00 180,00 180,75 11 V181,75 182,50 183,50 184,00 165,00 167,00 167,50 11 Kariner Bank 10 V161,75 182,50 183,50 184,00 165,00 167,00 167,50 11 Kariner Bank 10 V157,00 158,00 159,00 159,00 169,00 167,50 11 Kariner Bank 10 V157,00 158,00 159,00 159,00 169,00 167,50 11 Kariner Bank 10 V157,00 158,00 159,00 159,00 169,00 167,50 11 Kariner Bank 10 Kariner Ba	Suderus Eisen
Color	Aschaffenbg. Zellstoff 10 167,00
Automobil-Werte State	Desanier Gas
14 511,00 518,50 510,00 507,00 518,60 518,50 517,00	Aschaffenbg. Zeilstoff 10
Count Fabrik	Schies Textil

Zweimonatsbilanzen deutscher Banken vom 29. Februar 1928

			4																_	
	deutsc reditbar			aats- u desbar 21			reußisc taatsba			ayerise aatsba		H:	pothek Banker	en-	17	Giro- Zentrale		Gi	Deutsch ro-Zent Deutsch nmunsl	12010
20. 2. 1928	31. 10. 1927	. 28. 2. 1927	29. 2. 1928	31. 10 1927	28. 2. 1927	29. 2 1928	31. 10. 1927	28. 2. 1927	29. 2. 1928	31. 10· 1927	28. 2. 1927	29. 2. 1928	31. 10- 1927	28. 2. 1927	29. 2. 1928	81. 10. 1927	28. 2. 1927	29. 2. 1928	31. 10. 1927	28. 2
Guthaben bei Noten- und Abrechmingsbanken Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen Nostro-Guthaben bei Banken und Bankfirmen Reports und Lombards 1027,7 400,0 240,0 250,4 260,2 260,4 270,8 280,6 280,0 240,0 240,0 240,0 240,0 240,0 240,0 240,0 240,0 240,0 240,0 240,0 250,0 26	1 899.4 1 182.7.1 1683.6 778.6 939.7 221.8 225.5 39.8 119.8 86.7 149.8 251.8 169.5 251.8 169.6 46.2 251.8 474.0 25	74,3 1847,6 1060,9 1075,2 613,7 325,4 128,4 228,9 27,7 51,4 116,3 38,5 100,2 24,9 401,9 401,9 405,9 401,9 40	13.4 549.4 312.7 151.8 8,5 6.6 1.48.5 25.9 62.3 56.0 4.2 17.8 21.7 1753.5 1578.2 175.2 19.6 4.1 1815.3 87.6 234.7 82.8 2767.5 9,1 280.4 974.7 148.6 113.8 148.6 14	12.8. 14.4. 414.2. 273.2. 107.4 2.1. 1.4. 4.0.8. 105.6 20.5 41.0. 476.2. 1212.4 19.7. 4.6 816.3 1688.6 14.2. 8816.3 185.8 818.3 183.8 182.9 182.6 12.6 12.6 12.6 12.6 12.6 12.6 12.6 1	9.£ 16.1 418.4 210.1 153.5 1.7 1.8 0.4 104.7 26.3 30.8 89.7 7.8 8,2 14.3 14.5,9 1108.2 307.7 16,3 3.7 478.5 20.1	0,5 0,4 273,4 273,7 110,8 - 29,3 1,8 8,9 18,1 0,5 7,3 4,5 647,5 532,4 115,1 2,1 12,1 12,0 0,0 0,0 0,0 0,0 101,1 139,1	0,5 0,1 198,1 65,1 66,7 0,6 25,7 2,9 4,6 17,3 0,9 33,0 4,2 7,2,4 4,4 0,0 9,0 10,0 0,0 14,4 0,0 0,0 0,0 1,0 1,0 1,0 1,0 1,0 1,0 1,0	0,9 4,1 165,5 25,3 119,0 1,0 20,8 2,2 4,6 13,0 4,5 4,4 4,4 9,8 3,8 5,1 10,0 4,0 10,0 10,0 10,0 10,0 10,0 10,	3,8 3,0 93,4 46,1 0,1 14,3 9,7 4,2 0,3 0,0 12,8 4,3 0,7 212,8 4,3 0,7 3,5 24,0 3,4 365,4 26,5 11,2 206,8 11,2 206,8 11,2 11,	6,2,2 4,3,3 73,2 49,8 0,2 -15,3 9,7 5,2,2 0,3 0,1 -2,4 4,4 4,4 0,6 -2,4 21,8 33,1 369,7 21,9 9,7 21,0 9,7 21,0 9,7	4,5 4,5 113,9 36,9	3,9,9 3,6,6 37,9 34,3 4,2 - - 18,5 5,8 1,5,5 10,3, 0,8, 4,0 10,2 102,5 77,9 36,5 6,1 6,1 6,1 6,1 77,9 8,6 1,6 1,6 1,6 1,6 1,6 1,6 1,6 1,6 1,6 1	4,9 2,0 30,1 22,2	4.0 1.6 47.1 24.5 19.3 10.1 1.9 6.8 6.8 6.8 6.8 6.8 6.8 6.8 6.8 6.8 6.8	8,8 4,2 196,0 314,2 44,7 41,5 61,6 48,6 0,0 40,5 392,1 367,8 24,3 15,0 5,6 1702,4 1171,7 146,2 25,2 40,0 171,7 61,2 40,2 18,4 18,5 18,6 18,6 18,6 18,7 18,7 18,7 18,7 18,7 18,7 18,7 18,7	9.2 7.8 107.2 224.6 28.1 154.4 43.1 62.5 48.7 0.0 37.7 396.9 370.9 6.1 401.1 142.3 1	6.6 4.9 171,8 278.8 82.5 	0,2 0,1 63,9 74,8 29,0 36,3 3,0 10,2 23,1 	0,3 1,3 13,5 47,2 10,6 - - 40,0 3,3 15,2 0,6 0,3 115,2 0,6 441,4	0,2 0,0 44,2 9,3 13,5 13,5 18,5 18,5 18,5 18,5 18,5 18,5 18,5 18

Februar-Bilanzen der Berliner Großbanken

(Berliner Discorte														_	-						
din Mill, RM)	Großbanken			Deutsche Bank			Disconto- Gesellschaft			Dresdner Bank			Darmstädter u. Nationalbank			Commers- und Privatbank			Mitteldeutsche Creditbank		
	29. 2. 1928	31. 10. 1927	28. 2. 1927	29. 2. 1928	81. 10. 1927	28. 2. 1927	29. 2. 1928	31. 10. 1927			31. 10 1927	28, 2,	29. 2. 1928	31. 10. 1927	28. 2. 1927	29. 2. 1928	31. 10. 1927		29. 2. 1928	81. 10. 1927	1927
Aktiva		1139					-			Page 1											1
Kasse, Sorten, Kupons Guthaben bei Noten- und Ab-	86,4	-	78,0	27,9		23.4	14,1	19,1	9,9	16,9	18,4	16,9	16,4	14,9	11,7	10,3	11.8	8,8	3,6	11.9	10.6
rechnungsbanken	84,8	113,4	56,8	20.3	24,3	17.5	7.9	18.4	22.4	13,4	12,8	5,0	23.9	37.0	6,3	12,0	22,3	6,1	8,6	1.7	29,6
Schatzanweisungen Nostro-Guthaben bei Banken	2022,8	1 508,7	1 427.1	516,5	452,4	363,4	486,2	333,2	322,5	888.0	266,€	316,1	389,4	289.4	275.4	275.3	186.9	179,7	32.8	28.4	
und Bankfirmen Reports und Lombards	920.2			202,9	207,0		176.1	176,5	144,4	199,4	209.7	210.8	192,6	217.4	229,4		136,4	88,4	48.2	28.7	23.0
Vorschilsse auf Waren und	536,2			186,7		203,8	84,7	94,4	161,1	83,8	93,2		110,6	92,8	180,4	119,8	119,6	145,3	21.1	22,9	2,4
Warenverschiffungen gedeckt durch Waren oder	814.7		514,8	181,5	169,1	128,2	175,6	106,2	85,3	228,£	184.7		145,8	102,9	86,9	127,7	86,3	72,6	8,5	2,9	* 0
b) ged. d. and. Sicherheiten	322,7 215,3	267,8 159,2	271,9 106,9	68.9 48.3	72,1	65,4 27,5	82,0		68.4	91,9	75,2		55.9	52,8	58,8	44.5	27,2	40,7	1,0	1.1	0.9
a) Anleihen und verzinsliche	122,1	114,9		40,2		34,2	54,6 17.4	35.6 22,4		54.7 27.1	53.9 28,1	53,8 24,6	28,9	21.6 23.9	8,6 19,9	22,1 18,0	15.4 16.1	5.9 14.2	1,4 2,5	1.1	2,5
Schatzanweisungen b) sonstige bei d. Reichsbank	15,9	17.6	15,5	9,4	9,2	9,2	1,0	-1,0	0.9	2.9	3.7	2,1	2,0	2,1	2,2	0.6	0,6	1,5	0,2	1,2	0.0
beleibbare Wertpapiere	29.5			18,9	5,5	8.2	1.7	1.1	3,8	8.8	2.1	5,7	8.6	4.8		1.0			0.7	0.1	0.0
c) sonst. börseng. Wertpap. d) sonstige Wertpapiere	66.9 9.8	14,7	51.1 12,4	13,8	10.3	12.7	12,8 1,9	16.6	14.4 2,0	18,2	18.7	13,9 2,9	10.8	15.1	8,5	15.8	13,8	8,1 9,0	1,5	0.2	0.0
Konsortialbeteiligungen Dauernde Beteiligungen bei	124,8	104,4	72,1	39,9	28,5	16,5	82.7	83,6	25.5	15,7	15,5	10,9	2,8	2,2 23,2	3,0 17,6	0.5 18,2	10,9	0.6	8.4	1,8	
Debitoren in lauf. Rechnung	151,2 4 084,2	152.5	144.4	24.6 1 209.5	25.2	22,1	37.0	36,8	86,8	27.8	27.8	27,4	21,3	23,9	20.8	6.4	4.7	3,8	0.8	0.8	78.0
a) gedeckte b) ungedeckte	2 890.1	2 783.4 1 108.5	2850 7	821,8	1 132.8 754.4	918,2 590,9	708,2 509,8	612,2	594.3 470.9	866.1 558.8	763.0 495,6	625,4 435,9	799.5	748.0 549.3	656.4	584,1	503.5	426,9 348,6	87.9	78.1	65.0
Bankgebäude	160.3	159,8	162,6	388,1 43,7	878.3 43.0	327,3 45,5	198,3 41,4	202.4	123,4 41,6	812.2 29.8		189,4	197.0	198.7	142,3	151.3	119,3	88,8	8.6	87.2 78.1 9.1 7.8 2.5 8.9	78.9 7.9 7.9 2.5 2.5
Sonstige Immobilien	14,1 6,8	18,3 9,0	14.8	2,7	2,0	8,5	5,8	5,9	5.7	0,9	1,0	1,0	20,0	25,0	25,0	23.5	29.5	23.5	2.5	2,5	2,5
Aval- u. Bürgschafts-Debitoren	420,8	356,2	272,9	184,8	145,6	87,5	50,6	54,7	81,9	79.8	65,8	78,5	75,9	62.8	46.8	47.0	44.1	40,2	6.8	2,4	20
Passiva Aktien-Kapital	527.0	527.0	509.0	150.0	150.0	4500		1000			1330	7	-		833						22.0
Reserven	246,8	241,8	213,4	150.0 75.0	75.0	70,3	135.0	64.0	185.0 64.0	100,0	100,0	100,0	60.0 55.0	60.0 50.0	60.0 40,0	60,0 34,1	60,0	42.0 22.0	22.0	22.0	158.4
a) Nostro-Vernflichtungen	7 736.7	6871,9	6,4	1972.4	1817.4	1 578,8 1	1476,4	1 385,8	1 153,7	2,5		1 396,0	1 565,7	886.3	344.5	1 180,8	34.1 969.8	871.9	187.0	166.8	0,0
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	670.4	489.6	304.4	157.3	130.2	92,2	151.6	1070		-	21-1	1,3	1,8	1,1	2,8	1,9	1.4	1,8	2000	0.6	0.2
c) Guthaben deutscher Ban- ken und Bankfirmen	801,6		807.7		-			107,8	53,8	177.6	126,0	96,2	118,5	79.0	42,2	98,0	71.9	32,4	1,0	110	30.8
d) Depositen	8 581.83	3 244.6	021.1		119.3 933.5	164,2 833,5	204,3 789,1	193,9	225,1 576,6	131.8	113,5	160,2 513,3	274.8 758.9	147.4 768.4	154.3 768.3	85,8		107.1	18,6	61.1	28.
2. bis zu 3 Monaten fällig	1 492.0 1 1 969.5 1	1 648.8 1	486,2	4 48,7	459,6	433.7	313.1	308,8	302.0 264.2	228,5 349.0	201,2	215,9	293,3	8,008	317,5	255,2	242,3	262,8	26.4	23.0	25,1
3. nach 8 Monaten fällig c) Sonstige Kreditoren	120,2 2664,8	136,9	80,0	20.8	85,9	28.4	19,8	15,6	10,4	20.2	26.1	11,1	422.4	420.8	435,2 15,6	219,7	12,1	141,4	4,6	98.2	72.8
1. innerhalb 7 Tagen fällig 2. bis zu 8 Monaten fällig	042,2	994,2 858,51	958.9	370.9	378,1	324,1	140,1	389,2 117,3	296,0 134,2	788,7	055,8 206,1	624.9	411.6	390.8	377.4	503.8	892.0	310,0	97.9	24.9	27.5.1 48.1 48.5.1
3. nach 8 Monaten fällig	204,4	144,0	118,8	252.8 20.6	237.2	145.9	167.4	241.0	136,5 25,8	445,5	408.1	840.0	206.9		188.0	319,1		225.4	89.7	4.4	5.1
a) Akzepte	408.8	886.6	361.2 844,9	118.0	107.6	114.7	89,7	95.5	89,8	18.5 92.4 89.7	103,6	70.2	78,2	71.4	63.8	55,4	49,1	48.5	8.8	0.4	0.5
Sonstige Passiva	17.6	23.6 85.4	16.3	8.6	9,4	6.9	8.4	6.8	3.2	2,7	8.8	8,1	71.7	1,7	62.4	54.0	46,8	1.4	8.6 8.6 0.2 4.2 2.7	5.7	21
Aval. u. BurgschVerpflicht.	420,8		272,9	184,8	145.6	87,5	50,8	54.7	28.4	16,8	65,8	78.5	19.2 75.9	30,8 62,8	21,5	12.2	11.5	8.6	2,7	2,4	1000

Chronif

Verkaufs- und Tauschgeschäft Ver. Stahlwerke - Krupp

Die Vereinigten Stahlwerke verkaufen ihre 500 Kuxe der Gewerkschaft Emscher-Lippe an die Fried. Krupp A.-G., die danach alle nach der "Frankfurter Zeitung" schätzungsweise 30 Mill. RM, um Ferner treten die Pfrankfurter Zeitung" schätzungsweise 30 Mill. RM, um Ferner treten die Vereinigten Stahlwerke erhöhen. Aktien der Nordseutschen Hütte A.-G. in Bremen ab (43% des Aktienspitals) aber nicht gegen Barzahlung, sondern im Tausch gegen ein größeres, bei Duisburg am Rhein gelegenes Grundstück.

Gemeinschaftsgründung Rütgerswerke - Siemens

Die Ritgerswerke und die Siemens & Halske A.-G. bringen ihre auf dem Gebiet der Herstellung von Kohlefabrikaten tätigen Betriebe siemens wird später die Mehrheit in dieser Gesellschaft ein. Die Rütgersmerke nehmen für 1927 die Dividendenzahlung wieder auf, und zwar sollen 6% ausgeschüttet werden.

Michaels Kampf gegen die Victoria-Verwaltung

Michaels Kampf gegen die Victoria-Verwaltung

Die Differenzen zwischen der Verwaltung der Victoria-VersicheNummer ausführlich berichtet haben, bestehen fort. Nachdem die
Aktienbuch verweigert hatte, hat sie sich später eines besseren beversuchen den gewünschten Einblick gestattet. Beide Parteien
keben num die unabhängigen Aktionäre für sich zu gewinnen.

Dr. Coder "Schutzvereinigung der Opposition", die Rechtsanwalt

eine Aktienbuch verweigert hatte, hat sie eine "Gemeinschaft zur Internum die unabhängigen Aktionäre gebildet, die durch Rechtsausgehaben num die unabhängigen der Opposition", die Rechtsanwalt

eine "Gemeinschaft zur Interausgehaben der Verterten wird, und offenbar der Verwaltung

beiden Vereinigungen die Mehrheit der Aktionäre für sich ge
wonnen hat.

Redaktion des "Magazin der Wirtschaft": Berlin SW 48, Hedemannstr. 13.
Dr. Bergmann 7645, 7646, 7647. — Verantwortlich für die Redaktion:
Berlin-Bernau, — Verlag: "Wirtschaft und Geschäft" G. m. b. H., Berlin konto, Hedemannstraße 13. — Postscheckkonto: Berlin 58914. — BankBernau — Perlag: "Wirtschaft und Geschäft" G. m. b. H., Berlin konto, Hedemannstraße 13. — Postscheckkonto: Berlin 58914. — BankBernau SW 68.
Dermstädter und Nationalbank, Depositenkasse Friedrichstr. 46.
Rittestraße 75. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt bezugspreis; Bei Postzustellung M. 12.— pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und Osterreich M. 13.—, im Ausland M. 14.—

Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft

Der Gewinnanteilschein Nr. 2 zu Aktien unserer Gesellschaft über je RM 1000,- wird mit RM 60,- unter Abzug von 10% Kapitalertragsteuer sofort - außer bei der Gesellschaftskasse in Düsseldorf - in Berlin, Bremen, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. Main, Hamburg, Köln, Königsberg i. Pr., Leipzig und München bei nachstehenden Banken bzw. deren Niederlassungen, soweit sie solche an den vorgenannten Plätzen unterhalten, während der üblichen Geschäftsstunden bezahlt:

Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin,

Deutsche Bank, Berlin,

Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin,

Dresdner Bank, Berlin,

Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Co. Kommandit-

gesellschaft auf Aktien, Düsseldorf, Bavrische Vereinsbank, München,

Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin,

S. Bleichröder, Berlin,

Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft, Berlin,

Deichmann & Co., Köln,

Delbrück von der Heydt & Co., Köln,

Simon Hirschland, Essen,

A. Levy, Köln,

Norddeutsche Bank in Hamburg, Hamburg,

Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln,

A. Schaaffhausen'scher Bankverein A .- G., Köln,

B. Simons & Co., Düsseldorf,

J. H. Stein, Köln,

M. M. Warburg & Co., Hamburg.

Als Aufsichtsrats-Mitglieder unserer Gesellschaft sind neugewählt:

Herr Werner Carp, Düsseldorf,

Herr Curt Hirschland, Essen,

Herr F. H. Fentener van Vlissingen, Utrecht.

Düsseldorf, den 28. März 1928.

Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft

E. Poensgen Vögler

DISCONTO-GESELLSCHAFT

Bankmäßige Geschäfte aller Art

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland

Bilanz am 31. Dezember 1927

Kasse, fremde Geldsorten, Coupons und Guthaben Weehsel und Abrechnungsbanken Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen Vallend Lombards gegen börsengängige Wert-
naplere Verschüsse auf Waren und Warenverschiffungen Eigene Wertpapiere Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Beteiligung bei dem A. Schaaffhausen schen Bank. Daurende Reteiligungen bei anderen Banken und Eigrichtung Bankein laufender Rechnung Schaldner in laufender Rechnung Sonsige Liegenschaften 155.799 28888 169.4489466 96.4489466 24 290 847 99 12 000 000 186 000 000 186 000 000 186 000 000 188 000 000 189 002 189 002 189 002 189 000 189 000 189 000 180 000 000 180 0

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1927

Verwaltungskosten einschließlich Gewinnbeteili-	RM Pf	Hahen	RM Pf
gung der Geschäftsinhaber, Direktoren, Proku- listen und Angestellten Zu verteilender Reingewinn	47 474 393 14 7 206 146 63 15 374 430 89	Vortrag aus 1926 Effekten Provision Wechsel und Zinsen Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Ham-	190 408 33 6 823 602 50 31 287 342 10 25 867 304 41
		burg Beteiligung bei dem A. Schaaffhausen'schen Bank- verein AG. Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	1 200 000 — 2 500 000 — 2 186 318 32
The second second	70 054 976 66		70 054 970 66

An die Aktionäre der

ICTORIA ZU BERLIN

Allgemeine Versicherungs - Aktiengesellschaft

Die Verwaltung hat sich durch den Aufruf des Schutzkomitees in der Presse zunächst dazu entschlossen, für einen späteren - vermutlich niemals eintretenden - Zeitpunkt die Einräumung des Bezugsrechts der neugeschaffenen Aktien in Aussicht zu stellen. Sie erklärt aber gleichzeitig mit derselben undurchsichtigen Motivierung wie bisher, zunächst an der Schaffung der Vorzugsaktien unter Ausschluß des Bezugsrechts festhalten zu müssen. Die Gesellschaft beabsichtigt ferner, den Erwerbern der neuen Aktien eine Dividende zu garantieren, die zirka 8-9% des investierten Kaufpreises beträgt, während die alten Aktionäre sich mit einer Dividende begnügen müssen, die kaum eine zweiprozentige Rendite des Aktienkurswertes ergibt. Im übrigen sichern die jetzt gemachten Zusagen der Verwaltung die Aktienkurswertes dagegen, daß im Endeffekt durch die vorgesehene Kapitalserhöhung eine Verwässerung der Substanz und demgemäß eine Verminderung des inneren Wertes der Aktien um zirka 40% eintritt.

Die bisher von der Verwaltung gemachten Konzessionen sind völlig unzureichend. Es muß

erstrebt werden, daß die Gesellschaft von der von ihr beabsichtigten Entrechtung der Aktionäre

völlig Abstand nimmt.

Das unterzeichnete Schutzkomitee bittet daher jeden Aktionär, der nicht will, daß seine Aktien der Entwertung anheimfallen, entweder seine Interessen selbst in der Generalversammlung zu vertreten oder mit der Vertretung das Schutzkomitee zu beauftragen. Etwa der Gesellschaft bereits erteilte Vollmachten müssen rechtzeitig zurückgezogen werden.

Die Vollmachtserteilung an das Schutzkomitee, gegebenenfalls direkte Anmeldung zur Teilnahme an der Generalversammlung, muß sofort erfolgen, da der Anmeldungstermin bereits am 2. April

Zur mündlichen, telephonischen und schriftlichen Auskunftserteilung steht das Schutzkomitee den Aktionären zur Verfügung; Kosten entstehen hierdurch nicht.

Das Schutzkomitee der Victoria-Aktionäre Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft I. A. Rechtsanwalt Dr. Georg Gerson richstraße 59-60 Telephon: Merkur 2277

Berlin W 8, Friedrichstraße 59-60

Direction der Disconto-Gesellschaft

Der auf unsere Kommanditanteile für das Geschäftsjahr 1927 entfallende Gewinnanteil wird mit

RM 10.- für die Stücke von RM 100.-RM 100.- für die Stücke von RM 1000.-

unter Abzug von 10% Kapitalertragsteuer, vom 31. März 1928 ab gegen Einlieferung des Gewinnantelischeins Nr. 2 bezahlt in den üblichen Geschäftsstunden

bei der

Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, der Norddeutschen Bank in Hamburg, Hamburg od. dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln

sowie bei sämtlichen Filialen oder Zweigstellen der vorgenannten Banken an anderen Plätzen.

Unter Bezugnahme auf unsere Umtauschbekanntmachung vom 31. Dezember 1927 weisen wir die Inhaber unserer Kommanditanteile zu RM 40.—, 50.—, 150.—, 180.— und 400.— nochmals darauf hin, daß zunächst der Umtausch dieser Stücke vorzunehmen ist, da die Auszahlung der Dividende nur auf Grund des ersten an den neuen Anteilen zu RM 100.— und RM 1000. haftenden Dividendenscheines Nr. 2 erfolgt.

Berlin, den 30. März 1928.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Berliner Pfandbrief - Amt

(Berliner Stadtschaft)

gegründet 1868

8º/, ige

mündelsichere unkündbare Gold-Pfandbriefe

eingeführt an der Börse in Berlin. Gegenwärtiger Kurs: 98,75 Abschnitte zu GM. 5.000.-, 1.000.-, 500.-,

100.--, 50.-mit Zinsscheinen Januar-Juli.

Berliner Hypothekenbankverein

8% ige

mündelsichere unkündbare

Goldstadtschaftsbriefe eingeführt an der Börse in Berlin.

Gegenwärtiger Kurs: 98,75 Abschnitte zu GM. 5.000.—, 1.000.—, 500.—, 100.— mlt Zinsscheinen April-Oktober.

Der Verkauf erfolgt zum jeweiligen Börsenkurs durch Banken, Bankfirmen, öffentliche Spar-und Girokassen und durch die

Berliner Stadtschafts-Bank Aktiengesellschaft Berlin W 9, Eichhornstraße 5

Centralboden

Preußische Central Boden. fredit. Aftiengesellschaft

Von unseren neuen

8% Central-Gold-Pfandbriefen

bom Jahre 1927, mit April-Oftober-Zinsen, die an der Berliner Börse bereits amtlich notiert werden und deren Zulassung an ben Börsen von Frankfurt a. M., Hamburg, Köln und Leipzig beantragt ift, legen wir

10000000 Goldmark

zum Kurfe von 98%

duzüglich Stückzinsen vom 1. April bis dum Abnahmetage

zur Zeichnung auf.

Die Zeichnung findet statt bis zum 14. April 1928, schherer Schluß vorbehalten,

bei ber Preußischen Central=Boden= fredit=Aftiengesellschaft,

- " Direction ber Disconto=Gefell= schaft und beren 3weiganftalten, C. Bleichröder, Berlin,
- Sal. Oppenheim jr. & Cie., Röln.
- Allgemeinen Deutschen Credit= Anftalt und beren 3meig= anftalten,
- Norddeutschen Bant in Sam=
- M. Schaffhaufen'icher Bant= berein A.=G. und beren 3meiganftalten,
- M. M. Warburg & Co., Hams burg,

und bei ben sonstigen Zeichnungsstellen iowie bei allen Bankfirmen und Sparkaffen, wo ausführliche Prospette zu beziehen sind.

Die Abnahme der Stücke kann jederzeit bis 30. April geschehen.

Die Sicherheit ber Gold-Pfandbriefe beruht auf Golb-Hypotheten nach Feingoldwert, die auf ländlichen und städtischen Grundstücken eingetragen sind.

Gine Rundigung ift bis 1933 ausgeschlossen. Die Tilgung muß fpateftens 1965 beendet fein.

Stücke über 5000, 2000, 1000, 500, 200

und 100 Goldmark.

Sie find von ber Reichsbant gur Beleihung in Klasse A zugelassen.

Berlin nus 7, Unter ben Linden 48/49

Dreußische Central: Boden: fredit - Aftiengesellschaft

Schwark Lindemann

Preukische Central - Bodenkredit - Aktienéesellschaft

Bilanz am 31. Dezember 1927

Alttino	RM	Pf
Aktiva	2 302 717	17
Kasse Guthaben bei Banken und Bankhäusern	9 037 008	35
outhaben bei Banken und Banknausern	5 289 445	35
Lombardforderungen Wertpapiere (davon eigene Central-Pfandbriefe	3 207 ETG	0.0
und Kommunal-Schuldverschreibungen		
	9 803 754	81
RM 7 445 480,78)	,	
Roggen-Hypothekenregister eingetragen)		
Žtr. 303 750		
abz. Amortisation ,, 13 513		
Ztr. 290 237 à 11,925 RM	3 461 076	20
	3 401 010	20
Gold-Hypotheken-Darlehnsforderungen GM 210 286 496,97	The latest	1
- L-11-11-1- A	209 822 496	02
	207 022 470	Ua
(davon im Gold-Hypothekenregister einge-		
tragen GM 207 867 377,17)	1000	
m Gold-Hypothekenregister als Ersatzdeckung	3 642 578	
eingetragene Wertpapiere Hypotheken-Darlehnsforderungen aus Renten-	2 045 210	
hank-Kreditanstalt	7 824 822	22
bank-Kreditanstalt Hypotheken-Darlehnsforderungen aus Renten-		
bank-Kreditanstalt (Golddiskontbank)	9 033 690	_
Hynotheken-Darlehnszinsen	1 508 767	10
Hypotheken-Darlehnszinsen	314 393	29
Roggen-Kommunal-Darlchnsforderungen (im		
Roggen-Kommunal-Darlehnsregister einge-		
tragen Ztr. 224 250		-
abz. Amortisation , 20 038		
Ztr. 204 212		-
2tr. 204 212 à 11,925 RM	2 435 228	10
Gold-Kommunal-Darlehnsforderungen	Dam 00x 2	20
GM 81 643 471,50		
abzüglich Amortisation , 948 600,—	80 694 871	50
		1
(davon im Gold-Kommunal-Darlehnsregister		1
eingetragen GM 80 057 400,)	322 250	92
Kommunal-Darlehnszinsen	951	30
Rückständige Kommunal-Darlehnszinsen Verschiedene Debitoren	2 353 496	90
Grundstückskonto:		100
Bankgebäude Unter den Linden 48/49		1
Mitteletraße 53/54	3 496 000	-
	351 343 547	23
	-	-
		Name of Street
Passiva	RM	Pf
Passiva		Pf
Aktienkapital: Stammaktien	18 000 000	Pf
Aktienkapital: Stammaktien		Pf
Aktienkapital: Stammaktien	18 000 000	Pf
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000, Spezieller , 1 100 000,	18 000 000 200 000 7 350 000	-
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000, Spezieller , 1 100 000,	18 000 000 200 000	Pf
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563	44
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM	18 000 000 200 000 7 350 000	-
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563	44
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 416% Ausgabe I GM 124 000,— 4164 Ausgabe II 67 439 590,—	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563	44
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher . RM 6 250 000,— Spexieller 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 414% Ausgabe I . GM 124 000,— 412% Ausgabe I 67 439 590,— 5 04 . 5 082 600,— 5 5 04 . 5 082 600,—	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563	44
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher . RM 6 250 000,— Spezieller . , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 41/4% Ausgabe I . GM 124 000,— 41/2% Ausgabe I . , 67 439 590,— 5 0/2 . 5 082 600,— 5 5 0/2 . 5 082 600,—	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563	44
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 414% Ausgabe I GM 124 000,— 442% Ausgabe II 67 439 590,— 5 % , 5 082 600,— 6 % , 10 677 600,—	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563	44
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe I , 67 439 590,— 5 % , 5 082 600,— 6 % , 10 677 600,— 6 % , 10 000 000,— 6 % , 27 399 000 — 7 7 90 97 398 000 — 7 7 90 97 398 000 — 7 90 97 398 000 — 7 90 97 398 000 —	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563	44
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller ,1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe II ,67 439 590,— 5 % ,5 082 600,— 6 % ,10 677 600,— 6 % ,10 677 600,— 6 % ,10 677 600,— 7 % ,27 398 900,— 8 % ,7 4446 700,—	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563	44
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe II 674 33 590,— 5 % , 5 082 600,— 6 % , 10 677 600,— 6 ½% , 10 000 000,— 7 % , 27 398 900,— 7 % , 27 398 900,— 8 % , 74 446 700,— 10 % , 7291 100,—	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563	44
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 41½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe II 67 439 590,— 5 % , 5 082 600,— 5 % , 10 677 600,— 61½% , 10 000 000,— 7 % , 27 398 900,— 8 % , 74 446 700,—	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563	44
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlieher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM . Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe II 67 439 590,— 5 % , 5 082 600,— 6 % , 10 677 600,— 6 ½% , 10 000 000,— 7 % , 27 398 900,— 8 % , 74 446 700,— 10 % , 7 291 100,— Noch einzulösende ausgeloste , 22 900,—	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076	44
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller ,1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe II 67 439 590,— 5 % ,5 022 600,— 6 % ,10 677 600,— 6 ½% ,10 000 000,— 7 % ,27 398 900,— 8 % ,74 446 700,— 10 % ,7 291 100,— Noch einzulösende ausgeloste ,2 29 00,— Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563 3 461 076	44
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe II , 67 439 590,— 5 % , 5 082 600,— 6 % , 10 677 600,— 6 % , 10 000 000,— 7 % , 27 398 900,— 7 % , 27 398 900,— 8 % , 74 446 700,— 10 % , 72 291 100,— Noch einzulösende ausgeloste , 22 900,— Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563 3 461 076	44 20
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher . RM 6 250 000,— Spezieller . 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 44% Ausgabe I . GM 124 000,— 44% Ausgabe I . GM 124 000,— 5 % . 5 082 600,— 5 % . 10 677 600,— 6 14% . 10 000 000,— 7 % . 27 398 900,— 8 % . 74 446 700,— 10 % . 7 291 100,— Noch einzulösende ausgeloste . 22 900,— Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563 3 461 076	44 20
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe I , 67 439 590,— 5 % , 5 082 600,— 6 % , 10 677 600,— 6 % , 10 677 600,— 6 % , 27 398 900,— 7 % , 27 398 900,— 8 % , 74 446 700,— 10 % , 7 291 100, Noch einzulösende ausgeloste , 22 900,— Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt (Golddiskontbank)	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690	44 20
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher . RM 6 250 000,— Spezieller . 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 44% Ausgabe I . GM 124 000,— 44% Ausgabe I . GM 124 000,— 5 % . 5 082 600,— 5 % . 10 677 600,— 6 14% . 10 000 000,— 7 % . 27 398 900,— 8 % . 74 446 700,— 10 % . 7 291 100,— Noch einzulösende ausgeloste . 22 900,— Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690	44 20
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000, Spezieller 1 100 000, Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000, 4½% Ausgabe II 67 439 590, 5 % 5 082 600, 6 % 10 677 600, 6 % 10 007 600, 6 % 10 000 000, 7 % 27 398 900, 10 % 7 291 100, Noch einzulösende ausgeloste 22 900, Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt (Golddiskontbank) Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen 5% Ztr. 204 212 à 11,925 RM Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen:	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher . RM 6 250 000,— Spezieller . , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 414% Ausgabe I . GM 124 000,— 41% Ausgabe II . GM 224 000,— 5 % . , 5 082 600,— 5 % . , 10 677 600,— 614% . , 10 000 000,— 7 % . , 27 398 900,— 8 % . , 74 446 700,— 7 % . , 7 291 100,— Noch einzulösende ausgeloste . , 22 900,— Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Golddiskontbank) Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen 5% Ztr. 204 212 à 11,925 RM Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen: 5% GM 2 207 240,—	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher . RM 6 250 000,— Spezieller . , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 414% Ausgabe I . GM 124 000,— 41% Ausgabe II . GM 224 000,— 5 % . , 5 082 600,— 5 % . , 10 677 600,— 614% . , 10 000 000,— 7 % . , 27 398 900,— 8 % . , 74 446 700,— 7 % . , 7 291 100,— Noch einzulösende ausgeloste . , 22 900,— Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Golddiskontbank) Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen 5% Ztr. 204 212 à 11,925 RM Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen: 5% GM 2 207 240,—	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe II , 67 439 590,— 5 % , 5 022 600,— 6 % , 10 677 600,— 6 % , 10 000 000,— 7 % , 27 398 900,— 8 % , 74 446 700,— 10 % , 7 291 100,— Noch einzulösende ausgeloste , 22 900,— Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Golddiskontbank) . Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen: 5% GM 2 207 240,— 6% , 5 407 700,— 6% , 5 407 700,— 7% , 23 450 000,— 7% , 24 450 000,— 7% , 24 450 000,— 7% , 23 450 000,—	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher . RM 6 250 000, Spezieller . 1 100 000, Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I . GM 124 000, 4½% Ausgabe II . 67 439 590, 6 % . 5 082 600, 6 % . 10 677 600, 6 ½% . 10 000 000, 7 % . 27 398 900, 8 % . 74 446 700, 10 % . 7 7291 100, Noch einzulösende ausgeloste . 22 900, Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt (Golddiskontbank) Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen: 5% . GM 2 207 240, 6% . 5 407 700, 7% . 23 450 000, 8% . 39 765 800,	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonda 11,925 RM Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 5 % , 5 082 600,— 6 % , 10 677 600,— 6 ½% , 10 000 000,— 7 % , 27 398 900,— 8 % , 74 446 700,— 10 % , 7 291 100,— Noch einzulösende ausgeloste , 22 900,— Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt (Golddiskontbank) Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen: 5% GM 2 207 240,— 6% , 5 407 700,— 7% , 23 450 000,— 8% , 39 765 800,— 8% , 39 765 800,— 10% , 7 080 950,—	18 000 000 200 000 7 350 000 734 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 5 % , 5 022 600,— 6 % , 10 677 600,— 6 % , 10 677 600,— 6 % , 10 677 600,— 7 % , 27 398 900,— 7 % , 27 398 900,— 8 % , 74 446 700,— 10 % , 7 291 100,— Noch einzulösende ausgeloste , 22 900,— Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt (Golddiskontbank). Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen: 5% GM 2 207 240,— 6% , 5 407 700,— 7% , 23 450 000,— 8% , 39 765 800,— 10% , 7 080 950,— Noch einzulösende ausgeloste , 7 680 950,—	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 44½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe II , 67 439 590,— 5 % , 5 082 600,— 6 % , 10 677 600,— 6 ½% , 10 000 000,— 7 % , 27 398 900,— 8 % , 74 446 700,— 7 % , 27 398 900,— 8 % , 74 446 700,— 10 % , 7 291 100,— Noch einzulösende ausgeloste , 22 900,— Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt (Golddiskontbank) Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen: 5% GM 2 207 240,— 6% , 5 407 700,— 7% , 23 450 000,— 10% , 70 80 950,— 10% , 70 80 950,— 10% , 70 80 950,— 10% , 70 80 950,— Noch einzulösende ausgeloste , 61 850,— Zu zahlendo Zinsscheine	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228 77 973 540 6 876 686	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonda 11,925 RM Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 5 % , 5 082 600,— 6 % , 10 677 600,— 6 ½% , 10 000 000,— 7 % , 27 398 900,— 8 % , 74 446 700,— 10 % , 7 291 100,— Noch einzulösende ausgeloste , 22 900,— Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt (Golddiskontbank) Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen: 5% GM 2 207 240,— 6% , 5 407 700,— 7% , 23 450 000,— 8% , 39 765 800,— Noch einzulösende ausgeloste , 61 850,—	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000, Spezieller 1 100 000, Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000, 4½% Ausgabe II 67 439 590, 5 % 5 082 600, 6 % 10 677 600, 6 % 10 607 600, 6 % 10 607 600, 10 % 27 398 900, 8 % 27 398 900, 8 % 74 446 700, 10 % 7 291 100, 10 % 7 291 100, 00 thaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt (Golddiskontbank) Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen: 5% GM 2 207 240, 6% 5 407 700, 7% 23 450 000, 8% 39 765 800, Noch einzulösende ausgeloste 24 900, 6% 5 407 700, 7% 23 450 000, 8% 39 765 800, Noch einzulösende ausgeloste 61 850, Zu zahlende Zinsscheine Noch nicht abgehobene Dividende	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228 77 973 540 6 876 686 26 126	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher . RM 6 250 000, Spezieller	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228 77 973 540 6 876 686 26 126	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000, Spezieller , 1 100 000, Pensionsfonds	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228 77 973 540 6 876 686 26 126	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000, Spezieller , 1 100 000, Pensionsfonds	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228 77 973 540 6 876 686 26 126	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000,— Spezieller , 1 100 000,— Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 4½% Ausgabe I GM 124 000,— 6 ½% , 10 677 600,— 6 ½% , 10 677 600,— 6 ½% , 10 677 600,— 6 ½% , 10 000 000,— 7 % , 27 398 900,— 8 % , 74 446 700,— 10 % , 7 291 100,— Noch einzulösende ausgeloste , 22 900,— Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstal	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228 77 973 540 6 876 686 26 126 5	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher . RM 6 250 000, Spezieller 1 100 000, Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 41½% Ausgabe I . GM 124 000, 4½% Ausgabe I . GM 124 000, 5 % . 5 082 600, 6 % . 10 677 600, 6 ½% . 10 000 000, 7 % . 27 398 900, 8 % . 74 446 700, 10 % . 7 291 100, Noch einzulösende ausgeloste . 22 900, Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt (Golddiskontbank) Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen 5% Ztr. 204 212 à 11,925 RM Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen: 5% . GM 2 207 240, 6% . 5 407 700, 7% . 23 450 000, 8% . 39 765 800, 10% . 7 080 950, Noch einzulösende ausgeloste . 61 850, Zu zahlendo Zinsscheine Noch nicht abgehobene Dividende Vorausbezahlte Hypotheken Darlehnszinsen . RM 33 672,8 Vorausbezahlte Kommunaldar- 1chnszinsen . 420, Noch nicht abgehobene Abfindungsbeträge .	18 000 000 200 000 73 560 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228 77 973 540 6 876 686 26 126 5 34 092 248 527 199 223	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000, Spezieller , 1 100 000, Pensionsfonda 11,925 RM Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000, 4½% Ausgabe I GM 124 000, 5 % , 5 082 600, 6 % , 10 677 600, 6 ½% , 10 007 000, 7 % , 27 398 900, 8 % , 74 446 700, 10 % , 72 391 100, Noch einzulösende ausgeloste , 22 900, Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt (Golddiskontbank) Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen 5% GM 2 207 240, 5 % , 5 407 700, 7 % , 23 450 000, 8 % , 39 765 800, 10% , 7080 950, Noch einzulösende ausgeloste , 61 850, Zu zahlendo Zinsscheine Noch nicht abgehobene Dividende Vorausbezahlte Hypotheken Darlehnszinsen , RM 33 672,8 Vorausbezahlte Kommunaldar- lehnszinsen , RM 33 672,8 Vorausbezahlte Kommunaldar- lehnszinsen , 420, Noch nicht abgehobene Abfindungsbeträge	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228 77 973 540 6 876 686 26 126 5	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000, Spezieller , 1 100 000, Pensionsfonda 11,925 RM Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000, 4½% Ausgabe I GM 124 000, 5 % , 5 082 600, 6 % , 10 677 600, 6 ½% , 10 007 000, 7 % , 27 398 900, 8 % , 74 446 700, 10 % , 72 391 100, Noch einzulösende ausgeloste , 22 900, Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt (Golddiskontbank) Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen 5% GM 2 207 240, 5 % , 5 407 700, 7 % , 23 450 000, 8 % , 39 765 800, 10% , 7080 950, Noch einzulösende ausgeloste , 61 850, Zu zahlendo Zinsscheine Noch nicht abgehobene Dividende Vorausbezahlte Hypotheken Darlehnszinsen , RM 33 672,8 Vorausbezahlte Kommunaldar- lehnszinsen , RM 33 672,8 Vorausbezahlte Kommunaldar- lehnszinsen , 420, Noch nicht abgehobene Abfindungsbeträge	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228 77 973 540 6 876 686 26 126 5	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher RM 6 250 000, Spezieller , 1 100 000, Pensionsfonda 11,925 RM Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 4½% Ausgabe I GM 124 000, 4½% Ausgabe I GM 124 000, 5 % , 5 082 600, 6 % , 10 677 600, 6 ½% , 10 007 000, 7 % , 27 398 900, 8 % , 74 446 700, 10 % , 72 391 100, Noch einzulösende ausgeloste , 22 900, Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt (Golddiskontbank) Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen 5% GM 2 207 240, 5 % , 5 407 700, 7 % , 23 450 000, 8 % , 39 765 800, 10% , 7080 950, Noch einzulösende ausgeloste , 61 850, Zu zahlendo Zinsscheine Noch nicht abgehobene Dividende Vorausbezahlte Hypotheken Darlehnszinsen , RM 33 672,8 Vorausbezahlte Kommunaldar- lehnszinsen , RM 33 672,8 Vorausbezahlte Kommunaldar- lehnszinsen , 420, Noch nicht abgehobene Abfindungsbeträge	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228 77 973 540 6 876 686 26 126 5	222
Aktienkapital: Stammaktien Vorzugsaktien Reservefonds: Gesetzlicher . RM 6 250 000, Spezieller 1 100 000, Pensionsfonds Central-Roggenpfandbriefe 5% Ztr. 290 237 à 11,925 RM Central-Goldpfandbriefe 41½% Ausgabe I . GM 124 000, 4½% Ausgabe I . GM 124 000, 5 % . 5 082 600, 6 % . 10 677 600, 6 ½% . 10 000 000, 7 % . 27 398 900, 8 % . 74 446 700, 10 % . 7 291 100, Noch einzulösende ausgeloste . 22 900, Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kredit anstalt (Golddiskontbank) Roggen-Kommunal-Schuldverschreibungen 5% Ztr. 204 212 à 11,925 RM Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen: 5% . GM 2 207 240, 6% . 5 407 700, 7% . 23 450 000, 8% . 39 765 800, 10% . 7 080 950, Noch einzulösende ausgeloste . 61 850, Zu zahlendo Zinsscheine Noch nicht abgehobene Dividende Vorausbezahlte Hypotheken Darlehnszinsen . RM 33 672,8 Vorausbezahlte Kommunaldar- 1chnszinsen . 420, Noch nicht abgehobene Abfindungsbeträge .	18 000 000 200 000 7 350 000 7 34 563 3 461 076 202 483 390 7 824 822 9 033 690 2 435 228 77 973 540 6 876 686 26 126 5 34 092 248 527 199 223 12 128 160	222 222 10 66 46 46 46 46 46 46 46 46 46 46 46 46

Preukische Gentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft

Die Direktion:

Schwartz. Lindemann. Oesterlink, Wrede.

Rheinische Creditbank Mannheim.

Bilanz vom 31. Dezember 1927

Aktiva	RM
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine und	
Guthaben bei Noten- und Abrechnungs- banken	8 065 051,36
Wechsel- und unverzinsliche Schatzanwei-	0 003 031,30
sungen Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	41 899 265,33
Reports und Lombards gegen börsengängige	14 541 001,55
Wertpapiere	16 172 746,09
Vorschüsse auf Waren und Warenverschif- fungen	18 555 743,92
Eigene Wertpapiere	8 290 328,52
Konsortialbeteiligungen	2 750 651,25
Debitoren in laufender Rechnung: a) gedeckte	75 087 451,98
b) ungedeckte	44 986 016,51
Aval- und Bürgschaftsdebitoren:	
Bankgebäude	6 872 000.—
Sonstige Immobilien	881 515,
	238 101 771,51
Passiva	RM
Aktienkapital	24 000 000,—
Gesetzliche Reserve	4 000 000,—
Kreditoren	196 048 775,20 11 470 789,67
Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen: RM 15 888 911,61	22 210 103,01
Noch nicht eingelöste Dividenden	16 725,44
Reingewinn	2 565 481,20
	238 101 771,51

Gewinn- u. Verlust-Rechnung vom 31. Dezember 1927

Soll Handlungsunkosten Steuern Reingewinn	RM 9 631 228,60 1 193 134,51 2 565 481,20 13 389 844,31
Vortrag von 1926	RM 121 182,63 7 980 371,— 4 110 280,04 1 178 010,64 13 389 844,31

Die Dividende wurde auf 8% festgesetzt.

Die mit Firmenstempel zu versehenden Gewinnanteilsehelne für das Jahr 1927 zu den Aktien Serie XII bis XVIII sowie die Gewinnantellscheine Nr. 4 zu den Aktien Serie I bis XI und die Gewinnantellscheine Nr. 1 zu den Aktien über RM 100,— und RM 1000,— gelangen abzüglich 10% Kapitalertragssteuer mit

RM	1,44	für	die	Aktie	von	RM	20,
99	2,88	99	99	99	22	99	40,—
,,	7,20	99	"	"	99	22	100,—
	72.—	ALT W				. 1	000-

bei unserer Bank und ihren sämtlichen Zweignlederlassungen, in Berlin bei der Deutschen Bank und bei Herrn S. Bleichröder, in Frankfurt a. M., Hamburg, München, Stuttgart bei den Zweiganstalten der Deutschen Bank, ferner in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Vereinsbank, in Neustadt a. d. Hdt. bei Herrn G. F. Grohé-Henrich, in Saarbrücken bei Herren G. F. Grohe-Henrich & Co., in Freiburg i. B. bei Herrn J. A. Krebs, in Basel und Zürich bei der Basler Handeksbank und der Schweizerischen Kreditanstalt zur Auszahlung.

R. & T O C K & C O., Spiralbohrer-, Werkzeng- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft. Berlin-Marienfelde

sadonningmantib tibilgingoptigenair Beltti	- In this tore
Bilanz am 30. September 1927	
Vermögen.	I RM Pf
Grundstücke	912 942 35
Gebäude	7127
Bestand am 1. Oktober 1926 RM 2 159 887,33	
Zugang , 38 428,47	2 10 10
DM 0 100 015 00	
Absolved RM 2 198 315,80	2 113 804 56
Abschreibung, 84 511,24	211300
Maschinen	
Bestand am 1. Oktober 1926 RM 268 494,46	- 1611 6
Zugang, 88 095,30	Estile L
RM 356 589,76	100 021
Abschreibung, 35 658,76	320 931
Werkzeuge, Mobilien und Modelle	
Bestand am 1. Oktober 1926 RM 3,—	
Zugang, 87 530,56	
RM 87 533.56	
Abschreibung 87 530.56	3
Roh- und Betriebsmaterialien	706 661 15
Halb- und Fertigfabrikate	4 007 09 140
Kasse und Bankguthaben	261 874 14
Wechsel	338 093
Wertpapiere	1 4 600
Schuldner	2 379 721 27
Schuldner RM 82 088,01	
	11 045 728 55
Verbindlichkeiten.	RM Pf
Aktionkanital	7 560 000
Aktienkapital Gesetzliche Rücklage	756 000
Hypothek	24 131 25
Teilschuldverschreibungen	ma 7775
Nicht eingelöste Gewinnanteilscheine	0 634 14
Gläubiger	0 170 075 19
Gewinn- und Verlust-Rechnung: Reingewinn	450 259 44
Bürgschaftsgläubiger RM 82 088,01	
	11 045 728 55
Gewinn- und Verlust-Rechnung	1101
	nf.
Soll.	
Allgemeine Unkosten	663 300 57
Steuern RM 307 813.78	
Industriebelastung, 56 520,-	364 333 78
Zinsen	65 175 53
Abschreibungen	207 7000
Reingewinn	450 259
	1 750 769 88
Haben.	- Tar
	(0.230)10
Gewinn-Vortrag	1 608 439
Geschäftsgewinn	1 750 769 88
Vorstehende Bilanz vom 30. September Gewinn- und Verlust-Rechnung haben wir gep	1007 nebet

Georg Goldbach. Fritz Korge. Der Vorstand. Otto.

Berlin, im März 1928.

Gewinn- und Verlust-Rechnung haben wir geprüft und mit den Büchern der Gesellschaft in Übereinstimmung gefunden.

Interessenwahrung in Berlin

Industrie- und Handelsunternehmen, auch in Berlin nicht vertretenen Verbänden, bieten wir Gelegenheit zur Korrespondenz / Büro zu Verhandlungen / Sizungszimmer / Telephonverkehr / Korrespondenzvermittlung / Gelegentliche od. dauernde informationen
Wahrnehmung Wahrnehmung aller wirtschaftlichen Interessen. Inhaber oder Leiter können abseits vom Hotel durch Benutzung unseres Angebotes vorübergehend oder dauernd ihre Geschäfte wie im eigenen Büro erledigen.

Referenzen zur Verfügung

Treuhänder Aktiengeselischaft Berlin W, Französische Straße 8

HANRURG-AMERIKANISCHE

(HAMBURG-AMERIXA LINIE)

GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG per 31. Dezember 1927

Ausgabe Handlungs-Unkosten, Steuern und soziale Lasten Anleihe-Zinsen Betriebsertrag 1927 Zu folgender Verwendung vorgeschlagen: Abschreibungen auf Seeschiffe und Hilfsfahrzeuge RM 19 944 120,95 Abschreibungen auf Grund- besisz, Gebäude und Anlagen usw. Ubertrag auf Grunderwerbs- ateuer-Reserve-Konto 30 000,—	13 862 331 2 956 947	Pf 55 55 13
des Anfsichtsrats leut § 26 der Satzungen	STATE OF THE PARTY	
77 200 500, 11	STATE OF THE PARTY	
RM 32 642 831,13		
		_
RM	49 462 109	68
C. Einnahme		
Gesamterträgnia	49 462 109	68

Bilanz per 31. Dezember 1927

49 462 109 68

RM

		_
Sesitz Besitz	RM	Pf
Seeachiffe (einschl. Anzahlungen auf Neubauten), Phuldampfer, Schlepper, Leichter und Fahr- zeuge für bezeichten.		1
zeuge für besondere Zwecke	228 340 746	56
Kassenbestand und Guthaben bei Banken Wechsel im Portefenille	29 594 490	76
Wechael in Portefeuille Beteiligungen an Verkehrsunternehmungen und	130 262	36
Beteiligungen an Verkehrsunternehmungen und	100 202	100
	21 543 743	33
"ertpapiere und Beteiligungen an anderen Ce		-
Wertpapiere und Beteiligungen an anderen Ge aellschaften usw. Grundbesitz, Gabanda and Anlesso	2 868 802	27
	8 807 867	81
Salate	4 498 227	89
Vorräte Schuldner	10 278 198	60
Schuldner		100
RM	306 062 339	58
TUA	300 002 339	30
A-t		
Schulden 5% Vorzugsaktien I 5000 Aktien zu RM 300,	T ARREST	
5% Vorzugsaktien I, 5000 Aktien zu RM 20,	160 000 200	-
to to the state of	100 000	-
	1 000 000	-
	270 000	-
	16 923 293	27
	270 000	-
	1 729 500	-
	433 250	-
	27 300 000	-
mitten alana	28 990 276	20
		-
Unabeceerhage	520 074	77
	36 507 510	23
	20 398 722	86
8% Dividende für das Jahr 1927 Linsen auf die Genußrechtungkunden	11 600 016	-
Zinsen auf die Genußrechtsurkunden	19 496	25
	DISCOME.	L
RM	306 062 339	58
		-

Als Mitglied des Aufsichtsrats wurde Herr Dr. Max von Schinckel wiedergewählt.

Hamburg, den 3. April 1928.

HAMBURG-AMERIKA LINIE DER VORSTAND.

(HAMBURG-AMERIKA LINIE)

In der heutigen Generalversammlung wurde be-schlossen, für das Geschäftsjahr 1927

8º Dividende

auszuschütten.

Die Auszahlung erfolgt ab Dienstag, den S. April 1928, und zwar:
für die Aktien
Nr. 1-150 000 auf den Gewinnanteilschein für das Verwaltungsjahr 1927 mit . RM 24,—
,, 150 001-433 334 auf den Gewinnanteilschein Nr. 3 mit . . . RM 24,—
,, 493 335-533 334 die halbe Dividende auf auf den Gewinnanteilschein Nr. 3 mit . . . RM 12,—
abzügl, 10% Kapitaliertragsleuer bei folgend. Zahlstellen:
in flamburg: bei der Norddeutschen Bank in

bei der Norddeutschen in Hamburg: Bank

,, ,, Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Ham-

auf Aktien, Filiale Hamburg,
, den Herren L. Behrens & Söhne,
, der Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft,
, Deutschen Bank, Filiale
Hamburg,
, den Herren Münchmeyer & Co.,
, Schröder Gebrüder
& Co.,
der Vereinsbank in Hamburg.

der Vereinsbank in Hamburg.
den Herren M. M. Warburg
& Co.,

" der Direction der Disconto-Gesellschaft, Darmstädter und National-bank Kommanditgesellschaft

auf Aktien, Handels-Gesell-.. Berliner

" " Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, " den Herren Delbrück Schickler & Co.,

in Frankfurt a. M.: bei der Deutschen Bank,
in Frankfurt a. M.: bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt
a. M.,
Darmstädter und Nationalhank Kommend National-

in Berlin:

", ", Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Frankfurt a. M., ", Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Filiale Frankfurt a. M., ", Deutschen Bank, Filiale Frankfurt a. M., ", Dresdner Bank in Frankfurt a. M., ", Dresdner Bank in Frankfurt a. M., ", Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Köln, ", Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Filiale Köln, " in Köln a. Rhein:

Köln,

, , , Deutschen Bank, Fil, Köln, , , , Dresdner Bank in Köln, , , dem Bankhaus A. Levy, , , den Herren Sal. Oppenheim jr. & Cie.

, dem A. Schaafhausen schen
Bankverein A.-G.
Auf die Altbesitz-Genußrechtsurkunden kommen
durch die vorgenannten Zahlstellen
2½ % Gewinnanteil
zur Auszahlung, und zwar:
auf den Gewinnanteilschein Nr. 1 der Lit. A mit RM. 4,50
Nr. 1 der Lit. B mit RM. 2,25
abzüglich 10 % Kapitalertragsteuer.
Ferner können bei den erwähnten Stellen ab 3. April
1928 die neuen Gewinnanteilscheinbogen zu den Aktien
Nr. 1—125 000 gegen Einreichung der Erneuerungsscheine — versehen mit einem nach der Nummernfolge
geordneten Verzeichnisse — abgefordert werden.

Hamburg, den 2. April 1928.

HAMBURG-AMERIKA LINIE DER VORSTAND

Mansfeld

Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb

Eisleben

Unsere Aktionäre werden hiermit zu der am Donnerstag, den 26. April 1928, mittags 12 Uhr im Sitzungssaale der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig, Brühl 75/77,

ordentlichen Generalversammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

- 1. Vorlegung des Geschäftsberichts und der Bilanz für das Jahr 1927 sowie Beschlußfassung über Genehmigung der Bilanz und der Gewinnverteilung.
- 2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
- Beschlußfassung über Anderungen des Gesell-

schaftsvertrages betr.
§ 14 Absatz 2 (Streichung der Worte "der Reichsbank oder").

4. Aufsichtsratswahlen.

Die Ausübung des Stimmrechts ist davon abhängig, daß die Aktien oder die über die Aktien lautenden Hinterlegungsscheine einer Effektengirobank zu diesem Zwecke spätestens am Montag, den 23. April 1928, bei einer der nachstehenden Stellen hinterlegt werden:

- in Eisleben: bei unserer Gesellschaftskasse, in Leipzig: " der Allgemeinen Deutschen Creditin Leipzig: Anstalt,
- in Berlin: der Commerz-und Privat-Bank Aktiengesellschaft,
 - der Darmstädter und Nationalbank K. G. a. A., dem Bankhaus Delbrück Schickler
 - & Co.,
 - der Deutschen Bank,
 - der Direction der Disconto-Gesellschaft,

 - der Dresdner Bank, dem Bankhaus Hardy & Co. G.m.b.H., dem Bankhaus Hugo J. Herzfeld,

ferner bei den in Eisleben, Leipzig, Frankfurt a.M., Dresden, Halle a.S., Köln bestehenden Zweig-niederlassungen dieser Firmen oder bei einer Effektengirobank der Deutschen Wertpapierbörsenplätze.

Die Hinterlegung kann auch bei einem deutschen Notar erfolgen, sofern der von diesem ausgestellte Hinterlegungsschein spätestens am vorletzten Tage vor der Generalversammlung bei der Gesellschaft hinterlegt wird und der Hinterlegungsschein die Bemerkung enthält, daß die Herausgabe der Aktien nur gegen Rückgabe des Scheines erfolgen darf.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsmäßig erfolgt, wenn die Aktien mit Zustimmung einer Hinter-legungsstelle für diese bei einer anderen Bankfirma bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperr-depot gehalten werden.

Die Hinterlegung von Reichsbankdepotscheinen gibt wegen der veränderten Verwahrungsbedingungen der Reichsbank kein Recht mehr zur Stimmrechtausübung.

Die über die Hinterlegung ausgestellten Bescheinigungen dienen als Einlaßkarten zur Generalversammlung.

Eisleben, den 30. März 1928.

Der Aufsichtsrat.

Dr. v. Schoen, Vorsitzender.

Communalbank für Sachsen

Anläßlich des Apriltermins bieten wir als hochverzinsliche Spar- und Vermögensanlage unsere 7%igen und 8%igen mündelsicheren Gold-Kommunalobligationen zur Zeichnung

7 % ige mundelsichere Gold-Kommunalobligationen Serie XV

Kurs 871/2%, Zinstermine 2. Januar und 1. Juli. Kündigung zur Rückzahlung vor 30. Juni 1931 ausgeschlossen.

Die Rückzahlung erfolgt zu 100%.

8% ide mündelsichere Gold-Kommunalobligationen Serie XVII und XVIII

Kurs 94%,

Zinstermine Serie XVII: 2. Januar und 1. Juli, Serie XVIII: 1. April und 1. Oktober.

Kündigung der Serie XVII zur Rückzahlung vor dem 30. Juni 1932 ausgeschlossen;

Kündigung der Serie XVIII zur Rückzahlung vor dem 20. September 1932 ausgeschlossen. Die Rückzahlung erfolgt zu 100%.

Stückelung bei allen Serien GM. 2000,—, 1000,—, 500,— und 100,—. Lieferung sofort nach Erscheinen. Upsere Serien XIV, XV und XVII werden an der Leipziger Börse amtlich notiert; die Börsenzulassung der Serien XVII und XVIII wird benatzent manden.

XVIII wird beantragt werden. Zeichnungen nehmen alle deutschen Bankfirmen und wir selbst entgegen. Zuteilung bleibt in jedem Falle vorbenalten,

Leipzig, im März 1928.

Communalbank für Sachsen

und Kammgarnspinnerel

Bremen

Die Dividende von 12 % für das Geschäftsjahr 1927 auf Aktion sowie auf Genußscheine, Ausgabe 1921 und Ausgabe 1922, ist vom 31. März d. J. an zahlbar. Sie gelangt mit RM 60,— abzüglich 10% Kapitalertragsteuer bei nachstehenden Stellen zur 1927 zahlung gegen Einlieferung des Gewinnanteilscheines (bzw. des Gewinnanteilscheines Nr. 3 bei Aktien der Ausgabe 1927):

in Bremen:

Dermstädter und Nationalbank K. a. A..
Deutsche Bank, Filiale Bremen,
Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Bremen,
Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Bremen,
Direction der Direction Bank A. G., Filiale
J. F. Schröder Bank K. a. A..
Bankhaus G., Luce,
Bankhaus Gal F. Plump & Co.,
Dermstädter und Nationalbank K. a. A..
Deutsche Bank,
Direction der Disconto-Gesellschaft,
Dresdaer Bank,
Bankhaus Delbrück Schickler & Co.,
Bankhaus Delbrück Schickler & Co.,
Bankhaus J. Dreyfus & Co.,
Dermstädter und Nationalbank K. a. A.,

in Berlin:

Darmstädter und Nationalbank K. s. A., in Hamburg:

Hamburg.
Dentsche Bank, Filiale Hamburg.
Dreadner Bank in Hamburg.
Norddeutsche Bank in Hamburg. Darmstädter und Nationalbank K. a. A., Filiale in Leipzig:

Darmstauter and Leipzig.
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.
Deutsche Bank, Filiale Leipzig.
Dresdner Bank in Leipzig. in Oldenburg: Oldenburgische Spar. und Leih-Bank.

in Amsterdam: Infornationale Bank to Amsterdam. Bremen, den 30, März 1928.

Der Vorstand.

Norddeutscher Lloyd Bremen

Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1927

and Veriust-Rechnung	101 1521	-1			
Allgemeine V	RM	Pf			
Allgemeine Verwaltungskosten, Steuern und soziale Lasten Anleihezinsen	11 091 885 1 649 475	80 95			
Abschreibungen: auf Seedampfer RM 13 181 250,— , Seebäder und					
" Seebäder und Schleppdampfer, Leichterfahrzenge					
", Grundhesitz, Ce-	4 1911				
und Aplacer 1 005 026 06	15 667 790	93			
Uberschuß zu folgender Verwendung vorgeschlagen:	11 735 320	57			
Stammaktien RM 10 000 000,—					
RM 2 343 200					
vorzugsaktien, 140 592,—	State State				
Aufsichteret an					
Versorgungalanana 500,000					
Vortrag auf 1928					
	40 144 473	25			
Einnahme. Gewinnvortrag aus 1926	RM 701 420	Pf 09			
Rechnungsmäßiges Gesamterträgnis	39 443 053	16			
Vermösen	40 144 473	25			
Vermögensaufstellung für den 31. Dezember 1927					

Vorzugsaktien (nicht eingezahlt 75% von	RM	Pf
Dagsaktien (nicht eingezahlt 75% von		
RM 1 563 000,—)	1 172 250	_
Seedampfer Anzahlungen auf Neuhauten	156 000 000	_
Anzahlungen auf Neubauten	63 818 686	32
ocebada 1	03 010 000	02
Iahan Beineppuampier, Edition	2 609 000	
Grundbesitz, Gebäude, Inventar und An-	2 009 000	
120 Ochaude, Inventar und 2111-		
	6 695 000	_
Rassenbestand und Bankguthaben Wertpapiere und Beteiligungen an dritten	55 213 014	76
Wertpapiere und Beteiligungen an dritten Unternehmungen	1152713	
Lagerhestände in Bramen und Bramerhaven	9 572 814	-
Lagerbestände in Bremen und Bremerhaven Schuldner, Übergangsposten und Anleibe-	4 907 193	40
Schuldner, Übergangsposten und Anleihe-		
S: " gabe-Konto	46 326 645	19
ausgabe-Konto Sicherheitswechsel und Bürgschaften	20 020 030	1
Bürgschaften RM 5 378 609,50		
Burgschaften RM 5 378 609,50		_
	346 314 603	67

Sicherheitswechsel und Bürgschaften	46 326 645	19
	346 314 603	67
Verbindlichkeiten. Grundkapital:	RM	Pf
Vorzugsaktien, 3 906 200,—	128 906 200	_
Versial Versia	17 000 000 7 500 000	=
60/ deautwertung	10 000 000 2 168 465	_
Glank Kredite	84 000 000 13 013 500 27 116 437	29
Passage (vorausbezahlte	2, 110 301	
stellung für Steuern und Abgaben)	44 874 680	81
Uebertrag:	334 579 283	10

Norddeutsche Wollkämmerei u. Kamıngarnspinnerei

Bremen

Vermögens-Aufstellung vom 31. Dezember 1927

Vermögens-Aufstehung vom 31. Dezember 1327		
Besitz Nicht eingezahltes Aktienkapital Kassa- und Wechsel-Konto	RM P 2 250 000 – 1 940 484 1	_
Grundstücke und Fabrikanlagen einschließlich Maschinen und Inventar: Buchwert 1. Januar 1927 RM 24 300 000,— Zugang abzgl. Abgänge " 21 249 836,32		
RM 45 549 836,32 abzgl. Abschreibungen. , 4 349 836,32	41 200 000 -	_
Feuerversicherung, vorausbezahlte Prämie Konto für Beteiligungen	60 330 2 7 806 112 2 67 165 102 7	20 72
Forderungen	52 707 504 3 173 129 533 6	_
Verbindlichkeiten		Pf
Stammaktien-Konto Rücklagen: gesetzliche Rücklage RM 5 000 000,— satzungsmäßige Rücklage ,, 7 500 000,— Sonderrücklage , 7 500 000,—	20 000 000 -	1
Dividenden-Konto, nicht eingelöste Dividende Pensions-, Witwen- und Waisenkasse für Beamte und Meister Guthaben am 1. Jan. 1927 RM 1 789 874,59 Zinsen und Beiträge der Gesellschaft einschl. Zugang durch Fusion , 1 499 224,36	71 568 3	30
RM 3 289 098,95 Gezahlte Pensionen , 205 263,—	3 083 835	95
Gläubiger und Vortragsposten Gewinn- und Verlust-Konto, Reingewinn	93 712 764 7	61
1 Washed Bashnung yam 91 D	173 129 533 0	

Gewinn- und Verlust-Rechnung vom 31. Dezember 1927

Soll An Steuern-Konto ,, Abschreibungen ,, Reingewinn	RM 3 964 830 4 349 836 6 261 364 14 576 031	32 61
Haben Für Vortrag aus 1926, "Erträgnis-Konto, Gesamterträgnis		Pf 79 87

Bremen, den 31. Dezember 1927.

DER VORSTAND

G. Carl Lahusen. Heinz Lahusen.

	RM	Pf
Uebertrag:	334 579 283	10
Sicherheitswechsel und Bürgschaften RM 5 378 609,50	2 P4 B	
Gewinn- und Verlust-Rechnung, Saldo	11 735 320	57
	346 314 603	67
Camalle and wighting hofunden		-

Geprüft und richtig befunden.

Bremen, den 5. März 1928.

., FIDES"
Treuhand-Aktiengesellschaft

Kluck ppa. Dökel

DER VORSTAND

Carl Stimming Ernst Glässel Arnold Petzet

Adolf Stadtländer Hermann Bultmann

Heinrich Hehmsoth

Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft Düsseldorf

Bilanz am 30. September 1927

Aktiva. Bergwerks- und Hüttenanlagen	RM 1 207 953 000	Passiva	RM
Beteiligungen und Wertpapiere	295 159 000	Aktienkapital	800 000 000
Warenbestände	203 624 000	Gesetzliche Rücklage Anleihen	523 580 000
Verschiedene Aktiv-Hypotheken	485 000	Aufgewertete Anleihen und Hypotheken	14 128 000
Forderungen	245 385 000	Sonstige Passiv-Hypotheken	1 249 000
Bankguthaben	86 844 000	Wohlfahrtsfonds- und Unterstützungskassen	6 269 000
Wechsel- und Scheckbestand	8 146 000	Sparguthaben von Werksangehörigen	5 927 000
Kassen-, Reichsbank- und Postscheckbestand	1 379 000	Langfristige Verpflichtungen	165 382 000
Anleiherechnung	24 000 000	Warenschulden und son-	
Patente, Lizenzen und sonstige Urheberrechte	1 000	north and manager and a cr	
/-		pflichtungen RM 110 710 000	5 765
		Akzepte, 876 000	- 000
		Rembours-Kredite, 31 489 000	143 075 000
	CONTRACTOR S	Bankschulden	35 326 000
	FINE MAYEN	Anzahlungen der Kundschaft	3 039 000
		Rückständige Löhne, soziale Beiträge und	
		Lohnsteuern	23 794 000
		Noch nicht abgehobene	
		Dividende	7.157
	The same of	Noch nicht abgehobene	
	1000	Anleihezinsen, 160 000	
	10 PER 10	Noch nicht abgehobene	1 053 000
	1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	ausgeloste Anleihe ,, 882 000	
	P. Contract	Abschreibungen auf Werksanlagen	111 597 000
		Rückstellungen für Ofenerneuerungen, Berg-	
		schäden, Schwebende Prozesse, zweifel-	Maria Cara
The state of the s	Land Service - 14	hafte Forderungen und noch nicht abge-	707 (10 000
	-	rechnete Verpflichtungen	105 619 000 52 938 000
		Reingewinn	
	2 072 976 000	Barrier and the second	2 072 976 000
	ASSESSED TO THE PARTY OF THE PA		CALL THE STATE

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das am 30. September 1927 abgelaufene zweite Geschäftsjahr

	TOTAL	I riaben	LUAT
Anleihe-Zinsen	29 207 000	Vortrag aus 1926	2 402 000 280 398 000
Soziale Aufwendungen	53 849 000	Rohüberschuß	280 398 000
Steuern	61 345 000		
Abschreibungen auf Werksanlagen	85 461 000		
Reingewinn	52 938 000		
	282 800 000		282 800 000
	202 000 000		282 000

Deutscher Sparkassen- und Giro-Verband

Oeffentlich - rechtliche Spitzenorganisation von 16 Girozentralen und Landesbanken, 3000 Sparkassen, Girokassen, Kommunalbanken

Kommunaler Giroverkehr

Durch das über ganz Deutschland verbreitete Gironetz werden Ueberweisungen an jedermann und nach allen Orten kestenles ausgeführt Giroguthaben werden verzinst.

Kommunater Lehlschein / Eilüberweisungsverkehr / Scheck- und Wechsel-inkasse / Reisekreditbrief

Nähere Auskünfte ertellen die örtlichen Sparkassen und Girozentralen





MANNESMANNRÖHREN-WERKE * DÜSSELDORF



Nichtrosiende säure- u. hiszebessändige nahslose Mannesmannrohre ous patentierten V.A.-Stahlen der Fried. Krupp A.-G., Essen

Man verlange Prospekt

Berliner Handels-Gesellschaft

Telegramm-Adresse "Handelschaft" Kommandit-Gesellschaft auf Aktien - Bank - Errichtet 1856

Berlin W 8, Behrenstr. 32-33

Telegramm Adresse ...Handelschaft"

An- und Verkauf von Effekten — Devisengeschäfte — Umwechslung fremder Banknoten — Annahme von Depositengeldern — Stahlkammer mit Privattresor

Stadtbüro für den Berliner Geschäftsverkehr Berlin W 8, Charlottenstraße 33

Brown, Bovery & Cie.

Aktiengesellschaft

Mannheim-Käfertal

Bilanz am 31. Dezember 1927

Aktiva	RM	Pf
Anlagen:		
Grundstücke 800 000,—		
Gebäude 4 000 000,—		
Arbeitsmaschinen 2 500 000,—		
Gleise		-
Werkzeuge 5,—		1
Handlungsmobilien 3,— Fabrikmobilien 5.—		
Fabrikmobilien 5,— Gas,- Wasser- u. elektrische		-
Fabrikinstallation 5,—	7 300 020	
Vorräte Wertschriften und Beteiligungen:	13 897 152	82
Goldhypotheken-Pfandbriefe		
zur vorübergehenden An-	Service Co.	
lage 1 895 298,—		
Beteiligungen 1 408 023,—	3 303 321	_
Kassen- und Wechselbestand	-	
Debitoren:	2 085 347	25
Außenstände bei Kunden,	-	
Anzahlungen an Lieferan-		
ten usw 24 778 047.77		
Guthaben bei Banken und		
Postscheckämtern 1 731 768,46	26 509 816	23
Bürgschaften 776 596.—		
	53 095 657	30
not.		
Passiva	RM	Pf
Aktienkapital	15 000 000	
Gesetzliche Rücklage	1 800 000	-
41/2% Anleh. v. Jahre 1907 410 250,— 5% , , , 1914 409 950,— 5% , , , , , 1920/I*) . 3 620,70 5% , , , , , 1920/II*) . 17 661,—		
50/ ,, ,, 1914 409 950,	10777	
5% ", ", ", 1920/II*). 17 661,—		
	852 659	0.4
Unerhobene Dividenden	6 683	
Pensionskasse	791 1 000 000	
Kreditoren:	1 000 000	_
Aus laufender Rechnung 10 845 103,73	40 40 40	
Ubergangsposten 697 486,79	11 542 590	52
Anzahlungen auf Bestellungen	21 426 389	
BürgschaftenRM 776 596,—	21 420 389	30
Gewinn- und Verlust-Konto:	100 (0.25)	-
Gewinn	1 466 542	22
	53 095 657	وعدا
	55 095 057	30

*) Diese 3 Anleihen sind zwecks Barablösung auf 30. Juni 1927 gekündigt.

Gewinn - und Verlust - Rechnund am 31. Nezember 1927

TOWNER WAS VOITED RECORDING BIR OIL DOZOMBOU 1721		
Soll	RM Pf	
Abschreibungen auf Anlagen	1 584 514 57	
Generalunkosten 9 427 374,49		
Steuern 1 758 341,26	11 185 715 75	
Gewinn	1 466 542 22	
	14 236 772 54	
Haben	RM Pf	
Gewinn-Vortrag aus 1926	26 347 60	
Rohgewinn	14 210 424 94	
	14 236 772 54	

Die heutige Generalversammlung genehmigte den vorstehenden Abschluß und beschloß die Verteilung einer Dividende von 9% auf die Stammaktien.

Die Auszahlung erfolgt ab 2. April 1928 unter Abzug von 10% Kapitalertragssteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins mit der

Nr. 1 unserer Stammaktien über RM 200,— mit RM 16,20

und mit der Jahreszahl 1927 bzw. 1927/28 unserer Stammaktien über

Ferner kommen als Gewinnanteile für das Geschäftsjahr 1927 nach Abzug der Kapitalertragssteuer für die

4½%igen Genußrechtsurkunden (über je RM 100,—) auf Gewinnanteilschein Nr. 3 RM

5%igen Genußrechtsurkunden (über RM 100,—) auf Gewinnanteilschein Nr. 3 RM 4,50

zur Auszahlung. (Die Genußrechtsurkunden beider Serien kommen ab 1. Juli 1928 zu einem von der Spruchstelle des Oberlandesgerichts in Karlsruhe noch festzusetzenden Betrage zur Barablösung.)
Die Einlösung der Gewinnanteilscheine erfolgt

in Berlin:

bei dem Bankhause Mendelssohn & Co.,

bei der Dresdner Bank.

bei der Reichs-Kredit-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, bei Gebr. Röchling, Bank, Berlin W 8;

in Frankfurt a. M .:

bei der Dresdner Bank in Frankfurt a. M., bei der Metallbank und Metallurgischen Gesellsehaft, Aktiengesellschaft,

bei dem Bankhaus Jacob S. H. Stern:

bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, bei der Dresdner Bank in Leipzig;

in Ludwigshafen a. Rh.:

bei der Dresdner Bank, Geschäftsstelle Ludwigshafen, bei der Filiale der Rheinischen Creditbank;

in Mannheim:

bei der Dresdner Bank, Filiale Mannheim,

bei der Rheinischen Creditbank. bei der Gesellschaftskasse:

in Saarbrücken:

bei Gebr. Röchling, Bank.

Die Gewinnanteilscheine der Genußrechtsurkunden ge langen außer bei vorgenannten Stellen noch zur Einlösung

bei der Berliner Handels-Gesellschaft.

bei der Deutsehen Bank;

bei der Schweizerischen Kreditanstalt.

Neugewählt in den Aufsichtsrat wurde Herr H. Naville.

Ausgeschieden aus dem Aufsichtsrat sind die Herres Georg Boner,

Geh. Justizrat Dr. jur. Eduard Bloch.

Mannheim-Käfertal, den 30. März 1928.

Der Vorstand.

Mit

50000.— Mark Einlage

suche mich aktiv an guter Sache zu beteiligen (Patentsache ausgeschlossen). Bin selbst tüchtiger und erfahrener Kaufmann

Bei Sicherstellung kann ich auch bis 100000.— Mark geben

Kommanditiere auch einen erfolgreichen und begabten Angestellten zwecks Neugründung

Offerten unter Mag. 1436 an die Geschäftsstelle des "Magazin der Wirtschaft"

DEUTSCHE EFFECTEN- UND WECHSEL-BANK

vorm. L. A. HAHN

Gegründet 1821

Act.-Ges. seit 1872

Zentrale FRANKFURT a. M. Kaiserstraße 30

Abteilung BERLIN W 8, Kronenstraße 73-74

Telegramm - Adressen: Effectenbank

DEUTSCHE EDELSTAHLWERKE

- AKTIENGESELLSCHAFT -

BOCHUM

Fernsprech-Anschluß Bechum 5700 Drahtanschrift: Edelstahl

EDELSTÄHLE HÖCHSTER VOLLENDUNG

> Schnellarbeitsstähle in verschiedenen Legierungen u. Preislagen

> Kohlenstoff-Werkzeugstähle für alle Verwendungszwecke

Sonderstähle für Höchstleistungen auf jedem Gebiet

Baustähle für Vergötung, Einsatz und Lufthärtung

Bewährte Erzeugnisse

der zusammengeschlossenen Werke:

Bergische Stahl-Industrie, Remscheid Bochumer Stahl-Industrie, Bochum Glockenstahlwerke Remscheid Gußstahlfabrik Felix Bischoff, Duisburg Krefelder Stahlwerk, Krefeld Stahlwerke Brüninghaus, Werdohl Stahlwerk Haslach, Haslach

HUMBOLDT

Erzeugnisse

Erz- und Kohlen-Aufbereitungs - Anlagen Brikettierungs - Anlagen Zerkleinerungs-Anlagen

Vollständige
Zementwerks-Einrichtungen
Steilrohrkessel
Eismaschinen und Kühlanlagen
Gelochte Bleche

Maschinenbauanstalt Humboldt



Vereinigte Olanzstoff-Fabriken A.G.

ist ein Unternehmen von weltwirtschaftlicher Bedeutung. Ihr Produkt

Elberfelder Glanzstoff

ist die deutsche Kunstseide von Wettruf.

f

Dortmunder Eisenhandlung

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Büro: Arndtstr. 10 Lager: Bertmund Haise, Ipentherstr. Bahnanschl.: Dortmund Haisen

Dortmund

Drahtanschrift: Dorteises Fernsprecher: Nr. 4166—4163

liefert

I- und U-Eisen / Stab- u. Kleinformeisen / Grob-, Riffel-, Mittel- u. Feinbleche / Bandeisen u. Bandstahl / S.-M.-Rund-, Vierkant- u. Flachstahl / Spezialstahl aller Art / Schmiedestücke / Gezogenen schwarzen u. verzinkten Draht / Stacheldraht / Drahtseile / Nieten / Waggon-, Wagen- usw. Federn / Randschaufeln, Pfannenschaufeln, Frankfurter Schaufeln / Hufeisen